

**Piratenpartei Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz**

**Protokoll des Landesparteitag 2010.2
26. / 27. Juni 2010 Pfaffen-Schwabenheim**



Tagesordnung Samstag 26. Juni 2010

- [1. Eröffnung des Landesparteitags](#)
- [2. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung](#)
- [3. Wahl des Parteitagspräsidiums](#)
- [4. Genehmigung des Protokolls des letzten Landesparteitags](#)
- [5. Beschluss über Satzungsänderungen, welche die Beschlussfähigkeit des LPT betreffen](#)
- [6. Tätigkeitsbericht Friedel Vogt](#)
- [7. Beschluss über Satzungsänderungsanträge welche das Protokoll des LPT betreffen](#)
- [8. Beschluss über Satzungsänderungsanträge welche die Mehrheiten bei Programmanträgen betreffen](#)
- [9. Beschluss über Wahlprogrammanträge](#)
- [10. Tätigkeitsbericht Anna Scherer](#)

1. Eröffnung des Landesparteitags

10:45 Uhr

Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende des Landesvorstands Anna Scherer. Anna übernimmt kommissarische Versammlungsleitung.

Der Landesparteitag ist mit 56 akkreditierten Mitgliedern beschlussfähig.

2. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung

Vorstellung von Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung.

Änderungsantrag zur Einführung des Parteitagspräsidiums gemäß Satzung angenommen. Mehrheit durch kommissarische Versammlungsleitung festgestellt.

3. Wahl des Parteitagspräsidiums

Kandidaten:

Bodo Thiesen
Mario Holl
Matthias Neu
Christian Schwarz

Mehrheit für dieses Parteitagspräsidium durch kommissarische Versammlungsleitung festgestellt. Versammlungsleitung wird von Bodo Thiesen und stellvertretend von Christian Schwarz übernommen.

Zu Wahlhelfern wurden ernannt:

Helge Richter
Georg Semmler

4. Genehmigung des Protokolls des letzten Landesparteitags

Mit großer Mehrheit genehmigt.

5. Beschluss über Satzungsänderungen, welche die Beschlussfähigkeit des LPT betreffen

Benötigte Stimmen: 38

Anträge SÄA 4 und SÄA 5 werden vom Antragsteller zurückgezogen. Antrag SÄA 4 wird übernommen.

Abstimmung über Antrag SÄA 3:
36 dafür, nicht angenommen

Abstimmung über Antrag SÄA 4:
43 dafür, angenommen

GO-Antrag auf Neuauszählung zu Antrag SÄA 3, da Zweifel an der Korrektheit des Ergebnis bestehen.

Neuauszählung der Abstimmung über SÄA 3:
41 dafür, angenommen

Beide Anträge waren konkurrierend. Die Neuauszählung ergab, dass der erste Antrag zuerst angenommen wurde und der zweite Antrag nicht behandelt worden wäre. Ein Meinungsbild über den zweiten Antrag bestätigt dieses Ergebnis.

6. Tätigkeitsbericht Friedel Vogt

Friedel Vogt tritt von seinem Amt als Beisitzer im Landesvorstand zurück.

Friedel wurde mit großer Mehrheit entlastet.

7. Beschluss über Satzungsänderungsanträge welche das Protokoll des LPT betreffen

Benötigte Stimmen: 38

Abstimmung über SÄA 20:
30 dafür, nicht ausreichend

8. Beschluss über Satzungsänderungsanträge welche die Mehrheiten bei Programmanträgen betreffen

Benötigte Stimmen: 42

Abstimmung über SÄA 6:
25 dafür, nicht ausreichend

Abstimmung über SÄA 2:
47 dafür, angenommen

SÄA 9 wird hinfällig.

9. Beschluss über Wahlprogrammanträge

Abstimmung über Aufnahme der Überschrift "Vorwort":
Große Mehrheit dafür

Abstimmung über Aufnahme der Überschrift „Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft“:
Große Mehrheit dafür

Im Folgenden vereinfacht nur die Wahlprogrammantragsnummer und das Abstimmungsergebnis. Nummerierung gemäß Antragsbuch.

- 2.1 Angenommen
- 2.2 Abgelehnt
- 2.2.1 Angenommen
- 2.2.2 Angenommen
- 2.2.3 Angenommen
- 2.2.4 Angenommen
- 2.2.5 Abgelehnt

- 2.3 Abgelehnt
- 2.3.1 Abgelehnt
- 2.3.2 Angenommen
- 2.3.3 Angenommen
- 2.3.4 Abgelehnt
- 2.4 Angenommen
- 2.5 Angenommen
- 2.6 Angenommen
- 2.7 Angenommen in der alternativen Form...
Transparenz heißt für uns nicht die Schaffung eines "gläsernen Patienten". Wir lehnen die elektronische Gesundheitskarte in der aktuellen Form ab und werden uns für deren Stopp einsetzen.
- 2.8 Angenommen in der alternativen Form...
Ein starker Datenschutz setzt handlungsfähige Datenschützer voraus. Aus diesem Grund soll das Amt des Landesdatenschutzbeauftragten nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins zu einem unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz umgebaut werden.
- 2.9 Angenommen
- 2.10 Angenommen
- 2.11.1 Angenommen
- 2.11.2 Angenommen
- 2.11.3 Abgelehnt
- 2.11.4 Angenommen
- 2.11.5 Angenommen
- 2.11.6 Angenommen
- 2.12 Angenommen
- 2.13 Angenommen
- 2.14 Angenommen
- 2.15 Angenommen
- 2.16 Angenommen
- 2.17B Angenommen
- 2.18 Angenommen
- 2.19 Angenommen
- 2.20 Angenommen in der alternativen Form...
Mit einer erschreckenden Geschwindigkeit wurde das Recht auf Privatsphäre in den letzten Jahren zu Gunsten einer unwirksamen Sicherheitspolitik eingeschränkt.

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen unabhängigen Bewertung und genauen Prüfung unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, ohne dass sie eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre.

Die pauschale Verdächtigung und anlasslose Überwachung aller Bürger hat generell zu unterbleiben. Eine als 'präventive Strafverfolgung' verschleierte Abschaffung der Unschuldsvermutung lehnen wir unbedingt ab.
- 2.21 Angenommen mit dem Zusatz...
In jedem Fall ist ein schriftlicher und auf den Einzelfall bezogener richterlicher Beschluss erforderlich.
- 2.22 Angenommen
- 2.24 Angenommen
- 2.25 Angenommen
- 2.27 Angenommen
- 2.28 Angenommen
- 2.29 Angenommen
- 2.30 Angenommen

Überschrift "Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert – Offene Daten für mündige Bürger"
 Große Mehrheit für die Aufnahme

3.1 Angenommen

3.2.1 Angenommen in der alternativen Form...

Die politische Arbeit wird in Deutschland stark von Lobbyinteressen gesteuert. Unternehmensvertreter nehmen unbemerkt Einfluss auf Politiker und arbeiten sogar an Gesetzen mit. Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen ihre Nebentätigkeiten und die gegebenenfalls daraus resultierenden Einkünfte veröffentlichen. Abgeordnete der Piratenpartei werden mit gutem Beispiel vorangehen und dies mit dem Einzug ins Parlament offenlegen. Dem Bürger muss klar ersichtlich sein, welche Interessen hinter Gesetzesinitiativen stecken und wer, wie und wann auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss genommen hat.

Zu einem transparenten Staat gehören neben den Regelungen zu Lobby- und Nebentätigkeiten von Parlamentariern und Amtsträgern auch die gelebte Verpflichtung, Entscheidungsfindungsprozesse für den Bürger wahrnehmbar und nachvollziehbar öffentlich zu machen, wie auch Verordnungen, Diskussionspapiere und Vertragswerke so zu gestalten, dass diese so kurz und sprechend wie möglich und für den Bürger verständlich gehalten sind. Wir lehnen geheime Ausschüsse ab.

Gleichzeitig müssen die Interessen der Bürger besser vertreten werden. Zudem sollen Nichtregierungsorganisationen gefördert werden, die für die Rechte und Interessen der Bürger eintreten.

3.2.2 Angenommen in der alternativen Form...

Die PIRATEN treten ein, für eine nachvollziehbare und transparente Politik und Verwaltung in Deutschland. Deutschland sollte sich an die höchsten demokratischen Standards halten und innerhalb Europas eine vorbildliche Rolle diesbezüglich anstreben. Deshalb sollten solche Prinzipien wie transparente Staatsführung, schnelle und gerechte Gerichtsverfahren und die Redefreiheit stets beachtet werden. Es ist wesentlich, den gesetzlichen Schutz der Bürger vor willkürlichen Staatszugriffen weiterhin durchzusetzen.

3.2.3 Abgelehnt

3.2.4 Verschieben nach 3.12

3.2.5 Verschieben nach 3.12

3.3 Angenommen

3.4 Angenommen

3.5 Angenommen mit der Umbenennung von Modul 3 in "Jugendmedienschutzstaatsvertrag"

3.6 Angenommen

3.7 Angenommen

3.8 Angenommen

3.9 Angenommen mit dem Zusatz...

Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen Open-Source-Produkte mit offenen Dateiformaten bevorzugt behandelt werden.

3.10 Abgelehnt

3.11 Angenommen

3.12 Angenommen

3.2.4 Angenommen als Zusatz zu 3.12

3.2.5 Abgelehnt

3.13 Angenommen

3.14 Angenommen

3.15 Abgelehnt

5.1 Angenommen

5.2 Angenommen

5.3 Angenommen

5.5 Angenommen

5.6 Angenommen

5.7 Abgelehnt

- 5.8 Abgelehnt
- 5.8.1 Abgelehnt
- 5.8.2 Abgelehnt
- 5.9 Angenommen
- 5.10 Angenommen in der alternativen Form...

Jedermann hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Der Petitionsausschuss des Landtags vermittelt jedes Jahr bei über tausend Petitionen. Diese werden von Betroffenen vorwiegend gegen Behörden- und Gerichtsentscheidungen eingereicht.

Zusätzlich möchten wir den Bürgern Wege ermöglichen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu gehören auch öffentliche Petitionen, die über ein ePetitions-Portal (nach Vorbild des Bundestages) zum gesellschaftlichen Diskurs einladen. Petitionen und Mitzeichnerunterschriften sollen online und offline gesammelt werden können. Petenten mit einer nicht unerheblichen Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Landtag erhalten.

- 5.12.2 Angenommen in der alternativen Form...

Gerade die Themen auf Landesebene und Kommunalebene sind Themen, die Jugendliche in hohem Maße betreffen. Deshalb fordert die Piratenpartei kurzfristig eine Herabsetzung des Wahlalters für Landtagswahlen auf 16 Jahre und für Kommunalwahlen auf 14 Jahre damit auch die Betroffenen selbst die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe haben.

- 5.11.2 Angenommen

- 5.11.3 Angenommen in der alternativen Form...

Positive Impulse durch mehr Mitbestimmungsrechte

Die Absenkung des Wahlalters stellt einen immensen demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt dar und wird positive Veränderungen auf unsere Gesellschaft haben. Politik wird aus neuen Perspektiven gesehen werden und demokratische Entscheidungen werden sich stärker an einer politischen Nachhaltigkeit für die nachfolgenden Generationen ausrichten. Gleichsam wird das politische Interesse schon früh gefördert und demokratisches Miteinander erlernt.

- 5.11.4 Angenommen in der alternativen Form...

Politische Bildung ausbauen

Die Piratenpartei fordert begleitend zur Absenkung des Wahlalters eine Reform der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche müssen zusätzlich zum Politikunterricht frühestmöglich an demokratische Entscheidungsverfahren herangeführt werden und selbst mitbestimmen können. Schulen müssen in demokratische Bildungseinrichtungen verwandelt werden, in denen Schüler und Schülerinnen gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern entscheiden. Nur so können Kinder und Jugendliche Demokratie erfahren und politisches Interesse und Gespür für politische Teilhabe entwickeln.

- 5.13.1 Angenommen

Die Piratenpartei sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht. Wir Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung aller Menschen an. Deswegen ist es Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.

- 5.13.2 Angenommen

Demokratie in der digitalen Gesellschaft

Die digitalisierte Gesellschaft erhöht die Geschwindigkeit des Informationsaustausches enorm. Es wird immer leichter, große Mengen an Informationen zu

durchsuchen und jedermann zugänglich zu machen. Neue und vorher undenkbbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Staate können möglich werden. Dezentralere Verwaltungen und die Einführung verteilter Systeme werden vereinfacht. Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können. Die Piratenpartei sieht es als ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie in der Bundesrepublik an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu begleiten und mit zu gestalten.

5.13.3 Abgelehnt

5.13.4 Angenommen

Keine Bevormundung, geschützte Publikaive

Wir Piraten sind der festen Überzeugung, dass die Gemeinschaft einzelne Mitbürger nicht bevormunden sollte. Damit der Bürger eine wohl überlegte Entscheidung treffen kann, benötigt er eine gute, dezentrale, möglichst unabhängige, vielstimmige und stets wachsame Publikaive aus Presse, Blogs und anderen Formen von medialen Veröffentlichungen. Sie ist für das einwandfreie Funktionieren der Demokratie unabdingbar. Diese kritische Publikaive zu ermöglichen und vor Einschränkungen zu schützen, sehen wir als wichtige Aufgabe des Staates und eines jeden Demokraten an.

5.13.5 Angenommen

Freiheiten des Einzelnen garantieren

Im Gegensatz zu Bevormundung ist es die Aufgabe des Staates die Grundrechte des Einzelnen zu achten und zu wahren und ihn vor Grundrechtseinschränkungen, auch gegenüber der Mehrheit, zu schützen. Die Freiheit des Einzelnen findet dort ihre Grenzen, wo die Freiheit eines anderen unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

6.1 Angenommen in der alternativen Form... (nur Modul 1 geändert)

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich hin zum Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, während Nutzer kriminalisiert werden. Wir PIRATEN möchten Privatleute ohne kommerzielle Interessen dazu berechtigen, Werke frei verwenden und kopieren zu dürfen. Der Einsatz von Maßnahmen, wie die DRM-Technologie oder ähnliche Kopierschutzmechanismen, die diese und andere rechtmäßige Nutzungen einseitig verhindern, soll untersagt werden. Abgeleitete Werke sind neue künstlerische Schöpfungen und müssen dem Kreativen grundsätzlich erlaubt sein. Dies wird durch eine Anpassung des Urheberrechts gewährleistet, für die wir uns im Bundesrat einsetzen werden.

6.2 Angenommen in der alternativen Form...

Eine Neubewertung der Pauschalabgaben an Verwertungsgesellschaften ist nötig. Bis zu dieser Neubewertung wird im Sinne des Transparenzgebotes angestrebt, sowohl das resultierende Aufkommen nach Medien/Geräteart als auch seine Verteilung nach Empfänger öffentlich zu machen.

6.3 Angenommen in der alternativen Form...

DRM-Technologie verbieten

Technische Maßnahmen, die verhindern, dass Kunden Kultur im Rahmen des Gesetzes nutzen, wie die sog. DRM-Technologie, werden wir verbieten.

6.4 Angenommen

6.6.1-4 Angenommen

6.7.1 Angenommen als Zusatz direkt nach 6.6.4

6.6.5-6 Angenommen

6.8.1 Angenommen

- 6.8.2 Abgelehnt
- 6.8 Abgelehnt ohne Modul 4
- 6.8.4 Abgelehnt
- 6.9 Abgelehnt

10. Tätigkeitsbericht Anna Scherer

Anna kündigt an, auf dem nächsten Landesparteitag von ihrem Amt zurückzutreten, da sie in ein anderes Bundesland umziehen wird.

Vertagung auf Sonntag

Tagesordnung Sonntag 27. Juni 2010

- [1. Wiedereröffnung des Landesparteitags](#)
- [2. Tätigkeitsberichte der Landesvorstandsmitglieder](#)
- [3. Erweiterung des Parteitagspräsidiums](#)
- [4. Wahlprogrammanträge zum Thema Bildung aus dem Nachtragsbuch](#)
- [5. Satzungsänderungsanträge, welche die Wahl von Kandidatenlisten betreffen](#)
- [6. Kandidatenlisten](#)
- [7. Wahlprogrammanträge zum Thema Bildung aus dem Antragsbuch](#)
- [8. Weitere Wahlprogrammanträge aus dem Antragsbuch](#)
- [9. Vertrauenspersonen zur Landesliste](#)
- [10. Wahl der Personen, welche die eidesstattliche Erklärung unterschreiben](#)
- [11. Weitere Wahlprogrammanträge aus dem Antragsbuch](#)
- [12. Sonstige Anträge](#)
- [13. Anträge zur Änderung des Grundsatzprogramms](#)
- [14. Übrige Anträge zum Wahlprogramm](#)

1. Wiedereröffnung des Landesparteitags

Bodo Thiesen eröffnet die Versammlung nach der Vertagung.

2. Tätigkeitsberichte der Landesvorstandsmitglieder

Ansgar Veltens (Stellvertretender Vorsitzender)

- nicht viel getan seit der Wahl
- sucht Kontakt zu den Kreisverbänden, jedoch bislang kaum Rückmeldungen

Heiko Müller (Generalsekretär)

- Mitgliederverwaltung war vorrangiges Aufgabenfeld
- 22 Nichtzahler wurden aus der Mitgliederverwaltung gestrichen
- Leiter des Akkreditierungsteams am Bundesparteitag
- seit Juni wieder mehr Mitglieder- und Stammtischbetreuung
- Teilnahme an Infoständen in Koblenz
- Besuch der Langen Nacht der Uni Koblenz
- Besuch einer Vorführung des Films 1984 durch den AK Vorrat
- Kontaktaufnahme zum Mehr Demokratie e.V.
- Teilnahme an Sitzungen des LVor bis auf eine Ausnahme

Angelo Veltens (Politischer Geschäftsführer)

- viel Spaß in der neuen Position
- Einführung der neuen Vorstandsmitglieder
- regelmäßige Berichte zur aktuellen Politik
- wichtige Themen angesprochen
- Arbeit am Wahlprogramm koordiniert
- Mumble-Konferenzen koordiniert
- hätte gerne mehr gemacht
- wird bedingt durch das Studium demnächst weniger Zeit für die Partei haben
- Kontakt mit dem AK Vorrat in Koblenz
- Versucht, weitere Kontakte zu piratennahen Organisationen aufzubauen

Maik Nauheim (Beisitzer)

- Einarbeitung in bestehende Strukturen
- Neuregelung der organisatorischen Arbeit des Landesvorstands
- viel Arbeit als Transparenzbeauftragter
- Erstellung eines Beschlussverzeichnis des Landesvorstands
- Gesetze durchgearbeitet wegen Liquid Feedback
- Kommunikation mit dem Datenschutzbeauftragten der Bundespartei
- Erstellung der Jobbörse
- Mitarbeit am BVor-O-Mat
- ruft auf zu mehr Einsatz für mehr Zusammenhalt

3. Erweiterung des Parteitagspräsidiums

Für das Parteitagspräsidium werden zusätzlich neu aufgestellt Conrad Schuster und Georg Semmler. Zu neuen Wahlhelfern werden Frank Oellingrath und Michael Zaspel ernannt.

4. Wahlprogrammanträge zum Thema Bildung aus dem Nachtragsbuch

Im Folgenden vereinfacht nur die Wahlprogrammantragsnummer und das Abstimmungsergebnis. Nummerierung gemäß Nachtragsbuch Bildung.

- 2 Angenommen
- 3 Angenommen
- 4.1 Angenommen
- 4.2 Angenommen in der alternativen Form...
Wir setzen uns für eine Erhöhung der frühzeitigen praktischen Tätigkeiten der Lehramtsstudierenden ein. Dies soll die Ausbildung der Lehrenden begünstigen.
- 4.3 Angenommen in der alternativen Form...
Wir setzen uns dafür ein, dass das Lehramtsstudium in ein duales Studium umgewandelt wird. Die Studierenden erhalten ein kleines Gehalt und werden im Gegenzug regelmäßig ins Unterrichtsgeschehen integriert.
- 5 Angenommen in der alternativen Form...
Die Der Grad des schulischen Erfolgs ist stark abhängig vom sozioökonomischen Status des Elternhauses. Damit alle sozialen Schichten ähnliche Voraussetzungen bekommen, wollen wir einen freien und kostenlosen Zugang zu sämtlichen Bildungsmedien gewährleisten.

Lizenzfreies Unterrichtsmaterial

Staatlich finanzierte oder geförderte Schulbücher sollen unter freier Lizenz veröffentlicht werden. Eine Veröffentlichung soll immer sowohl in digitaler als auch in Papierform erfolgen.

Die Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsentwürfen unter freien Lizenzen und via Internet soll gefördert werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Verwendung bestehender und die Erarbeitung neuer Unterrichtsmaterialien. Auf einer staatlich finanzierten Plattform soll den Lehrern und Schülern der leichte Austausch und die gegenseitige Qualitätssicherung, beispielsweise durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review), ermöglicht werden.

Schulbücher unter offener Lizenz

Die Erstellung von Schulbüchern unter freier Lizenz soll staatlich gefördert werden.

Die Autorenleistungen, für die jeweilige Erstellung und Aktualisierung, werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert, sodass eine jeweilige dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt.

Interessierte haben die Möglichkeit an den freien Produkten mitzuarbeiten und sie nach Belieben zu verändern und zu verbessern.

Die Qualität der Einsendungen wird durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review) sichergestellt. Auf Qualität geprüfte Versionen werden für alle Nutzer erkennbar zertifiziert. Eine Veröffentlichung soll immer sowohl in Digital-, als auch als Papierform erfolgen. Druckversionen der Medien werden zum Selbstkostenpreis angeboten. Sofern das Schulbuch von einer Klasse verwendet wird, muss dieses den jeweiligen Schülern als kostenfreies Printexemplar zur Verfügung gestellt werden.

- 6 Angenommen
- 7 Angenommen in der alternativen Form...

Derzeit ist das Bildungsangebot in vielen Hinsichten stark eingeschränkt und umfasst wenig Spielraum für die optimale Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Daher sollen Maßnahmen gefördert werden, die die Auswahl von Bildungsangeboten erhöht.

Lebenslanger Anspruch auf Bildung

Bisher beschränkt sich die Ausbildung fast ausschließlich auf die jüngeren Generationen. Älteren Menschen wird die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung derzeit nicht in demselben Maße zugestanden wie den jüngeren. Daher soll sich der Anspruch auf Bildung auf das gesamte Lebensalter erstrecken, um die Möglichkeiten der Bürger für freie Selbstentfaltung und Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Individuelle Förderung

Jeder Schüler hat seine Individuellen Stärken, Schwächen und Bedürfnisse. Werden diese nicht erkannt und gefördert, verschlechtert sich das allgemeine Schulklima und die individuelle Leistungsfähigkeit wird nicht voll ausgeschöpft.

Wir möchten daher eine bessere Förderung einzelner Schüler und deren Interessen. Dies kann durch Angebote wie Arbeitsgruppen Wahlpflichtfächer und Förderunterricht erreicht werden.

9.1 Angenommen in der alternativen Form... *Erweitertes Angebot an Fremdsprachen*

Derzeit werden Synergieeffekte, die sich beim Lernen bestimmter Sprachkombinationen ergeben nicht sinnvoll genutzt. Dies liegt vor allem an dem stark eingeschränkten Angebot an Sprachen. Wir setzen uns daher für ein größeres Angebot von Sprachkursen an Schulen ein.

Wir kämpfen daher für ein größeres Angebot von Sprachkursen an Schulen.

9.2 Angenommen in der alternativen Form... *Um als mündiger Bürger an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken wird ein Grundverständnis unseres politischen Systems benötigt. Wir fördern deshalb die Verbesserung der demokratischen und politischen Bildung durch größere Zeitkontingente für den Sozialkundeunterricht.*

10 Präambel Angenommen

10.1 Abgelehnt

11 Abgelehnt

11.1 Abgelehnt

11.2 Abgelehnt

8 Angenommen in der alternativen Form... *Vielfalt der Bildung*

Eine einzige Schulform kann nicht allen gerecht werden, deshalb sind wir für mehr Bildungsvielfalt und die Schaffung alternativer Bildungsstätten. Dies soll allen Bürgern und Schülern ermöglichen, sich bedürfnisgerecht weiterzuentwickeln durch Lernmethoden, die ihrem Lerntypus optimal entsprechen.

Alternative Schulformen.

Neben den bekannten Schulformen Grundschule, Realschule Plus, Gymnasium und Förderschule setzen wir uns zum Ziel, den Aufbau von alternativen Schulformen zu fördern.

Wahlfreiheit

Eltern erhalten die Möglichkeit die Schulform für ihr Kind auszuwählen, die sie für die angemessenste halten.

5. Satzungsänderungsanträge, welche die Wahl von Kandidatenlisten betreffen

Benötigte Stimmen: 29

SÄA 1 mit großer Mehrheit angenommen.

6. Kandidatenlisten

Alle Anwesenden hatten das Recht, sich selbst oder andere für die Landtagswahl Wahlberechtigte als Kandidaten vorzuschlagen.

Vorstellung der Kandidaten für Landesliste oder Bezirkslisten

Aus dem Wahlbezirk 1:

Ansgar Veltens
Maik Nauheim
Angelo Veltens
Heiko Müller

Aus dem Wahlbezirk 2:

Christoph Löhr
Martin Klöckner
Sebastian Kratz
Timo Lindemann
Silvan Stein

Aus dem Wahlbezirk 3:

Matthias Heppner
Antje Krause
Roman Schmitt
Jochen Schäfer
Mario Holl

Aus dem Wahlbezirk 4:

Marcus Bach
Lars Matti

Diskussion über die Unterschiede von Landesliste und Bezirkslisten.

Beschluss über die Aufstellung einer Landesliste

Abstimmung: mit nur einer Gegenstimme große Mehrheit für die Aufstellung einer Landesliste

Diskussion über Wahlverfahren.

Beschluss über die Verwendung eines zweistufigen Wahlverfahrens.

Im ersten Wahlgang soll in verbundener Einzelwahl entschieden werden, welche Kandidaten auf die Liste kommen und im zweiten Wahlgang, welchen Listenplatz sie erhalten.

Abstimmung: große Mehrheit dafür

Beschluss über die Wahl nach einfacher Mehrheit im ersten Wahlgang.

Gewählt ist, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält.

Abstimmung: große Mehrheit dafür

Beschluss über die Verwendung des Kumulierens im zweiten Wahlgang.

Jeder Wähler hat so viele Stimmen wie es Kandidaten gibt. Jedem Kandidaten können bis zu drei Stimmen gegeben werden. Der Kandidat mit der höchsten Summe erhält den ersten Listenplatz. Der Kandidat mit der zweithöchsten Summe den zweiten Listenplatz usw.. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl.

Abstimmung: große Mehrheit dafür

Aufgabenverteilung im Parteitagspräsidium während der Aufstellung der Bewerber:

Versammlungsleiter: Bodo Thiesen

Wahlleiter: Christian Schwarz

Wahlhelfer: Frank Oellingrath und Michael Zaspel

Protokollführer: Georg Semmler

Alle Wahlen zur Aufstellung der Listenkandidaten fanden geheim, frei und gleich statt.

Ergebnis des ersten Wahlgangs:

Abgegebene Stimmzettel: 38

Gültige: 38

Ungültige: 0

Name	Vorname	JA	NEIN
Krause	Antje	35	1
Müller	Heiko	35	1
Veltens	Angelo	35	2
Nauheim	Maik	30	1
Veltens	Ansgar	25	12
Holl	Mario	24	6
Schmitt	Roman	24	11
Löhr	Christoph	22	10
Schäfer	Jochen	20	8
Heppner	Matthias	20	13
Kratz	Sebastian	17	7
Klößner	Martin	16	10
Stein	Silvan	16	11
Bach	Matthias	16	14
Matti	Lars	16	14
Lindemann	Timo	15	11

Alle Kandidaten erhielten die notwendige Mehrheit.

Ergebnis des zweiten Wahlgangs:

Abgegebene Stimmzettel: 38

Gültige: 38

Ungültige: 0

Name	Vorname	Stimmen
Veltens	Angelo	87
Krause	Antje	82
Müller	Heiko	78
Nauheim	Maik	65

Veltens	Ansgar	46
Holl	Mario	28
Schmitt	Roman	26
Löhr	Christoph	25
Kratz	Sebastian	20
Schäfer	Jochen	19
Lindemann	Timo	16
Klößner	Martin	14
Stein	Silvan	14
Heppner	Matthias	13
Bach	Marcus	11
Matti	Lars	9

Es folgt die Stichwahl zwischen Martin Klößner und Silvan Stein um die Listenplätze 12 und 13.

Ergebnis der Stichwahl:

Abgegebene Stimmzettel:	36
Gültige:	35
Ungültige:	1

Name	Vorname	Stimmen
Klößner	Martin	15
Stein	Silvan	15
Enthaltungen		5

Es folgt eine zweite Stichwahl zwischen Martin Klößner und Silvan Stein.

Ergebnis der Stichwahl:

Abgegebene Stimmzettel:	32
Gültige:	32
Ungültige:	0

Name	Vorname	Stimmen
Stein	Silvan	21
Klößner	Martin	9
Enthaltungen		2

Silvan Stein erhält Listenplatz 12.
Martin Klößner erhält Listenplatz 13.

Gesamte Landesliste:

- | Nr. | Name |
|-----|------------------|
| 1. | Angelo Veltens |
| 2. | Dr. Antje Krause |
| 3. | Heiko Müller |
| 4. | Maik Nauheim |
| 5. | Ansgar Veltens |
| 6. | Mario Holl |
| 7. | Roman Schmitt |
| 8. | Christoph Löhr |
| 9. | Sebastian Kratz |
| 10. | Jochen Schäfer |
| 11. | Timo Lindemann |
| 12. | Silvan Stein |
| 13. | Martin Klößner |

14. Matthias Heppner
15. Marcus Bach
16. Lars Matti

7. Wahlprogrammanträge zum Thema Bildung aus dem Antragsbuch

Nummerierung gemäß Antragsbuch.

- 4.9 Angenommen
- 4.12 Angenommen
- 4.15 Angenommen
- 4.18 Angenommen in der alternativen Form...
Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen

Staatliche Bildungseinrichtungen sollen den Familien dabei helfen, die notwendige Flexibilität zu erreichen, den Anforderungen des Familien- und Berufslebens gerecht zu werden. Dafür soll an allen Schulen ein Angebot zur Ganztagesbetreuung geschaffen werden. Das Betreuungsangebot ergänzt den Unterricht um zusätzliche Bildungsmöglichkeiten und außerschulische Aktivitäten. Nebenwahlfächern, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe soll ein möglichst breites Angebot an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen ausdrücklich erwünscht und zu beiderseitigem Vorteil.

Gesunde Ernährung in der Schule

Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig.

Gesunde Ernährung in der Schule kann dabei helfen, dass sich Kinder ausgewogen und gesund ernähren. Wir fordern daher die Einführung gesunder und ausgewogener Ernährung an allen Schulen und Kindertagesstätten.

Die Finanzierung dieser gesunden Ernährung ist dabei so zu gestalten, dass alle Schüler unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie daran teilnehmen können. Zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung sollen finanzielle Erleichterungen so gestaltet sein, dass andere Schüler nicht erfahren, wer gefördert wird.

Bei der Planung sollte auch berücksichtigt werden, ob die Verwaltungskosten für die Essensgebühren die Einnahmen übersteigen oder eine vollständig kostenlose gesunde Ernährung günstiger wäre.

- 4.25 Angenommen
- 4.26 Angenommen
- 4.41 Angenommen
- 4.48 Angenommen
- 4.53 Angenommen in der alternativen Form...
Jeder Mensch hat das Recht auf die Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und kulturelle Betätigung. Studiengebühren und andere finanzielle Zusatzbelastungen im Studium halten Menschen aber vom Studieren ab. Wir fordern daher die Abschaffung der Studiengebühren und weiterer finanzieller Zusatzbelastungen für Studierende wie Verwaltungsgebühren, um barriere- und kostenfreie Bildung für alle zu realisieren.
- 4.60 Angenommen
- 4.62 Angenommen mit der alternativen Überschrift "Für faire Bezahlung in Bildungseinrichtungen"

Zusätzlich wurde über WPA 1 aus dem Nachtragsbuch Bildung abgestimmt: Angenommen

8. Weitere Wahlprogrammanträge aus dem Antragsbuch

10.1 Angenommen

10.2.3 Abgelehnt

10.3 Angenommen in der alternativen Form...

Kostendruck und Gewinnstreben haben in vielen Pflegeeinrichtungen dazu geführt, dass die Pflegebedürftigen unter Umständen leben müssen, die ihre Menschenwürde verletzen.

Wir wollen dafür sorgen, dass ruhigstellende Medikamente nur verabreicht werden, wenn dies dem Wohl des Pflegebedürftigen dient, oder zum Schutz der Pflegenden absolut notwendig ist.

Auch das Fesseln ans Bett ("Fixierung") soll nur zulässig sein, wenn es zum Schutz des Pflegebedürftigen oder der Pflegenden unumgänglich ist.

Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine ausreichende Personalausstattung in der Pflege ein, für effektivere Kontrollen und dafür, dass dabei nicht nur Zahlen geprüft, sondern auch Bewohner der Pflegeeinrichtung befragt werden.

Angehörigenbeiräte sehen wir als weiteres sinnvolles Mittel, Qualität und Menschlichkeit in der Pflege zu fördern.

Die Würde des Menschen ist das höchste Gut in unserem Grundgesetz und muss auch in der Pflege oberstes Gebot sein.

Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) prüft Pflegeeinrichtungen und erstellt die sogenannten "Einrichtungsbezogenen Pflegeberichte". Diese dürfen nach derzeitiger Gesetzeslage nicht veröffentlicht werden. Wir wollen dagegen eine Pflicht zur Veröffentlichung einführen.

Durch solche Informationen können sich die Verbraucher ein Bild von der Qualität einzelner Pflegeeinrichtungen machen. So entsteht Druck auf die Pflegeeinrichtungen, Missstände zu beseitigen und Qualität zu erhöhen.

10.4 Abgelehnt

10.5 Angenommen

10.7 Angenommen – wurde erst auf dem LPT beantragt:

Verbesserung der Arbeitsbedingungen für medizinische und pflegerische Berufsgruppen.

Die Stellenpläne für Ärzte und Pflegekräfte sind werden oftmals nur noch zeitlich befristet. Der Pflegepersonalschlüssel ist seit Jahren aus Kostengründen nicht dem tatsächlichen Bedarf angepasst. Überstunden sind an der Tagesordnung. Die birgt Gefahren für die Patienten und Pflegebedürftige. Viele Hausarztpraxen werden in den nächsten Jahren nicht mehr besetzt werden können. Wir arbeiten daran die Bedingungen für Personal und Patienten zu verbessern damit eine Flucht aus dem Beruf verhindert wird.

7.1 Angenommen in der alternativen Form...

Wissenschaft und Forschung sind zentrale Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland und Rheinland-Pfalz. Wissenschaftliche Großprojekte und Grundlagenforschung lassen sich oft nur noch staatlich oder sogar im Verbund von mehreren Staaten durchführen.

Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss aber auch der Öffentlichkeit zugute kommen. Noch immer sind viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung erhältlich, und das, obwohl dank moderner Technik die Reproduktion der Werke praktisch kostenlos erfolgen kann. Dieses Problem ist auch vielen Wissenschaftlern bewusst, die daher zunehmend dazu übergehen, Arbeiten als Open-Access-Publikationen zu veröffentlichen und damit einen dauerhaften kostenfreien Zugang zu den Ergebnissen ihrer Forschung sicherzustellen. Diesen Trend möchten wir PIRATEN unterstützen, da wir glauben, dass ein leichter Zugang zu Wissen zu erfolgreicherer Forschung und mehr Innovation führen wird und darüber hinaus sogar weltweit eine wohlfördernde Wirkung entfaltet.

Open Access heißt daher für uns, dass mit öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit und daraus resultierende Publikationen für jeden Menschen kostenfrei zugänglich sein müssen.

Gleichzeitig muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die digitale Archivierung und den dauerhaften einfachen Zugang zu Publikationen ermöglicht. Diese Aufgabe wird heute vorrangig von den etablierten Verlagen übernommen. Für Open-Access-Publikationen entwickeln sich entsprechende Mechanismen erst, oft in loser Kooperation von Bibliotheken und Universitäten. Derartige Initiativen wollen die PIRATEN auch finanziell fördern.

In Rheinland-Pfalz soll zu diesem Zweck jede Universität ein eigenes Open-Access-Repository führen in dem alle ihre Fachbereiche unterkommen. Dies vermeidet eine Zersplitterung in zu kleine Einheiten. Die Repositories sollen zwischen den Universitäten vernetzt werden, um die Durchsuchbarkeit und Verfügbarkeit von Wissen zu erhöhen. Es braucht einheitliche APIs (Zugangs- und Nutzungsschnittstellen der Software) auf der Serverseite der Repositories, um die Anschluss- und Verwendungsmöglichkeiten der Repositories zu erhöhen.

Zur allgemeinen Förderung von Open Access sollten bei der Beurteilung von Anträgen auf Forschungsgelder nur noch Publikationen herangezogen werden, die auch öffentlich verfügbar sind.

- 7.2 Angenommen
- 7.3 Angenommen
- 7.4 Angenommen
- 7.5 Angenommen
- 7.6 Angenommen
- 7.7 Angenommen

9. Vertrauenspersonen zur Landesliste

Wahl zur Vertrauensperson:

Kandidaten:
Angelo Veltens
Mario Holl

Mehrheit für Mario Holl

Wahl zur Stellvertretenden Vertrauensperson:

Kandidaten:
Angelo Veltens

Große Mehrheit stimmt zu

10. Wahl der Personen, welche die eidesstattliche Erklärung unterschreiben

Kandidaten:

Werner Brummer

Thomas Fath

Beide Kandidaten mit großer Mehrheit angenommen.

11. Weitere Wahlprogrammanträge aus dem Antragsbuch

Nummerierung gemäß Antragsbuch.

12.1 Angenommen

12.2 Abgelehnt

12.3 Abgelehnt

12.4 Angenommen

19.1 Angenommen in der alternativen Form...

Die in diesem Programm festgelegten Grundsätze und Forderungen stellen einen Zwischenstand der Ausarbeitung dieser Themen seitens unserer Partei dar. In vielen Bereichen gibt es einen nahezu unbegrenzten Spielraum für Forderungen, die sich aus dem hier gesagten direkt ableiten lassen. Diese weitere Ausarbeitung und Anwendung unserer programmatischen Grundsätze ist erwünscht und wird von uns als natürlicher demokratischer Prozess der Weiterentwicklung und Vertiefung begriffen.

19.2 Angenommen in der alternativen Form...

Somit laden wir alle Menschen, alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen im Lande dazu ein, mit uns diese neue Politik mit unserer noch jungen Partei gemeinsam zu gestalten.

1.2 Angenommen

12. Sonstige Anträge

Antrag 1: Eigene Testinstanz von LF nicht installieren

Der Beschluß des 3. sonstigen Antrages des Landesparteitages vom 21.02.2010 (TOP 18) mit dem Wortlaut »Der Landesparteitag möge die testweise Einführung von Liquid Feedback beschließen und den Vorstand beauftragen, die dazu notwendigen Schritte durchzuführen oder durchführen zu lassen.« wird aufgehoben. Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, seine aus jenem Beschluß initiierten Bemühungen zur Einführung dieser Testinstanz unverzüglich einzustellen.

Abstimmung:

Dafür: 14

Dagegen: 3

Antrag angenommen

Antrag 2: Keine Datenweitergabe an LV Berlin für Liquid Feedback

Der Landesverband RLP möge der automatischen Verarbeitung der Mitgliedsdaten durch Liquid Feedback widersprechen. Die Mitglieder sollen durch ein Opt-in Verfahren die Möglichkeit zur Teilnahme erhalten.

Antrag mit nur zwei Gegenstimmen angenommen

13. Anträge zur Änderung des Grundsatzprogramms

Nummerierung gemäß Nachtragsbuch.

Antrag 1: Demokratie

Antrag mit nur einer Gegenstimme angenommen

Antrag 2: Urheberrecht

Antrag mit nur einer Gegenstimme angenommen

14. Übrige Anträge zum Wahlprogramm

Über alle noch nicht behandelten Anträge wird in einer einzigen Abstimmung entschieden.

Abstimmung:
Einstimmig abgelehnt

Vertagte Satzungsänderungsanträge:

SÄA 7 - Änderung der Mehrheit bei Satzungsänderungen A
SÄA 17- Teilnahme an Landesvorstandssitzungen

Antragsbuch für die Landesmitgliederversammlung 2010.2

Piratenpartei Rheinland-Pfalz

23. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

I	Satzungsänderungen	6
1	Eingereichte Satzungsänderungsanträge	6
SÄA 1	Ausdrückliche Ermöglichung der Bezirkslistenwahl durch den LPT	6
SÄA 2	Einfache Mehrheit gemäß PartG	6
SÄA 3	Abschaffung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV	7
SÄA 4	Reduzierung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV A	7
SÄA 5	Reduzierung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV B	8
SÄA 6	2/3 Mehrheit für Programmänderungen	8
SÄA 7	Änderung der Mehrheit bei Satzungsänderungen A	9
SÄA 8	Abschaffung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV	10
SÄA 9	Absolute Mehrheit (statt relativer/einfacher)	10
SÄA 10	Feste Antragsfrist A	11
SÄA 11	Feste Antragsfrist B	11
SÄA 12	Feste Antragsfrist C	12
2	Vertagte Satzungsänderungsanträge	13
SÄA 13	Umfangsabhängige Antragsfristen	13
SÄA 14	Gründungsversammlungen, Einberufung muss erfolgen	13
SÄA 15	Kein Parteitag vor Koalitionsverhandlungen	14
SÄA 16	Organe und Gremien des Landesverbandes	14
SÄA 17	Teilnahme an Landesvorstandssitzungen	15
SÄA 18	Änderung der Ämterkumulation (A)	15
SÄA 19	Änderung der Ämterkumulation (B)	16
SÄA 20	Überarbeitung Protokollabschnitt	16
II	Wahlprogramm	18
1	Präambel	18
WPA 1.1	Präambel	18
WPA 1.2	Präambel	19
2	Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft	21
WPA 2.1	Bedeutung von Datenschutz und Privatsphäre	21
WPA 2.2	Datenschutz	21
WPA 2.3	Überwachung abbauen, Befugnisse evaluieren	24
WPA 2.4	Datenschutz	25
WPA 2.5	Änderungen des Landesdatenschutzgesetzes	25
WPA 2.6	Wirksame Kontrolle gewährleisten	26
WPA 2.7	Elektronische Gesundheitskarte	27
WPA 2.8	Stärkung des Landesdatenschutzbeauftragten	27
WPA 2.9	Digitale Selbstverteidigung	27
WPA 2.10	Datenschutz auf Bundesebene	29
WPA 2.11	Datenschutz auf Landesebene	29

WPA 2.12	Datenherausgabe durch Bürgerämter nur nach Zustimmung	31
WPA 2.13	Datenschutz in der Wirtschaft	31
WPA 2.14	Betriebliche Datenschutzbeauftragte	31
WPA 2.15	Schutz von Unternehmensdatenbanken	32
WPA 2.16	Datenschutz der Arbeitnehmer	32
WPA 2.17	Datenhandel unterbinden	33
WPA 2.18	Datensparsamkeit in Unternehmen	34
WPA 2.19	Illegale Entsorgung von Daten	34
WPA 2.20	Sicherheitspolitik	34
WPA 2.21	Vertrauliche Kommunikation	35
WPA 2.22	Datensparsame Sicherheitspolitik	35
WPA 2.23	Sicherheitspolitik	36
WPA 2.24	Echte Sicherheitspolitik auf Basis von Fakten	36
WPA 2.25	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz	38
WPA 2.26	Eindeutige, gut lesbare Kennzeichnung von Polizisten	38
WPA 2.27	Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten	39
WPA 2.28	POLIS Datenbank	39
WPA 2.29	Videüberwachung	40
WPA 2.30	Versammlungsfreiheit	40
3	Transparenz	42
WPA 3.1	Staatliche Daten veröffentlichen	42
WPA 3.2	Demokratie durch Transparenz	42
WPA 3.3	Gläserner Staat	44
WPA 3.4	Informationsfreiheit / Prinzip der Öffentlichkeit	44
WPA 3.5	Informationsfreiheit / Keine Zensur!	44
WPA 3.6	Transparenz	45
WPA 3.7	Transparenz	46
WPA 3.8	Offene Daten	46
WPA 3.9	Transparenz	47
WPA 3.10	Transparenz	48
WPA 3.11	Auskunftsanspruch	48
WPA 3.12	Korruption	49
WPA 3.13	Transparenter Haushalt	49
WPA 3.14	Veröffentlichungsdienst 2.0 - freier Zugang zum Landesrecht!	50
WPA 3.15	Weitere Maßnahmen	51
WPA 3.16	Ergänzung zu 'Weitere Maßnahmen'	52
4	Bildung	53
WPA 4.1	Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel	53
WPA 4.2	Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel	53
WPA 4.3	Lehr- und Lernmittelfreiheit und Open Access für Rheinland-Pfalz!	54
WPA 4.4	Lernmittelfreiheit - Für eine kostenlose Schulbildung	55
WPA 4.5	Lehrmittel	55
WPA 4.6	Lehrmittel	56
WPA 4.7	Bildungseinrichtungen demokratisieren!	56
WPA 4.8	Bildungseinrichtungen demokratisieren!	57
WPA 4.9	Demokratisierung der Bildung	58
WPA 4.10	Freies, individuelles Lernen ermöglichen!	58
WPA 4.11	Freies, individuelles Lernen ermöglichen!	59
WPA 4.12	Persönlichkeitsrechte von Schülern und Lehrern achten	59
WPA 4.13	Freies, individuelles Lernen ermöglichen!	60
WPA 4.14	Mehr Geld für Bildung	61
WPA 4.15	Finanzierung von Bildung und Forschung	61
WPA 4.16	Wirtschaftlicher Bildungssoli	61
WPA 4.17	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	62
WPA 4.18	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	62
WPA 4.19	Gleichbehandlung der Träger	63
WPA 4.20	Kein Schulsponsoring	63
WPA 4.21	Bessere Unterstützung der Kommunen beim Ausbau und Erhalt der Schulinfrastruktur	63
WPA 4.22	Ein Laptop für jeden Schüler / Internet in jedem Klassensaal	64
WPA 4.23	Bessere Ausstattung von öffentlichen Bibliotheken	65
WPA 4.24	Reduzierung des Unterrichtsausfalls	65

WPA 4.25	Säkularisierung der Bildung	66
WPA 4.26	Ethik-Unterricht	66
WPA 4.27	Bildungsstandards	67
WPA 4.28	Kindergärten	67
WPA 4.29	Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern	68
WPA 4.30	Vorschulische Förderung	68
WPA 4.31	Grundschulen	68
WPA 4.32	Förderschulen	69
WPA 4.33	Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems	69
WPA 4.34	Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems	70
WPA 4.35	Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems	70
WPA 4.36	Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems	71
WPA 4.37	Benotung und Bewertungskriterien	71
WPA 4.38	Zusätzliche Förderung und Betreuung in den Klassen 5 und 6 durch Doppelbesetzung	72
WPA 4.39	Einbeziehung von Fachleuten in den Schulunterricht	72
WPA 4.40	Reduzierung von Leistungsdruck und Stress	73
WPA 4.41	Reduzierung von Leistungsdruck und Stress	73
WPA 4.42	Politische Bildung	73
WPA 4.43	Mehr Zeit für Projekte	75
WPA 4.44	Mehr Zeit für Projekte	75
WPA 4.45	Mehr Zeit für Projekte	75
WPA 4.46	Kritisches Denken	76
WPA 4.47	Erweitertes Angebot an Fremdsprachen	77
WPA 4.48	Bundeswehr	77
WPA 4.49	Planspiele	78
WPA 4.50	Zugang zu Bildung	79
WPA 4.51	Gegen Zulassungsbeschränkungen	79
WPA 4.52	Keine Studiengebühren	80
WPA 4.53	Abschaffung Studiengebühren	80
WPA 4.54	Bologna-Reform	80
WPA 4.55	Freies und selbstbestimmtes Studieren	82
WPA 4.56	Praxiserfahrung	82
WPA 4.57	Duales Studium für angehende Lehrkräfte	82
WPA 4.58	Neutralität, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit der Lehre	83
WPA 4.59	Anreize für Lehrer	83
WPA 4.60	Beamtenstatus abschaffen	84
WPA 4.61	Prekäre Beschäftigungssituationen	84
WPA 4.62	Zweiklassengesellschaft	84
WPA 4.63	Erwachsenenbildung	85
WPA 4.64	Förderung von Projekten zur Meinungsvielfalt	86
WPA 4.65	Demokratie schützen	86
WPA 4.66	Nachwort	86
5	Demokratie und Teilhabe	87
WPA 5.1	Modernisierung der Demokratie	87
WPA 5.2	Transparenz in der Demokratie	87
WPA 5.3	Deliberative Demokratie	87
WPA 5.4	Niedrigere Quoren für die direkte Demokratie und obligatorische Volksentscheide	88
WPA 5.5	Mehr Bürgerbeteiligung	88
WPA 5.6	Förderung von Volksabstimmungen	88
WPA 5.7	Strikte Gewaltenteilung	89
WPA 5.8	Förderalismus stärken	89
WPA 5.9	Kein Religionsbezug in der Landesverfassung	90
WPA 5.10	Öffentliche Petitionen nach Bundesvorbild	90
WPA 5.11	Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen	91
WPA 5.12	Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen	92
6	Immaterialgüterrechte	93
WPA 6.1	Urheberrecht und Nutzungsrechte	93
WPA 6.2	Medien- oder Hardwareabgaben	94
WPA 6.3	Parlamente schreiben die Urheberrecht-Gesetze, nicht die Lobby	94
WPA 6.4	Neue Geschäftsmodelle fördern	94
WPA 6.5	Keine Kulturflatrate	95

WPA 6.6	Patentrecht	96
WPA 6.7	Patentrecht	97
7	Open Access	98
WPA 7.1	Open Access	98
WPA 7.2	Open Access	99
WPA 7.3	Open Access in der Verwaltung	100
WPA 7.4	Digitalisierung von Büchern	100
WPA 7.5	Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung	101
WPA 7.6	Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung	101
WPA 7.7	Freie Lizenzen für Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	101
8	Infrastrukturmonopole	102
WPA 8.1	Infrastruktur	102
WPA 8.2	Verkehrs- und Stromnetze	103
WPA 8.3	Verkehrs- und Stromnetze	103
WPA 8.4	Infrastruktur Internet	104
WPA 8.5	Infrastruktur Internet	105
9	Für ein selbstbestimmtes Leben	107
WPA 9.1	Präambel	107
WPA 9.2	Selbstbestimmung	107
WPA 9.3	Für Paintball, Computer- und Videospiele	107
WPA 9.4	Computerspiele	108
WPA 9.5	Computerspiele	108
WPA 9.6	Poker	109
WPA 9.7	Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz	109
WPA 9.8	Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz	110
WPA 9.9	Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz	111
WPA 9.10	Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz	112
WPA 9.11	Waffenkontrollen einschränken	113
WPA 9.12	Zuständigkeit für Waffenkontrolle	113
WPA 9.13	Keine Hausdurchsuchungen zur Waffenkontrolle	114
WPA 9.14	Rechtliche Gleichstellung	114
10	Sozialpolitik	115
WPA 10.1	Präambel	115
WPA 10.2	Sozialpolitik im Bundesrat	115
WPA 10.3	Sozialpolitik als Grundrecht und Grundpflicht	115
WPA 10.4	Handlungsfreiheit und Würde von finanzschwachen Bürgern sicherstellen	116
11	Landesfinanzen	117
WPA 11.1	Landesfinanzen	117
WPA 11.2	Landesfinanzen	117
WPA 11.3	Landesfinanzen	117
WPA 11.4	Einnahmenseite	120
WPA 11.5	Einnahmenseite	121
WPA 11.6	Vereinfachung des Steuersystems	122
WPA 11.7	Verbesserte Steuerprüfung	123
WPA 11.8	Verbesserte Steuerprüfung	124
WPA 11.9	Staatsleistungen an Kirchen beenden	124
12	Inneres und Justiz	126
WPA 12.1	Grundlagen einer piratigen Innenpolitik	126
WPA 12.2	Asyl- und Flüchtlingspolitik	126
WPA 12.3	Abschaffung von Ausreisezentren	126
WPA 12.4	Polizei im öffentlichen Raum Internet	127
WPA 12.5	Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden	127
WPA 12.6	Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden	127
WPA 12.7	Gewaltmonopol	127
13	Verbraucherschutz	129
WPA 13.1	Mehr Transparenz beim Einkauf	129
WPA 13.2	Mehr Transparenz beim Einkauf	129

WPA 13.3 Verbraucherinformationsgesetz stärken	129
14 Nachwort	131
WPA 14.1 Nachwort	131
WPA 14.2 Nachwort	131

Teil I.

Satzungsänderungen

1. Eingereichte Satzungsänderunganträge

SÄA 1 - Ausdrückliche Ermöglichung der Bezirkslistenwahl durch den LPT

Antragsteller Angelo Veltens Wiki-Version: 16:12, 19. Jun. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

§4.1 (2) Nr. e) der Landessatzung wird durch folgende Fassung ersetzt:

e) die Beschlussfassung über die Landesliste bzw. die Bezirkslisten für die Wahl zum Bundestag und Landtag. Sind bei einer Wahl Bezirkslisten zugelassen, entscheidet der LPT darüber, ob solche anstatt einer Landesliste aufgestellt werden,

Alte Fassung *e) die Beschlussfassung über die Landesliste für die Wahl zum Bundestag und Landtag,*

Begründung:

Die Änderung stellt klar, dass der LPT gegebenenfalls sowohl über die Art der aufgestellten Listen entscheidet, als auch die Listen selbst aufstellt. Dies ist speziell deshalb angebracht, da der Landeswahlleiter auf Anfrage davon ausgeht, dass der LPT ansonsten nur Landeslisten aufstellen dürfe.

SÄA 2 - Einfache Mehrheit gemäß PartG

Antragsteller Angelo Veltens konkurrierend zu **SÄA 9** Wiki-Version: 16:14, 19. Jun. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

In der Satzung des Landesverbands Rheinland-Pfalz werden alle Vorkommen von *'relative Mehrheit'*, *'relativer Mehrheit'* und *'relativen Mehrheit'* durch *'einfache Mehrheit'*, *'einfacher Mehrheit'* bzw. *'einfachen Mehrheit'* ersetzt.

Betroffene Paragraphen:

- §4.1 (3)
- §4.2 (11)
- §5.2 (2)
- §5.5 (1)
- §5.6 (5)

Begründung:

Das Parteiengesetz schreibt eine einfache Mehrheit vor.

SÄA 3 - Abschaffung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 16:11, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 3](#)
- konkurrierend zu [SÄA 4](#)
- konkurrierend zu [SÄA 5](#)

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Antragtext:

Antrag auf Änderung des [§4.1.1\(4\)](#)

In [§4.1.1\(4\)](#) wird der Satz '*Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.*' gestrichen.

Alte Fassung[§4.1.1\(4\)](#)

Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.

Neue Fassung*Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen.*

Begründung:

In der Vergangenheit hat es sich herausgestellt, dass es durch wachsende Mitgliederzahlen immer schwieriger wird, 10% der Mitglieder für die Teilnahme an einer Mitgliederversammlung zu mobilisieren, da viele die Partei nur passiv unterstützen möchten. Daher sollte die derzeit erforderliche Quote von 10% abgeschafft werden, um auf LMV/LPT weiterhin handlungsfähig zu bleiben und Verzögerungen wegen Wartens auf das Erreichen der 10% zu vermeiden.

SÄA 4 - Reduzierung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV A

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 16:12, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 3](#)
- konkurrierend zu [SÄA 5](#)

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Antragtext:

Antrag auf Änderung des [§4.1.1\(4\)](#)

In [§4.1.1\(4\)](#) wird '10%' durch '7%' ersetzt.

Alte Fassung[§4.1.1\(4\)](#)

Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.

Neue Fassung*Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 7% der Landespiraten anwesend sind.*

Begründung:

In der Vergangenheit hat es sich herausgestellt, dass es durch wachsende Mitgliederzahlen immer schwieriger wird, 10% der Mitglieder für die Teilnahme an einer Mitgliederversammlung zu mobilisieren, da viele die Partei nur passiv unterstützen möchten. Daher sollte die derzeit erforderliche Quote von 10% auf einen niedrigeren Wert abgesenkt werden, um auf LMV/LPT weiterhin handlungsfähig zu bleiben und Verzögerungen wegen Wartens auf das Erreichen der 10% zu vermeiden.

SÄA 5 - Reduzierung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV B

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 16:12, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 3](#)
- konkurrierend zu [SÄA 4](#)

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Antragtext:

Antrag auf Änderung des [§4.1.1\(4\)](#)

In [§4.1.1\(4\)](#) wird '10%' durch '5%' ersetzt.

Alte Fassung[§4.1.1\(4\)](#)

Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.

Neue Fassung*Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 5% der Landespiraten anwesend sind.*

Begründung:

In der Vergangenheit hat es sich herausgestellt, dass es durch wachsende Mitgliederzahlen immer schwieriger wird, 10% der Mitglieder für die Teilnahme an einer Mitgliederversammlung zu mobilisieren, da viele die Partei nur passiv unterstützen möchten. Daher sollte die derzeit erforderliche Quote von 10% auf einen niedrigeren Wert abgesenkt werden, um auf LMV/LPT weiterhin handlungsfähig zu bleiben und Verzögerungen wegen Wartens auf das Erreichen der 10% zu vermeiden.

SÄA 6 - 2/3 Mehrheit für Programmänderungen

Antragsteller Angelo Veltens Wiki-Version: 16:13, 19. Jun. 2010

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Antragtext:

[§5.7](#) wird durch folgende Fassung ersetzt:

'(1) Änderungen an der Landessatzung, am Grundsatzprogramm und an Wahlprogrammen können nur beschlossen werden, wenn 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dafür stimmen.'

Alte Fassung: *'(1) Änderungen an der Landessatzung können nur beschlossen werden, wenn 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dafür stimmen.'*

Begründung:

Unsere programmatischen Standpunkte sind unsere Identität. Sie sollten daher möglichst konsensfähig sein, mindestens jedoch den Rückhalt von zwei Dritteln der Stimmberechtigten erhalten.

SÄA 7 - Änderung der Mehrheit bei Satzungsänderungen A

Antragsteller Xander Wiki-Version: 22:20 23. Mai 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragtext:

Der Nebensatz *'wenn 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dafür stimmen.'* wird durch folgende Fassung ersetzt:

'wenn 2/3 der gültigen abgegebenen Stimmen und mindestens die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder für die Änderung sind.'

Neue Fassung *(1) Änderungen an der Landessatzung können nur beschlossen werden, wenn 2/3 der gültigen abgegebenen Stimmen und mindestens die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder für die Änderung sind.*

Alte Fassung:

(1) Änderungen an der Landessatzung können nur beschlossen werden, wenn 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dafür stimmen.

Begründung:

Die bisherige rein absolute Mehrheit behandelt Enthaltungen wie Nein-Stimmen. Die einzige Möglichkeit, sich als anwesendes stimmberechtigtes Mitglied dennoch zu enthalten, besteht darin, vor einer Abstimmung den Raum zu verlassen. Mit diesem Antrag wird ein Mischsystem aus Einfacher und Absoluter Mehrheit notwendig. Dadurch bedarf es sowohl einer 2/3-Mehrheit als auch der Zustimmung von mindestens der Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Damit ist nicht möglich, dass eine einzelne Ja-Stimme bei Fehlen von Nein-Stimmen bereits eine Satzungsänderung entscheidet.

Beispiele¹

- Beispiel 1: 34 dafür, 16 dagegen, 0 Enthaltungen ist nach alter wie neuer Fassung angenommen.
- Beispiel 2: 33 dafür, 16 dagegen, 1 Enthaltung wäre nach alter Fassung abgelehnt, nach neuer Fassung angenommen.
- Beispiel 3: 33 dafür, 17 dagegen, 0 Enthaltungen wäre nach alter wie neuer Fassung abgelehnt.
- Beispiel 4: 24 dafür, 0 dagegen, 26 Enthaltungen erfüllt nicht die Bedingung der Zustimmung der Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

¹nicht am LPT vorlesen

SÄA 8 - Abschaffung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV

Antragsteller Chrit Wiki-Version: 16:27, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 3](#)
- konkurrierend zu [SÄA 4](#)
- konkurrierend zu [SÄA 5](#)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragtext:

Antrag auf Änderung des [§4.1.1\(4\)](#)

In [§4.1.1\(4\)](#) wird der Absatz gestrichen.

Alte Fassung [§4.1.1\(4\)](#)

Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.

Neue Fassung[gestrichen]

Begründung:

In der Vergangenheit hat es sich herausgestellt, dass es durch wachsende Mitgliederzahlen immer schwieriger wird, 10% der Mitglieder für die Teilnahme an einer Mitgliederversammlung zu mobilisieren, da viele die Partei nur passiv unterstützen möchten. Daher sollte die derzeit erforderliche Quote von 10% abgeschafft werden, um auf LMV/LPT weiterhin handlungsfähig zu bleiben und Verzögerungen wegen Wartens auf das Erreichen der 10% zu vermeiden.

SÄA 9 - Absolute Mehrheit (statt relativer/einfacher

Antragsteller ? konkurrierend zu [SÄA 2](#) Wiki-Version: 16:15, 19. Jun. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragtext:

In der Satzung des Landesverbands Rheinland-Pfalz werden alle Vorkommen von *'relative Mehrheit'*, *'relativer Mehrheit'* und *'relativen Mehrheit'* durch *'absolute Mehrheit'*, *'absoluter Mehrheit'* bzw. *'absoluten Mehrheit'* ersetzt.

Betroffene Paragraphen:

- [§4.1 \(3\)](#)
- [§4.2 \(11\)](#)
- [§5.2 \(2\)](#)
- [§5.5 \(1\)](#)
- [§5.6 \(5\)](#)

Begründung:

Das Parteiengesetz schreibt mindestens eine einfache Mehrheit vor, erlaubt jedoch auch weitergehende Beschränkungen. Eine absolute Mehrheit (also mindestens die Hälfte der Anwesenden) sollte das Mindeste sein, was für eine Entscheidung notwendig ist, auf einem Parteitag, an dem etwa 90% der Stimmberechtigten überhaupt nicht anwesend sind.

Außerdem hat die einfache Mehrheit noch einen anderen Nebeneffekt, der sie ungeeignet macht: Die Stimmen derer, die sich Enthalten fallen völlig raus. Jemand, der sich enthält, will für gewöhnlich keine Stellung zu einem Thema beziehen; was er jedoch nicht will ist, dass die Hürde der notwendigen Stimmen durch seine Enthaltung niedriger wird. Die einfache Mehrheit würde alle, die sich eigentlich lieber enthalten würden, dazu zwingen mit Nein zu stimmen.

SÄA 10 - Feste Antragsfrist A

Antragsteller Chrit Wiki-Version: 16:22, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 11](#)
- konkurrierend zu [SÄA 12](#)
- konkurrierend zu ??

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antrag auf Änderung des §4.1(5):

Festlegung der Einreichungsfrist für Anträge zum LPT von 2 Wochen. Die Möglichkeit von Dringlichkeitsanträgen nach [§4.1 \(6\)](#), bleibt davon unberührt.

Alte Fassung:

[§4.1 \(5\)](#)

Anträge zum LPT sollen vorher in Arbeitsgruppen transparent diskutiert werden können. Sie sollen mindestens 3 Wochen vor dem LPT dem LVOR vorgelegt werden.

Neue Fassung:

Anträge zum LPT müssen bis 2 Wochen vor Veranstaltungsbeginn eingereicht sein.

Begründung:

Festlegung einer Antragsfrist für den Landesparteitag, zur Möglichkeit der Vorbereitung auf den LPT. Aktuell ist es nicht möglich sich gut auf den LPT vorzubereiten, da den Teilnehmern, keine vollständige Antragsliste vorliegt. Im weiteren ist es auch für die Besuche interessant, da diese auch Anhand des Antragsbuches ihre Präsenz planen können. Die Erstellung eines Antragsbuches wird dadurch im generellen verbessert, da es bis auf Dringlichkeitsanträge auf dem LPT vollständig ist und sich daraus auch geringere Fertigungskosten ergeben.

SÄA 11 - Feste Antragsfrist B

Antragsteller Chrit Wiki-Version: 16:23, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 10](#)
- konkurrierend zu [SÄA 12](#)
- konkurrierend zu ??

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antrag auf Änderung des §4.1(5):

Festlegung der Einreichungsfrist für Anträge zum LPT von 2 Wochen. Die Möglichkeit von Dringlichkeitsanträgen nach §4.1 (6), bleibt davon unberührt.

Alte Fassung:

§4.1 (5)

Anträge zum LPT sollen vorher in Arbeitsgruppen transparent diskutiert werden können. Sie sollen mindestens 3 Wochen vor dem LPT dem LVOR vorgelegt werden.

Neue Fassung:

Anträge zum LPT müssen bis 3 Wochen vor Veranstaltungsbeginn eingereicht sein.

Begründung:

Festlegung einer Antragsfrist für den Landesparteitag, zur Möglichkeit der Vorbereitung auf den LPT. Aktuell ist es nicht möglich sich gut auf den LPT vorzubereiten, da den Teilnehmern, keine vollständige Antragsliste vorliegt. Im weiteren ist es auch für die Besuche interessant, da diese auch Anhand des Antragsbuches ihre Präsenz planen können. Die Erstellung eines Antragsbuches wird dadurch im generellen verbessert, da es bis auf Dringlichkeitsanträge auf dem LPT vollständig ist und sich daraus auch geringere Fertigungskosten ergeben.

SÄA 12 - Feste Antragsfrist C

Antragsteller Chrit Wiki-Version: 16:23, 19. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 10](#)
- konkurrierend zu [SÄA 11](#)
- konkurrierend zu ??

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antrag auf Änderung des §4.1(5):

Festlegung der Einreichungsfrist für Anträge zum LPT von 2 Wochen. Die Möglichkeit von Dringlichkeitsanträgen nach §4.1 (6), bleibt davon unberührt.

Alte Fassung:

§4.1 (5)

Anträge zum LPT sollen vorher in Arbeitsgruppen transparent diskutiert werden können. Sie sollen mindestens 3 Wochen vor dem LPT dem LVOR vorgelegt werden.

Neue Fassung:

Anträge zum LPT müssen bis 4 Wochen vor Veranstaltungsbeginn eingereicht sein.

Begründung:

Festlegung einer Antragsfrist für den Landesparteitag, zur Möglichkeit der Vorbereitung auf den LPT. Aktuell ist es nicht möglich sich gut auf den LPT vorzubereiten, da den Teilnehmern, keine vollständige Antragsliste vorliegt. Im weiteren ist es auch für die Besuche interessant, da diese auch Anhand des Antragsbuches ihre Präsenz planen können. Die Erstellung eines Antragsbuches wird dadurch im generellen verbessert, da es bis auf Dringlichkeitsanträge auf dem LPT vollständig ist und sich daraus auch geringere Fertigungskosten ergeben.

2. Vertagte Satzungsänderungsanträge

SÄA 13 - Umfangsabhängige Antragsfristen

Antragsteller Elex Wiki-Version: 09:17, 1. Jun. 2010

- konkurrierend zu [SÄA 10](#)
- konkurrierend zu [SÄA 11](#)
- konkurrierend zu [SÄA 12](#)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beantragte Änderungen:

Der Landesparteitag möge beschließen nach [§4.1 Abs. 5](#) folgenden Absatz einzufügen: *Anträge mit einem Umfang über 200 Worte müssen um 18 Uhr am Vortag des Landesparteitags im Wiki verfügbar sein. Für je 200 weitere Worte muss der Antrag weitere 24 Stunden früher vorliegen. Maximal jedoch 7 Tage vorher. Nach Ablauf dieser Frist ist keine Änderung mehr möglich.*

Begründung:

Auf dem letzten Landesparteitag wurden umfangreiche Anträge in der Nacht vor dem LPT in erheblichem Umfang geändert. Das Durcharbeiten der überarbeiteten Version war nicht möglich, da die Zeit zu knapp war und der Antrag nur auf einem Beamer zu lesen und damit für die hinteren Reihen schlecht lesbar war. Solch umfangreiche Änderungen sind schlicht nicht in so kurzer Zeit erfassbar.

SÄA 14 - Gründungsversammlungen, Einberufung muss erfolgen

Antragsteller esteban Wiki-Version: 09:18, 1. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beantragte Änderungen:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass im [§4.4](#) der Landessatzung das Wort „soll“ durch „muss“ ersetzt wird.

Alte Fassung:

Die Einberufung von Gründungsversammlungen der nächstuntergeordneten Gliederungen richtet sich nach [§5.1](#) dieser Satzung. Sie soll mindestens 2 Wochen vor der Veranstaltung erfolgen.

Neue Fassung:

Die Einberufung von Gründungsversammlungen der nächstuntergeordneten Gliederungen richtet sich nach [§5.1](#) dieser Satzung. Sie muss mindestens 2 Wochen vor der Veranstaltung erfolgen.

Begründung:

Die Formulierung „muss“ ist eindeutiger und klarer.

SÄA 15 - Kein Parteitag vor Koalitionsverhandlungen

Antragsteller esteban Wiki-Version: 12:38, 6. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beantragte Änderungen:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass in §4.1 die Worte „die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen“ gestrichen werden.

Alte Fassung:

Dem Landesparteitag obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und den Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene.

Neue Fassung:

Dem Landesparteitag obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und den Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene.

Begründung:

Das dafür zuständige Gremium sollte selbständig Koalitionsverhandlungen aufnehmen können. Es kann keine Koalition eingegangen werden, ohne die Zustimmung des Parteitags. Damit müssen bei der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen automatisch die Wünsche der Basis berücksichtigt werden. Die Abhaltung von Parteitagen ist mit einem hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden, der in diesem Fall nur einem geringen Nutzen gegenüber steht. In politisch schwierigen Situation könnte auch dazu kommen, dass nach und nach mit verschiedenen Parteien Koalitionsverhandlungen eingegangen werden. Damit könnte zwei oder drei Parteitage nötig sein, nur um die Koalitionsgespräche aufzunehmen.

SÄA 16 - Organe und Gremien des Landesverbandes

Antragsteller Ven Wiki-Version: 09:21, 1. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beantragte Änderungen:

Es wird beantragt, dass in §4 der Punkt „Jugendverband“ gestrichen wird.

Alte Fassung:

Der LV besitzt folgende Organe und Gremien:

- Landesparteitag (LPT)
 - Landesmitgliederversammlung (LMV)
 - Landesdelegiertenkonferenz (LDK)
- Landesvorstand (LVOR)
- Landesschiedsgericht (LSG)
- Beschwerdeausschuss
- Landesfinanzausschuss

- Jugendverband
- Arbeitsgruppen

Neue Fassung: Der LV besitzt folgende Organe und Gremien:

- Landesparteitag (LPT)
 - Landesmitgliederversammlung (LMV)
 - Landesdelegiertenkonferenz (LDK)
- Landesvorstand (LVOR)
- Landesschiedsgericht (LSG)
- Beschwerdeausschuss
- Landesfinanzausschuss
- Arbeitsgruppen

Begründung:

Der Jugendverband also die JuPis sind ein eigenständiger Verein, haben also keine direkte Verbindung in die Partei. Desweiteren gibt es nichtmal einen LV der JuPis in Rheinland-Pfalz.

SÄA 17 - Teilnahme an Landesvorstandssitzungen

Antragsteller Xander Wiki-Version: 19:44, 4. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Beantragte Änderungen:

Alte Fassung: §4.2 (10) Über die Sitzungen ist ein dokumentenechtes Protokoll zu führen. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich für alle Landespiraten. Ausnahmen hierzu sind nur nach §5.4 zulässig.

Neue Fassung:

§4.2 (10) Über die Sitzungen ist ein dokumentenechtes Protokoll zu führen. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Ausnahmen hierzu sind nur nach §5.4 zulässig.

Begründung:

Mit der geänderten Formulierung sind Landesvorstandssitzungen auch explizit für Nichtpiraten zugänglich.

SÄA 18 - Änderung der Ämterkumulation (A)

Antragsteller Ven konkurrierend zu SÄA 19 Wiki-Version: 09:25 1. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Beantragte Änderungen:

Es wird beantragt, dass in § 2.3 (7) die Worte "des LVORsin " des Parteitages, der den Pirat in ein weiteres Amt wählt," geändert werden.

Alte Fassung:

Eine Ämterkumulation ist auf Landesebene nicht zulässig. Auf unteren Ebenen ist die Zustimmung des LVORs notwendig.

Neue Fassung:

Eine Ämterkumulation ist auf Landesebene nicht zulässig. Auf unteren Ebenen ist die Zustimmung des Parteitages, der den Pirat in ein weiteres Amt wählt, notwendig.

Begründung:

Sollte eine Entscheidung der Basis sein und nicht die eines Vorstandes.

SÄA 19 - Änderung der Ämterkumulation (B)

Antragsteller Ven konkurrierend zu [SÄA 18](#) Wiki-Version: 11:07, 9. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Beantragte Änderungen:

Es wird beantragt, dass [§ 2.3 \(7\)](#) durch Eine Ämterkumulation zwischen Landesebene und allen niedrigeren Ebenen ist zulässig. Es bedarf jedoch der Zustimmung des Parteitages, der den Pirat in ein weiteres Amt wählt.ersetzt wird.

Alte Fassung:

Eine Ämterkumulation ist auf Landesebene nicht zulässig. Auf unteren Ebenen ist die Zustimmung des LVORs notwendig.

Neue Fassung:

Eine Ämterkumulation zwischen Landesebene und allen niedrigeren Ebenen ist zulässig. Es bedarf jedoch der Zustimmung des Parteitages, der den Pirat in ein weiteres Amt wählt.

Begründung:

Mit dieser Regelung kann man z.B. im Landesvorstand und im Vorstand seines Kreises bzw. Ort sein. Die Zustimmung des Parteitages schützt vor Machtanhäufung bzw. davor, dass das erste Amt verschwiegen wird.

SÄA 20 - Überarbeitung Protokollabschnitt

Antragsteller Blackspot Wiki-Version: 17:46, 2. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Beantragte Änderungen:

ACHTUNG: neue Version vom 06.02.10 / Anregungen und Kritik mit eingearbeitet

alt:

(9) Über den Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, das als Beschlussprotokoll geführt wird und bei mündlichen Tätigkeitsberichten zur ausführlicheren Dokumentation als Verlaufsprotokoll. Das Protokoll wird von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem neu gewählten Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben. Über Wahlen auf dem Parteitag wird ein Wahlprotokoll angefertigt, das durch den Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfer unterschrieben und dem Protokoll beigelegt wird.

neu:

(9) Über den Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, das als Beschlussprotokoll, bei mündlichen Tätigkeitsberichten jedoch zur ausführlicheren Dokumentation als Verlaufsprotokoll, geführt wird. Das Protokoll wird von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem aktuell gewählten Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter unterschrieben. Über Wahlen auf dem Parteitag wird ein Wahlprotokoll angefertigt, das durch den Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfer unterschrieben und dem Protokoll beigelegt wird.

Begründung:

nicht immer wird ein Vorsitzender oder sein Stellvertreter neu gewählt. Deshalb sollte "neu gewählt" durch aktuell gewähltersetzt werden. Dazu weitere kleine grammatikalische Korrekturen.

Teil II.

Wahlprogramm

1. Präambel

WPA 1.1 - Präambel

Antragsteller Unglow konkurrierend zu [WPA 2](#) Wiki-Version: 17:14, 18. Jun. 2010

1. Absatz 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den Einzelnen selbst. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten, diesen Prozess mit demokratisch gewonnenen Regeln auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten, dahin.

2. Absatz 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub. Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit vor Freiheit als wichtigstes Gut erscheinen – und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen.

3. Absatz 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand. Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub. Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit vor Freiheit als wichtigstes Gut erscheinen – und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen.

4. Absatz 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen. Die Piratenpartei versteht sich daher als Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

5. Absatz 5

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Piratenpartei will sich auf die im Programm genannten Themen konzentrieren, da wir nur so die Möglichkeit sehen, diese wichtigen Forderungen in Zukunft durchzusetzen. Gleichzeitig glauben wir, dass diese Themen für Bürger aus dem gesamten traditionellen politischen Spektrum unterstützenswert sind, und dass eine Positionierung in diesem Spektrum uns in unserem gemeinsamen Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur hinderlich sein würde.

WPA 1.2 - Präambel

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 1](#) Wiki-Version: 17:14, 18. Jun. 2010

1. Wer sind die Piraten

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Rheinland-Pfalz.

Seit ihrer Gründung 2006 in Berlin wirkt die Piratenpartei Deutschland gemäß ihrer grundgesetzlichen Pflichten an der "Willensbildung des Volkes" mit. Während des Wahlkampfes zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort 2% der Stimmen erreichen. Für die schwedische Schwesterpartei sitzen zwei Abgeordnete im Europaparlament.

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute und in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasante technische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese vielfältige Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Die Piratenpartei möchte die Chancen dieser Situation nutzen und vormöglichen Gefahren warnen. Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf dieser Basis kann eine selbstbestimmte, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten bleiben. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

2. Unsere Ziele

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Grundrechte verteidigen Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine unbedingte Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Die gesamte Politik muss sich an ihnen orientieren.

Informationelle Selbstbestimmung Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss garantiert werden. Dies gilt dem Staat gegenüber ebenso wie im Wirtschaftsbereich. Wir wollen weder den gläsernen Bürger noch den gläsernen Konsumenten.

Transparenz Alles staatliche Handeln muss transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Nach unserer Überzeugung ist dies unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

Bildung ermöglichen Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist notwendig, um jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Gesellschaft und der Wirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen auf Dauer Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand gesichert werden können.

Patente Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie allgemeine Güter ohne angemessene Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotenzial im ursprünglichen Sinne besitzen.

Open Access Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen.

Urheberrecht fair gestalten Das Urheberrecht muss auf die Anforderungen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft angepasst werden und muss die Bedürfnisse von Konsumenten und Produzenten gleichermaßen berücksichtigen, auch in Hinblick darauf, dass die Grenzen zwischen Konsument und Produzent immer mehr verschwi

3. Die Piraten in Rheinland-Pfalz

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei Deutschland hat Landesverbände in allen Bundesländern. In Rheinland-Pfalz wurde der Landesverband 2008 in Koblenz gegründet.

Die Forderungen des Piratenprogramms spielen auch auf Landesebene eine große Rolle. Wir setzen uns in unserem Bundesland deshalb für bessere Bildungschancen, mehr Transparenz in der Politik, mehr Mitbestimmung und Wahrung der Grundrechte ein. Die folgenden Vorschläge für eine zukünftige Politik in Rheinland-Pfalz haben wir auf Basis der piratigen Grundsätze und des Parteiprogramms der Piratenpartei Deutschland erstellt.

2. Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft

Bedeutung von Datenschutz und Privatsphäre

WPA 2.1 - Bedeutung von Datenschutz und Privatsphäre

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen, die freie Meinungsäußerung, demokratische Teilhabe und in der Folge unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform, die in der Vergangenheit auch unter Einsatz zahlloser Menschenleben erkämpft und verteidigt wurde.

Jeder einzelne Schritt auf dem Weg zum Überwachungsstaat mag noch so überzeugend begründet sein - doch als Deutsche und Europäer wissen wir aus Erfahrung, wohin dieser Weg führt. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entschieden entgegen und sagen dem Überwachungsstaat den Kampf an.

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

Die Piratenpartei hat das Ziel, die Privatsphäre der Bürger vor unberechtigten und unverhältnismäßigen Eingriffen durch Staat und Wirtschaft zu schützen. Die Überwachungs politik der letzten Jahre wollen wir umkehren, um eine freiheitsfreundliche Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte zu gewährleisten.

Kein Überwachungsstaat - das Recht in Ruhe gelassen zu werden

WPA 2.2 - Datenschutz

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Kein Überwachungsstaat - das Recht in Ruhe gelassen zu werden

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, ohne dass sie eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre.

Die pauschale Verdächtigung und anlasslose Überwachung aller Bürger hat generell zu unterbleiben. Eine als 'präventive Strafverfolgung' verschleierte Abschaffung der Unschuldsvermutung lehnen wir unbedingt ab.

Die flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras oder andere Maßnahmen darf nicht zugelassen werden. Wir fordern ein allgemeines Verbot der Überwachung des öffentlichen Raums, von dem nur einzelne, richterlich angeordnete Ausnahmen zulässig sind. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden, das unserer Verfassung innewohnt. Die Weitergabe personenbezogener Daten vom Staat an die Privatwirtschaft hat in jedem Falle zu unterbleiben.

2. Informationelle Selbstbestimmung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Recht des Einzelnen, die Verwendung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss gestärkt werden. Jegliche kommerzielle Nutzung persönlicher Daten muss verboten sein, solange sie nicht ausdrücklich vom Betroffenen erlaubt wird. Dazu müssen insbesondere die Datenschutzbeauftragten völlig unabhängig agieren können. Neue Methoden wie das Scoring machen es erforderlich, nicht nur die persönlichen Daten kontrollieren zu können, sondern auch die Nutzung aller Daten, die zu einem Urteil über eine Person herangezogen werden können. Jeder Bürger muss gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken einen durchsetzbaren und wirklich unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der Daten haben. Ausgenommen davon sind Fälle, in denen ein öffentliches Interesse zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben vorliegt.

3. Biometrische Daten und Gentests

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Erhebung und Nutzung biometrischer Daten und Gentests erfordern aufgrund des hohen Missbrauchspotentials eine besonders kritische Bewertung und Kontrolle von unabhängiger Stelle. Der Aufbau zentraler Datenbanken mit solchen Daten muss unterbleiben. Die Verwendung biometrischer Merkmale in Passdokumenten hat zu unterbleiben oder auf Freiwilligkeit zu beruhen. Es ist gegenüber Drittstaaten durchzusetzen, dass diese Pässe unabhängig von biometrischen Merkmalen vollständig gültig sind. Massengentests für polizeiliche Zwecke, bei denen die Vorgeladenen nicht individuell verdächtigt werden, müssen als anlasslose Verdächtigungen gewertet und entsprechend untersagt werden.

4. Besonderheiten digitaler Daten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Generell müssen die Bestimmungen zum Schutze personenbezogener Daten die Besonderheiten digitaler Daten, wie etwa mögliche Langlebigkeit und schwer kontrollierbare Verbreitung, stärker berücksichtigen. Gerade weil die Piratenpartei für eine stärkere Befreiung von Information, Kultur und Wissen eintritt, fordern wir Datensparsamkeit, Datenvermeidung und unabhängige Kontrolle von Stellen, die personenbezogene Daten verwenden. Wenn diese nämlich für wirtschaftliche oder Verwaltungszwecke genutzt werden, können sie die Freiheit und die informationelle Selbstbestimmung des Bürgers unnötig einschränken und den Überwachungsdruck verstärken. Zu einem effektivem Datenschutz gehört aus Sicht der Piratenpartei ausserdem das Recht des Bürgers, über ungewollte Datenabflüsse personenbezogener Daten aus Unternehmen und Behörden unverzüglich und lückenlos informiert zu werden.

5. Konkrete Maßnahmen

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Konkrete Forderungen im Bereich der Privatsphäre und der Inneren Sicherheit sind:

- Durchsetzung des Folterverbots
- Bessere, wirksame Kontrolle von Geheimdiensten und Polizei national und europaweit
- Solange kein europaweiter einheitlicher Datenschutz auf hohem Niveau existiert, dürfen die Hürden für den Informationsaustausch zwischen der deutschen Polizei und der anderer Mitgliedsstaaten nicht weiter abgesenkt werden.
- Kein Informationsaustausch mit Staaten ohne wirksamen Datenschutz
- Einführung einer Informations- und Auskunftspflicht gegenüber den Betroffenen beim Datenaustausch zwischen Polizeien der EU-Länder
- Rücknahme der EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung und Stopp aller Planungen zur Wiedereinführung des Gesetzes
- keine Vorratsspeicherung von Flug-, Schiff- und sonstigen Passagierdaten (PNR: Passenger Name Records)
- Stopp der anlasslosen Übermittlung von Passagierdaten
- keine Weitergabe von solchen Passagierdaten an Dritte
- Abschaffung des ELENA-Systems zum elektronischen Einkommensnachweis
- Stopp des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags
- Rücknahme des Zugangserschwerungsgesetzes
- Stopp des SWIFT-Abkommens mit den USA
- Stopp der Volkszählung 2011 und Rücknahme des Zensus-Gesetzes zur
- Rücknahme der Auslandskopfüberwachung
- kein automatisiertes KFZ-Kennzeichen-Scanning
- Abschaffung der biometrischen Daten in Pässen und Ausweisen. Verzicht auf RFID-Chips in Ausweisdokumenten.
- Einrichtung einer unabhängigen deutschen Datenschutzbehörde mit Sanktions-Recht
- keine 'präventive' Strafverfolgung (keine Aufhebung der Unschuldsvermutung)
- keine Internierungslager (Gefängnis ohne Aburteilung) in Deutschland
- Abbau von Echelon-Abhörzentralen auf deutschem Boden
- Abschaffung der "Anti-Terror-Datei", der "Visa-Warndatei" und anderer unrechtmäßiger Datenbanken
- Stärkung des allgemeinen Informantenschutzes
- Abschaffung der Beugehaft für Zeugen
- Wiederherstellung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Rücknahme der geheimdienstlichen Befugnisse für das BKA.
- Schutz von Ermittlungsdaten vor automatischem Austausch zwischen Polizeien verschiedener Staaten
- Einführung eines eindeutigen, gut sichtbaren Identifikationsmerkmals (Nummer oder Name) für Polizisten bei Einsätzen zur Identifikation
- Verzicht auf Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen etc., Videoüberwachung generell verstärkt ersetzen durch unbewaffnete Polizeistreifen.
- Keine automatische Gesichts- oder Verhaltenskontrolle
- Ausweitung des Persönlichkeits-Kernbereichs auf elektronische Medien (z.B. Mail bei Webmailern, Laptop)

- Keine geheimen Durchsuchungen - weder online noch offline!
- Überprüfung und ggf. Aufhebung der unter dem Namen 'Anti-Terror-Maßnahme' eingeführten Regelungen, die seit dem 11.9.2001 installiert wurden
- Einführung einer Meldepflicht von Unternehmen und Behörden bei Datenpannen

Überwachung abbauen, Befugnisse evaluieren

WPA 2.3 - Überwachung abbauen, Befugnisse evaluieren

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Überwachung abbauen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gemeinsam mit dem Bürgerrechtsbündnis 'Freiheit statt Angst' fordern wir:

- Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation und unserer Standorte (Vorratsdatenspeicherung)
- Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie von RFID-Ausweisdokumenten
- Schutz vor Bespitzelung am Arbeitsplatz durch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz
- Berücksichtigung des Datenschutzes für Bürger- und Arbeitnehmer/innen bereits in der Konzeptionsphase aller öffentlicher eGovernment-Projekte
- Keine einheitliche Schülernummer (Berliner SchülerID)
- Keine Weitergabe von Informationen über Menschen ohne triftigen Grund und konkreten Anlass
- Keine europaweite Vereinheitlichung staatlicher Informationssammlungen (Stockholmer Programm)
- Keine systematische Überwachung des Zahlungsverkehrs oder sonstige Massendatenanalyse (Stockholmer Programm)
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Grundrechtsschutz
- Abbau von Videoüberwachung und Verbot des Einsatzes von Verhaltenserkennungssystemen
- Keine pauschale Registrierung aller Flug- und Schiffsreisenden (PNR-Daten)
- Keine geheime Durchsuchung von Privatcomputern, weder online noch offline
- Keine Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form

2. Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, Kosten, schädliche Nebenwirkungen und Alternativen.

3. Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, die mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

4. Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

- Keine Beschränkung des Internetzugangs durch staatliche Stellen oder Internetanbieter (Sperrlisten).
- Keine Sperrungen von Internetanschlüssen.
- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet.
- Entfernung von Internet-Inhalten nur auf Anordnung unabhängiger und unparteiischer Richter.
- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte, das heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien ist.
- Schutz von Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche Selbstzensur begünstigen (abschreckende Wirkung).

WPA 2.4 - Datenschutz

Antragsteller KV Trier / Trier-Saarburg Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Datenschutz ist ein Grundrecht. Dies hat das Bundesverfassungsgericht schon 1983 festgestellt, als es das Recht auf informationelle Selbstbestimmung begründete.

Mit zunehmender Wandlung zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft gewinnt der Datenschutz an Bedeutung. Immer mehr Informationen über unser tägliches Leben liegen heute in elektronischer Form vor und können automatisiert verarbeitet und zusammengeführt werden.

Deswegen gilt es, die Grundsätze des Datenschutzes (Datensparsamkeit, Datenvermeidung, Zweckbindung und Erforderlichkeit) noch konsequenter in den Vordergrund zu stellen, denn Datenschutz wird nicht allein durch technische Maßnahmen erreicht, sondern insbesondere durch organisatorische.

Änderungen des Landesdatenschutzgesetzes

WPA 2.5 - Änderungen des Landesdatenschutzgesetzes

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das aus dem siebziger Jahren stammende Datenschutzrecht muss dringend an die Erfordernisse des Informations- und Kommunikationszeitalters angepasst werden. Die Piratenpartei strebt ein gut lesbares, allgemein verständliches und unbürokratisches Datenschutzrecht an. Die gesetzlichen Regelungen müssen unabhängig von der zukünftigen technischen Entwicklung Wirkung entfalten.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Sinnvolle Regelungen aus der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes sollen in Landesrecht übernommen werden, wie z.B. die Informationspflichten bei Datenpannen und die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Datenschutzbeauftragte.

Wirksame Kontrolle gewährleisten

WPA 2.6 - Wirksame Kontrolle gewährleisten

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wesentliche Probleme im Bereich Datenschutz sind oftmals nicht auf gesetzliche Lücken, sondern auf den mangelnden Vollzug der bestehenden Gesetze zurückzuführen. Der Landesdatenschutzbeauftragte, welcher für die Kontrolle des Datenschutzes zuständig ist, ist jedoch personell so schwach ausgestattet, dass eine wirksame Kontrolle unmöglich ist und Datenschutzverstöße oft nicht auffallen, geschweige denn geahndet werden können.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei wird deshalb die Behörde des Landesdatenschutzbeauftragten organisatorisch, personell und finanziell so stärken, dass eine wirksame Kontrolle der bestehenden Datenschutzgesetze gewährleistet werden kann. Insbesondere müssen anlasslose Kontrollen ermöglicht werden. Zudem wollen wir die Sanktionsmöglichkeiten erhöhen, sodass Datenschutzverstöße nicht mehr aus der Protokasse bezahlt werden können und Strafen nicht zu einem betriebswirtschaftlichen Faktor verkommen.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei staatlichen IT-Projekten wie der ELENA-Datenbank, der elektronischen Gesundheitskarte oder elektronischen Ausweisdokumenten wird der Datenschutz regelmäßig missachtet. Oft kommt erst nach Eingriff der Datenschutzbeauftragten und öffentlichem Protest durch Bürger und Nicht-Regierungsorganisationen das Thema Datenschutz überhaupt auf die Agenda. Die PIRATEN werden gewährleisten, dass die Datenschutzbeauftragten bei staatlichen Projekten unmittelbar mit einbezogen werden und der Datenschutz zu einer Kernanforderung bei diesen Projekten wird.

WPA 2.7 - Elektronische Gesundheitskarte

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Transparenz heißt für uns nicht die Schaffung eines „gläsernen Patienten“. Wir lehnen die elektronische Gesundheitskarte ab und werden uns für deren Stopp einsetzen.

WPA 2.8 - Stärkung des Landesdatenschutzbeauftragten

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ein starker Datenschutz setzt handlungsfähige Datenschützer voraus. Aus diesem Grund soll das Amt des Landesdatenschutzbeauftragten nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins zu einem unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz umgebaut werden. Dieses soll in Zukunft auch für den nichtöffentlichen Bereich und für Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz zuständig sein. Dazu muss diese Institution auch personell deutlich ausgebaut werden.

Digitale Selbstverteidigung

WPA 2.9 - Digitale Selbstverteidigung

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Digitale Selbstverteidigung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung gewährleisten die Kontrolle über die eigenen Daten. Durch die immer umfangreicher werdende Datenverarbeitung im Informationszeitalter ist Datenschutz wichtiger denn je. Trotzdem fehlt in weiten Teilen der Bevölkerung noch das Bewusstsein für den sorgfältigen Umgang mit eigenen und fremden Daten. Für vermeintliche Rabatte oder geringe Gewinnchancen sind viele bereit ihre persönlichen Daten preiszugeben, ohne sich über

das Ausmaß dieser Entscheidung bewusst zu sein. Die Rechte, die der Staat seinen Bürgern einräumt, können nur Wirkung entfalten, wenn die Menschen sie bewusst ausüben können. Die Piratenpartei will deshalb die Voraussetzungen für eine wirksame digitale Selbstverteidigung schaffen.

2. Datenschutz als Bildungsauftrag

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir betrachten Datenschutz als staatliche Bildungsaufgabe und wollen alle Bildungsträger in Rheinland-Pfalz in diese Aufgabe einbeziehen. Aufklärung über Datenschutz ist nicht nur Aufgabe der Schulen, sondern auch der politischen Bildungseinrichtungen, der Volkshochschulen, der Ausbildungseinrichtungen und anderer Bildungsstätten.

Die Menschen müssen in der Lage sein, die Bedeutung der Privatsphäre für eine freiheitliche Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben zu erkennen und frühzeitig über die Gefahren aufgeklärt werden, die von Staat, Wirtschaft und von unachtsamer Datenpreisgabe ausgehen. Der verantwortungsvolle Umgang mit eigenen Daten und den Daten Dritter muss vermittelt werden.

Die Auskunfts-, Änderungs- und Löschansprüche, welche die Datenschutzgesetze einräumen, sind vielen Menschen nicht bekannt. Wir werden durch Informationskampagnen und Hilfsangebote dafür sorgen, dass diese Rechte wahrgenommen werden können.

3. Selbstschutz durch Information und Transparenz

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bürger müssen umfassend über Datenerhebungen und -verarbeitung informiert werden um ihre Rechte wahrnehmen zu können. Deshalb werden wir datenverarbeitende Unternehmen zu mehr Transparenz verpflichten: Kunden müssen klar und deutlich über das Ausmaß und den Zweck von Datensammlung und -verarbeitung aufgeklärt und über die Konsequenzen informiert werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Betroffenen ihre Daten tatsächlich freiwillig und bewusst herausgeben.

4. Informationelle Selbstbestimmung in sozialen Netzwerken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Insbesondere junge Menschen nutzen vermehrt Soziale Netzwerke im Internet um sich mit Freunden auszutauschen, neue Kontakte zu knüpfen und gemeinsamen Interessen nachzugehen. Der Datenschutz wird in vielen dieser Netzwerke jedoch sträflich vernachlässigt.

Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit jeder unbeschwert und ohne Angst vor Datenmissbrauch oder Cyber-Mobbing an diesen Netzwerken teilhaben kann. Wir werden für eine wirksame Durchsetzung der informationellen Selbstbestimmung in diesen Netzwerken sorgen. Jeder Nutzer muss zu jeder Zeit die Kontrolle darüber behalten, wer welche Daten einsehen darf. Die Nutzung von personenbezogenen Daten durch die Betreiber, ohne explizite Einwilligung des Nutzers werden wir unterbinden.

Datenschutz auf Bundesebene

WPA 2.10 - Datenschutz auf Bundesebene

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wird sich im Bundesrat für eine Verbesserung des Datenschutzes auf Bundesebene stark machen. Insbesondere werden wir die Einführung eines Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes voran treiben. Wir werden uns im Bundesrat gegen datenschutzfeindliche Gesetze wie z.B. eine neue Vorratsdatenspeicherung stellen und uns dafür einsetzen, Gesetze wie das BKA-Gesetz und ELENA zu entschärfen bzw. datenschutzgerecht umzugestalten.

Datenschutz auf Landesebene

WPA 2.11 - Datenschutz auf Landesebene

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Datenschutz auf Landesebene

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ein wesentlicher Grundsatz des Datenschutzes ist die Datensparsamkeit. Diese besagt, dass nur so wenige Daten wie notwendig gesammelt werden sollen. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, wird die Piratenpartei Rheinland-Pfalz alle vom Land erfassten Daten auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüfen.

2. Google Analytics in der Landesverwaltung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wird den illegalen Einsatz der Software "Google Analytics" in der Landesverwaltung stoppen. Laut dem Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten wird das Programm von einigen Stellen eingesetzt, obwohl dessen Betrieb gegen deutsches Datenschutzrecht verstößt. Wir werden sicherstellen, dass jeder Bürger die Webseiten des Landes nutzen kann, ohne dabei ausspioniert zu werden.

3. Meldedaten

konkurrierend zu [WPA 12](#) Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Einige Stadtverwaltungen in in Rheinland-Pfalz bessern ihr Budget auf, indem sie die persönliche Daten ihrer Bürger weiterverkaufen. Kirchen, Parteien, die GEZ, Banken und noch viele weitere Unternehmen kommen auf diese Weise an Datensätze. Bürger, die dies nicht wollen, können dem Datenverkauf widersprechen (sogenanntes Opt-Out), was allerdings mit Aufwand verbunden ist und vielen Menschen nicht bekannt ist. In der Regel erfährt man nur auf konkrete Nachfrage von diesem Datenhandel und der Möglichkeit des Widerspruchs. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz hält dieses Vorgehen für nicht akzeptabel. Wir werden deshalb ein Opt-In-Verfahren einführen, bei dem der Bürger der Herausgabe seiner Daten bewusst zustimmen muss und explizit angibt, welchen Gruppen der Zugang zu seinen Daten gestattet werden soll; der Verkauf an andere Gruppen wird unterbunden.

4. Behördliche Datenschutzbeauftragte

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Neben dem Landesbeauftragten für den Datenschutz sind die behördlichen Datenschutzbeauftragten ein wichtiges Organ um den Datenschutz im Land zu gewährleisten. Leider haben sie für diese verantwortungsvolle Aufgabe oft zu wenig Zeit zur Verfügung. Die behördlichen Datenschutzbeauftragten sollen sich nach unserer Auffassung Vollzeit um ihre Aufgabe kümmern können und in alle datenschutzrelevanten Vorhaben einbezogen werden. Außerdem wollen wir die Vernetzung und den Austausch zwischen Landes- und behördlichen Datenschutzbeauftragten fördern.

5. Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jeder Bürger hat ein Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten. Dieses Recht gilt auch gegenüber der Verwaltung. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass der Staat aus einem vermeintlichen Geheimhaltungsinteresse dieses Recht untergräbt. Die Piratenpartei wird durchsetzen, dass alle Bürger auch gegenüber der Landesverwaltung einen durchsetzbaren und unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft und gegebenenfalls auf Korrektur, Sperrung oder Löschung von unrichtigen oder unrechtmäßig gespeicherten Daten haben.

6. Datenschutz bei der Gesetzgebung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Datenschutz ist mehr als ein politisches Thema. Die Verarbeitung persönlicher Daten durchdringt heute alle gesellschaftlichen Bereiche. Bei fast allen Gesetzen spielen persönliche Daten der Bürger eine Rolle. Die Piratenpartei wird deshalb sicherstellen, dass der Datenschutz in allen Bereichen der Gesetzgebung mit einbezogen und von vorne herein geachtet wird.

WPA 2.12 - Datenherausgabe durch Bürgerämter nur nach Zustimmung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 11](#) - Meldedaten Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja

Nein Enthaltung

Notizen:

Eine Weitergabe von Informationen über Bürger ohne deren Einwilligung lehnen wir ab.

Privatpersonen, Firmen, Kirchen, Parteien und andere Einrichtungen fordern von Bürgerämtern gegen geringe Gebühren Daten über Bürger ohne deren Einwilligung an, um diese zu privaten oder kommerziellen Zwecken zu verwenden. Diese Praxis widerspricht dem Grundrecht auf Informationelle Selbstbestimmung. Stattdessen muss in Zukunft sichergestellt sein, dass die Erlaubnis der Bürger eingeholt wurde, bevor Informationen über sie herausgegeben werden. Wurde diese Erlaubnis erteilt, soll der Bürger auf Anfrage Informationen über die getätigten Abfragen erhalten und seine Erlaubnis jederzeit widerrufen können.

Datenschutz in der Wirtschaft

WPA 2.13 - Datenschutz in der Wirtschaft

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

1. Modul 1

Die bestehenden Datenschutzgesetze können den Datenschutz in der digitalen und vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr gewährleisten. Datenskandale häufen sich, Firmen spionieren ihre Mitarbeiter aus, sensible Kundendaten gelangen in die Hände von Kriminellen. Der Datenhandel blüht: Permanent werden persönliche Daten von Millionen von Bundesbürgern gehandelt, ohne dass der Staat gesetzliche Rahmenbedingungen schafft, die jedem Bürger ermöglichen, an der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts teilzuhaben, ohne zum gläsernen Bürger zu werden.

WPA 2.14 - Betriebliche Datenschutzbeauftragte

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Viele Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben derzeit keinen betrieblichen Datenschutzbeauftragten eingesetzt, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Obwohl der Landesdatenschutzbeauftragte dies bemängelt gibt es erhebliche Defizite. Die Sanktionen müssen in diesem Bereich verstärkt werden, sodass der Datenschutz als Sparmaßnahme für Unternehmen nicht mehr in Frage kommt.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Darüber hinaus wollen wir den Kündigungsschutz der betrieblichen Datenschutzbeauftragten stärken und ihnen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen. Die Einsatzbereitschaft und die Durchsetzungsfähigkeit der betrieblichen Datenschutzbeauftragten trägt oftmals mehr zum Datenschutzniveau eines Unternehmens bei als gesetzliche Vorgaben. Die betrieblichen Datenschutzbeauftragten müssen deshalb in die Lage versetzt werden, das Datenschutzbewusstsein in der Wirtschaft zu stärken und wirksam durchzusetzen.

WPA 2.15 - Schutz von Unternehmensdatenbanken

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Landesdatenschutzbeauftragte bemängelt den Schutz von Unternehmensdaten als vielfach unzureichend. Die mangelhafte Absicherung und Zugriffskontrolle erleichtert es, Daten illegal auszulesen und weiterzugeben. Die vorhandenen Strafbestimmungen reichen aus Sicht der PIRATEN offenbar nicht aus, um den wirksamen Schutz von Kundendaten zu gewährleisten. Die missbräuchliche Verwendung von Daten im Rahmen eingeräumter Zugriffsrechte muss ebenso unter Strafe gestellt werden wie der unbefugte Zugriff durch Dritte.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um Datenmissbrauch und aufdecken zu können muss protokolliert werden, wer wann welche personenbezogenen Daten in welcher Weise verarbeitet hat. Diese Daten müssen beweissicher gespeichert und wiederum gegen unbefugten Zugriff und Manipulationen gesichert sein. Die Protokolldaten unterliegen ihrerseits einer strikten Zweckbindung und dürfen nicht für die Verhaltens- und Leistungskontrolle von Angestellten verwendet werden.

WPA 2.16 - Datenschutz der Arbeitnehmer

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Arbeitsverhältnis werden zahlreiche persönliche und hochsensible Daten über Beschäftigte gesammelt und verarbeitet. Durch Informationstechnik können diese Daten fast ohne Aufwand zusammengeführt und ausgewertet werden. Dies bietet Arbeitgebern neue, bedenkliche Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten, die den Persönlichkeitsrechten der Arbeitnehmer entgegenstehen. Der Gesetzgeber hat bislang versäumt, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Piratenpartei will diesen Missstand beseitigen und ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz verabschieden.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Konkret werden wir u.a.:

- klar festlegen, welche Daten Unternehmen und öffentliche Stellen im Rahmen des Einstellungsverfahrens und des Arbeitsverhältnisses sammeln und verarbeiten dürfen
- anlass- und verdachtslose Abgleiche von Personaldaten unterbinden
- die Verhaltens- und Leistungskontrolle von Arbeitnehmern strikt begrenzen
- die Achtung der Persönlichkeitsrechte beim Einsatz von Videoüberwachung, Ortungssystemen und sonstigen Überwachungssystemen gewährleisten
- den Beschäftigten umfassende Auskunfts-, Benachrichtigungs-, Widerrufs- und Löschrechte einräumen
- den Schutz der in Deutschland tätigen Arbeitnehmer internationaler Unternehmen durchsetzen
- die Kontrolle durch betriebliche Datenschutzbeauftragte sicherstellen
- wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen den Arbeitnehmerdatenschutz einführen

WPA 2.17 - Datenhandel unterbinden

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Alternative A

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Piratenpartei wird den Handel mit personenbezogenen Daten verbieten.

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Alternative B Die Piratenpartei wird den Handel mit personenbezogenen Daten einschränken. Wir werden den Handel mit Daten nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen erlauben. Diese Zustimmung muss unabhängig von sonstigen vertraglichen Vereinbarungen sein und darf auf letztere keinen Einfluss haben. Insbesondere darf ein Vertragsabschluss nicht von der Zustimmung zum Datenhandel abhängig gemacht werden.

WPA 2.18 - Datensparsamkeit in Unternehmen

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen Unternehmen zur Datensparsamkeit verpflichten. Es darf nicht sein, dass die Angabe von nicht benötigten private Daten zur Voraussetzung werden, um Bestellungen zu tätigen, Software zu benutzen oder Vereinen und Gemeinschaften beizutreten. Zudem fordern wir Opt-In Lösungen, bei denen jeder der weiteren Verwendung seiner Daten oder auch zum Beispiel dem Erhalt von Werbung ausdrücklich zustimmen muss und nicht nur nachträglich widersprechen kann.

WPA 2.19 - Illegale Entsorgung von Daten

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

So wie die illegale Müllentsorgung unsere Umwelt schädigt, ist die illegale Entsorgung von Daten eine Bedrohung für die Privatsphäre von Kunden, Patienten, Arbeitnehmern und vielen weiteren Bürgern.

Um die ordnungsgemäße Vernichtung von privaten Daten bei der Entsorgung zu gewährleisten, werden wir dem Landesdatenschutzbeauftragten mehr Kontrollbefugnisse in diesem Bereich zusprechen und die Strafen für illegale Datenentsorgung erhöhen. Dies werden wir mit einer Aufklärungskampagne zur korrekten Entsorgung von Daten verbinden.

Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte

WPA 2.20 - Sicherheitspolitik

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Mit einer erschreckenden Geschwindigkeit wurde das Recht auf Privatsphäre in den letzten Jahren zu Gunsten einer unwirksamen Sicherheitspolitik eingeschränkt.

Systeme und Methoden, die der Staat gegen seine Bürger einsetzen kann, müssen der ständigen Bewertung und genauen Prüfung durch gewählte Mandatsträger unterliegen. Wenn die Regierung Bürger beobachtet, ohne dass sie eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die pauschale Verdächtigung und anlasslose Überwachung aller Bürger hat generell zu unterbleiben. Eine als 'präventive Strafverfolgung' verschleierte Abschaffung der Unschuldsvermutung lehnen wir unbedingt ab.

WPA 2.21 - Vertrauliche Kommunikation

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis, das die grundgesetzlich geschützte Privatheit und Integrität von Kommunikation auch in elektronischen Medien wie dem Internet garantiert. Zugriff auf die Kommunikationsmittel oder die Überwachung eines Bürgers darf Ermittlungsbehörden nur im Falle eines begründeten und konkreten Tatverdacht erlaucht werden, dass dieser Bürger ein Verbrechen plant oder begangen hat. In jedem Fall ist ein richterlicher Beschluss erforderlich. In allen anderen Fällen muss der Staat annehmen, seine Bürger seien unschuldig. Diesem Kommunikationsgeheimnis muss ein starker gesetzlicher Schutz gegeben werden, da Regierungen wiederholt gezeigt haben, dass sie bei sensiblen Informationen nicht vertrauenswürdig sind.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Speziell eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten widerspricht nicht nur der Unschuldsvermutung, sondern auch allen Prinzipien einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft. Der vorherrschende Kontrollwahn stellt eine weitaus ernsthaftere und langfristige Bedrohung unserer Gesellschaft dar als der internationale Terrorismus und erzeugt ein Klima des Misstrauens und der Angst. Flächendeckende staatliche Überwachung, fragwürdige Rasterfahrungen und zentrale Datenbanken mit unbewiesenen Verdächtigungen (Anti-Terror-Datei) sind Mittel, deren Einsatz wir grundsätzlich ablehnen.

WPA 2.22 - Datensparsame Sicherheitspolitik

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Der Staat sammelt selbst hemmungslos Daten über seine Bürger und vernetzt die gesammelten Daten zunehmend miteinander, was zu einem gläsernen Bürger führt. Mit der Steuer-ID, die jeder Bundesbürger mit seiner Geburt erhält und die erst 20 Jahre nach seinem Tod gelöst wird, sind die Daten der Bürger nun einfacher zu verarbeiten und können so besser vernetzt werden, was das Erstellen eines umfangreichen Profils zu jedem Bürger erleichtert. Mit Hilfe der Vorratsdatenspeicherung sollten die Kommunikationsdaten eines jeden Deutschen, der per Telefon oder Internet kommuniziert, überwacht und gespeichert werden, ohne dass ein Verdacht besteht. Diese Maßnahme wurde vorübergehend sogar vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Mit der ELENA-Datenbank werden mittlerweile alle Arbeitnehmerdaten zentral erfasst. In den Bundesländern wird auch über neue Datenbanken, wie zum Beispiel die Einführung einer Schüler-ID, diskutiert. Gesetze wie die Vorratsdatenspeicherung, bei der Bürger verdachtsunabhängig überwacht werden, lehnt die Piratenpartei grundsätzlich ab. Auch andere Maßnahmen der verdachtsunabhängigen Massenüberwachung wie Kennzeichenscanner lehnen wir ab. Den Einsatz solcher Maßnahmen in Rheinland-Pfalz wird die Piratenpartei verhindern.

WPA 2.23 - Sicherheitspolitik

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Biometrische Daten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir lehnen die Erfassung biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne nachgewiesene Straftat kategorisch ab.

2. Keine automatisierte Kennzeichenerfassung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Obwohl das Bundesverfassungsgericht eindeutig klargestellt hat, dass eine verdachtsunabhängige, flächendeckende, automatisierte Kennzeichenerfassung zum Abgleich mit Fahndungsdaten nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, wird dieses erneut diskutiert. Einen solchen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte lehnen wir entschieden ab.

Wir gehen sogar weiter als das Verfassungsgericht: Auch ein stichprobenartiger Abgleich ist für uns nicht akzeptabel.

WPA 2.24 - Echte Sicherheitspolitik auf Basis von Fakten

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Bekämpfung der Kriminalität ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Sie ist nach unserer Überzeugung nur durch eine intelligente, rationale und evidenzbasierte Sicherheitspolitik auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu gewährleisten. Um sinnvolle Sicherheitsmaßnahmen zu fördern und schädliche Maßnahmen beenden zu können, wollen wir alle bestehenden Befugnisse und Programme der Sicherheitsbehörden systematisch und nach wissenschaftlichen Kriterien überprüfen auf Wirksamkeit, Kosten, schädliche Nebenwirkungen, auf Alternativen und auf ihre Vereinbarkeit mit den Menschen- und Bürgerrechten.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir wollen, dass künftig jeder Vorschlag für neue Sicherheitsmaßnahmen noch im Entwurfsstadium von der Europäischen Grundrechteagentur oder einer entsprechenden deutschen Einrichtung auf diese Kriterien hin begutachtet wird. Nur durch einen solchen "Gesetzes-TÜV" kann weiteren verfassungswidrigen Angriffen auf unsere Grundrechte frühzeitig entgegen gewirkt werden. Der Grundrechteagentur müssen dafür alle nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Um den fortschreitenden Abbau der Bürgerrechte seit 2001 zu stoppen, fordern wir ein Moratorium für weitere Grundrechtseingriffe im Namen der inneren Sicherheit ein, solange nicht die systematische Überprüfung der bestehenden Befugnisse abgeschlossen ist.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Zur Gewährleistung der Freiheitsrechte und zur Sicherung der Effektivität von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung treten wir dafür ein, dass eine staatliche Informationssammlung, Kontrolle und Überwachung künftig nur noch gezielt bei Personen erfolgt, die einer Straftat konkret verdächtigt sind. Zum Schutz unserer offenen Gesellschaft und im Interesse einer effizienten Sicherheitspolitik wollen wir auf anlasslose, massenhafte, automatisierte Datenerhebungen, Datenabgleichungen und Datenspeicherungen verzichten. In einem freiheitlichen Land ist eine derart breite Erfassung beliebiger Personen ohne Anlass und Verdacht inakzeptabel.

5. Modul 5

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Sicherheitsforschung aus Steuergeldern wollen wir demokratisieren und an den Bedürfnissen und Rechten der Bürgerinnen und Bürger ausrichten. In beratenden Gremien sollen künftig neben Verwaltungs- und Industrievertretern in gleicher Zahl auch Volksvertreter sämtlicher Fraktionen, Kriminologen, Opferverbände und Nichtregierungsorganisationen zum Schutz der Freiheitsrechte und Privatsphäre vertreten sein. Eine Entscheidung über die Ausschreibung eines Projekts soll erst getroffen werden, wenn eine öffentliche Untersuchung über die Auswirkungen des jeweiligen Forschungsziels auf unsere Grundrechte (impact assessment) vorliegt.

6. Modul 6

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Entwicklung von Technologien zur verstärkten Überwachung, Erfassung und Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern lehnen wir ab. Stattdessen muss die Sicherheitsforschung auf sämtliche Optionen zur Kriminal- und Unglücksverhütung erstreckt werden und eine unabhängige Untersuchung von Wirksamkeit, Kosten, schädlichen Nebenwirkungen und Alternativen zu den einzelnen Vorschlägen zum Gegenstand haben.

7. Modul 7

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Weil auch die gefühlte Sicherheit eine wichtige Voraussetzung für unser Wohlbefinden ist, wollen wir zudem erforschen lassen, wie das öffentliche Sicherheitsbewusstsein gestärkt und wie verzerrten Einschätzungen und Darstellungen der Sicherheitslage entgegen gewirkt werden kann.

WPA 2.25 - Polizei- und Ordnungsbehördengesetz

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir lehnen jegliche Versuche ab, durch eine Neufassung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes Online-Durchsuchungen zu erlauben, Rasterfahndungen zu legitimieren oder Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung zu verschärfen. Stattdessen setzen wir uns für eine wissenschaftliche Evaluation aller bestehenden Sicherheitsbefugnisse ein.

WPA 2.26 - Eindeutige, gut lesbare Kennzeichnung von Polizisten

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu ?? Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Polizisten sollen bei Einsätzen in Gruppen eine eindeutige, gut lesbare Identifikationsnummer tragen, um Übergriffe durch Polizisten nachvollziehen und aufklären zu können. Für den Fall unverhältnismäßiger Gewaltanwendung durch Polizisten oder anderer gesetzeswidriger Handlungen muss sichergestellt werden, dass eine spätere Identifikation von Sicherheitskräften möglich ist.

WPA 2.27 - Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 26](#) Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010 Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei geplanten Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Einsätzen bei Sportereignissen sollen Polizisten eine eindeutige Identifikationsnummer tragen, um Übergriffe durch Polizisten nachvollziehen zu können.

Für den Fall unverhältnismäßiger Gewaltanwendung durch Polizisten oder anderer gesetzeswidriger Handlungen muss sichergestellt werden, dass eine spätere Identifikation von Sicherheitskräften möglich ist. Dabei ist das Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Persönlichkeitsrechte und der Identifizierbarkeit der Polizisten zu wahren. Im Fall einer Anzeige soll erst durch einen richterlichen Beschluss die Feststellung der Identität erfolgen. Hierfür ist ein geeignetes und praktikables Verfahren zur Verteilung der Identifikationsnummern und deren Gestaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei zu entwickeln.

WPA 2.28 - POLIS Datenbank

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In der Vergangenheit kam es zu rechtswidrig Zugriffen auf das polizeiliche Informationssystem POLIS. In dem System befinden sich Daten über alle Personen, die als Tatverdächtige auffällig geworden, aber nicht zwangsläufig schuldig sind. Da diese Daten in einem Rechtsstaat besonders schutzwürdig sind, werden wir dieses System grundlegend überprüfen lassen und sicherstellen, dass alle nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um Datenmissbrauch zu verhindern.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Rahmen dieser Überprüfung werden wir auch alle gespeicherten Daten hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überprüfen. Daten die nicht unbedingt benötigt, oder anlasslos gespeichert werden sind unzulässig.

WPA 2.29 - Videoüberwachung

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras oder andere Maßnahmen darf nicht zugelassen werden. Wir fordern ein allgemeines Verbot der Überwachung des öffentlichen Raums, von dem nur einzelne, richterlich angeordnete Ausnahmen zulässig sind.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die anlasslose und pauschale Videoüberwachung im öffentlichen Raum dient lediglich der gefühlten Sicherheit und dringt unverhältnismäßig in die Privatsphäre der Menschen ein. Wir werden stattdessen wirksame Maßnahmen durchsetzen. Wir lehnen jegliche Pläne zum Ausbau der Videoüberwachung zum Beispiel an Bushaltestellen oder Schulen strikt ab. Kameras tragen nicht zum Abbau sondern höchstens zur Verlagerung von Kriminalität bei und bieten Opfern keinen Schutz. Die Kosten für die Installation und die Überwachung der Kameras stehen in keiner Relation zum Nutzen. Eine Neuorientierung hin zu effektiven Lösungen wie besserer Straßenbeleuchtung und mehr Polizeistreifen ist dringend erforderlich und wird von uns vorangetrieben.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir lehnen insbesondere den allgemeinen, präventiven, behördlichen Einsatz von Überwachungstechnologie während Demonstrationen ab, da dieser die Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung massiv einschränkt.

WPA 2.30 - Versammlungsfreiheit

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 22:51 18. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Möglichkeit zur Organisation von und Teilnahme an Versammlungen ist ein wichtiges Grundrecht. In anderen Bundesländern wurde dieses Recht durch Änderungen am Versammlungsgesetz erheblich eingeschränkt. Jeglichen Plänen die Versammlungsfreiheit in Rheinland-Pfalz ebenfalls einzuschränken stellen wir uns entschieden entgegen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Immer häufiger wird seitens der Polizei im Vorfeld von und während Demonstrationen Kontrolle und Überwachungsdruck ausgeübt. Wir lehnen anlassunabhängige Kontrollen und Durchsuchungen von Menschen und Fahrzeugen entschieden ab und setzen uns für entsprechende gesetzliche Änderungen ein, die dies verbieten. Wir fordern Freiheit statt Angst und den Schutz der Menschen vor Einschüchterung durch den Staat bei Wahrnehmung ihrer Rechte.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Überwachung von Demonstrationen mit Foto- oder Videokameras oder ähnlichen Instrumenten lehnen wir ab. Überwachung auf Demonstrationen gefährdet die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und damit unsere Demokratie. Wir wollen das Versammlungsrecht stärken und verdachts- und anlassunabhängige Überwachungsmaßnahmen stärker kontrollieren und sanktionieren. Jede polizeiliche Überwachungsmaßnahme muss vollständig dokumentiert und begründet werden und dem Landesdatenschutzbeauftragten zur Kontrolle übermittelt werden.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

In der Vergangenheit kam es zu Situationen, in denen Polizisten auf Demonstrationen die Rechte von Bürgern missachtet haben. Bei Beschwerden gestaltete sich die Aufklärung als schwierig. Polizisten sollten gegen Kollegen ermitteln oder aussagen. Um solche Fälle zukünftig besser aufklären zu können, fordern wir die Einrichtung einer von der Polizei unabhängigen Beschwerdestelle. Diese muss auch das anonyme Melden von Fehlverhalten durch Kollegen möglich machen, die sich aktuell nicht trauen, Beobachtungen rechtswidrigen Verhaltens zur Anzeige zu bringen.

3. Transparenz

Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!

WPA 3.1 - Staatliche Daten veröffentlichen

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Zugang zu Wissen und Information ist die Grundlage für unsere freiheitlich-demokratische Informations- und Wissensgesellschaft. Wir PIRATEN setzen uns daher für eine Stärkung der Informationsfreiheit und einen freien und offenen Zugang zu allen staatlichen und staatlich geförderten Informationsbeständen ein.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Sämtliche staatlichen Daten müssen grundsätzlich der Öffentlichkeit und damit jedermann frei zugänglich gemacht werden. Unter staatlichen Daten verstehen wir alle staatlichen und staatlich finanzierten Informationen, ausgenommen personenbezogene Daten und ggf. wenige klar zu definierende und begründende Ausnahmefälle. Diese Ausnahmeregelungen sind möglichst eng und eindeutig zu formulieren und dürfen nicht pauschal ganze Behörden oder Themengebiete ausgrenzen.

WPA 3.2 - Demokratie durch Transparenz

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Transparenz des Staatswesens und Lobbyismus

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die politische Arbeit wird in Deutschland stark von Lobbyinteressen gesteuert. Unternehmensvertreter nehmen unbemerkt Einfluss auf Politiker und arbeiten sogar an Gesetzen mit. Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen ihre Nebentätigkeiten und die gegebenenfalls daraus resultierenden Einkünfte veröffentlichen. Abgeordnete der Piratenpartei werden mit gutem Beispiel vorangehen und dies mit dem Einzug ins Parlament offenlegen. Dem Bürger muss klar ersichtlich sein, welche Interessen hinter Gesetzesinitiativen stecken und wer, wie und wann auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss genommen hat.

Zu einem transparenten Staat gehören neben den Regelungen zu Lobby- und Nebentätigkeiten von Parlamentariern und Amtsträgern auch die gelebte Verpflichtung, Entscheidungsfindungsprozesse für den Bürger wahrnehmbar und nachvollziehbar öffentlich zu machen, wie auch Verordnungen, Diskussionspapiere und Vertragswerke so zu gestalten, dass diese so kurz wie nötig, so sprechend wie möglich und für den Bürger verständlich gehalten sind. Wir lehnen geheime Ausschüsse ab.

Gleichzeitig müssen die Interessen der Bürger besser vertreten werden. Zudem sollen Nichtregierungsorganisationen gefördert werden, die für die Rechte und Interessen der Bürger eintreten.

2. Höchste demokratische Standards für Deutschland

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die PIRATEN treten ein, für eine nachvollziehbare und transparente Politik und Verwaltung in Deutschland. Deutschland sollte sich an die höchsten demokratischen Standards halten und innerhalb Europas eine vorbildliche Rolle diesbezüglich anstreben. Deshalb sollten solche Prinzipien wie transparente Staatsführung, schnelle und gerechte Gerichtsverfahren und die Redefreiheit stets beachtet werden. In diesen Tagen und in dieser Zeit ist es wesentlich, den gesetzlichen Schutz der Bürger vor willkürlichen Staatszugriffen weiterhin durchzusetzen.

3. Gläserner Staat statt Gläserner Bürger

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine demokratische Gesellschaft braucht einen transparenten Staat und keine gläsernen Bürger. Die Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich frei und unbeobachtet zu versammeln, und ihre Meinung ohne Furcht vor staatlicher Überwachung ausdrücken zu können. Um dies in die Informationsgesellschaft zu übertragen, muss das Recht auf anonyme Kommunikation ausgebaut werden. Deswegen muss das Korrespondenzgeheimnis auf digitale Kommunikation ausgeweitet werden.

4. Offenlegung von Nebeneinkünften und Nebentätigkeiten von Amts- und Mandatsträgern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Mandatsträger und Ausübende politischer Ämter müssen zur Offenlegung sämtlicher Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten verpflichtet sein. Nur wenn der Bürger weiß von wem die genannten Personen bezahlt werden und für wen sie arbeiten kann er sich ein vollständiges Bild über deren Unabhängigkeit oder ggf. deren Abhängigkeit machen. Die Offenlegungspflicht soll auch für unentgeltliche [nicht private] Nebentätigkeiten, wie Ehrenämter in Vereinen und Verbänden gelten.

5. Begrenzung von Neben- und Folgetätigkeiten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Amtsträger dürfen neben ihrem Amt und wenigstens 2 Jahre nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit nicht in Unternehmen, Vereinen oder Verbänden tätig sein, die direkt durch die Amtstätigkeit betroffen sind. Auf Antrag eines Betroffenen kann die jeweilige Situation von einem Ausschuss gesondert untersucht werden, um unverhältnismäßige Eingriffe in die Berufsfreiheit zu vermeiden.

Gläserner Staat

WPA 3.3 - Gläserner Staat

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg ergänzend zu **WPA 1** Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Gläserner Staat

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Anspruch der Gesellschaft auf Wissen endet dort, wo die Privatsphäre beginnt. Persönlichkeitsrechte wie die informationelle Selbstbestimmung sind Grundpfeiler für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates. Damit der Bürger seiner Kontrollpflicht dem Staat gegenüber nachkommen kann, muss dieser offen und transparent aufgestellt sein.

Die Demokratie soll gestärkt werden, indem mehr Mitwirkungsmöglichkeiten und Einblicke in die Abläufe gewährt werden. Durch Einsicht in die Staatsgeschäfte können Korruption, Bürokratie und Lobbyismus erkannt werden. Inkompetenzen und Versäumnisse werden schneller aufgedeckt.

Informationsfreiheit ist Bürgerrecht!

WPA 3.4 - Informationsfreiheit / Prinzip der Öffentlichkeit

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die alte Weisheit „Wissen ist Macht“ gilt in der Informationsgesellschaft mehr denn je. Nur wer umfänglich informiert ist, kann fundierte Entscheidungen fällen. Eine umfassende Information von Bürgern und Bürgerinnen ist auch Voraussetzung für politisches Engagement und demokratische Kontrolle der vom Volk legitimierten Macht. Jeder Bürger kann staatliche Angaben selbst überprüfen, aus neuen Blickwinkeln betrachten und neue, vorher unbekannte Zusammenhänge entdecken. Dies führt zu einer Demokratisierung der Informationskanäle und erhöht die Kontrollmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat. Gemäß dem Mehr-Augen-Prinzip können Angaben gemeinschaftlich besser überprüft, Entscheidungen hinterfragt und kritisiert werden. Verbesserungsvorschläge können von Allen erarbeitet werden und die besten Lösungen können umgesetzt werden. Dem Missbrauch und der Willkür Einzelner wird vorgebeugt.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir PIRATEN wollen daher Parlamente und Behörden und die rechtlichen Grundlagen so umgestalten, dass sie diesem gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Informationsfreiheit für alle Bürger Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Staat vom Prinzip der Geheimhaltung abkehrt und ein Prinzip der Öffentlichkeit einführt, welches den mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Gestaltens stellt. Dies schafft nach der festen Überzeugung der Piratenpartei die unabdingbaren Voraussetzungen für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

WPA 3.5 - Informationsfreiheit / Keine Zensur!

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Keine Zensur!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Bestrebungen etablierter Parteien, eine Inhaltsfilterung im Internet zu etablieren, lehnen wir kategorisch ab. Staatliche Kontrolle des Informationsflusses, also Zensur, ist ein Instrument von totalitären Regimen und hat in einer Demokratie nichts verloren. Der Kampf gegen rechtswidrige Angebote im Internet muss jederzeit mit rechtsstaatlichen und transparenten Mitteln geführt werden. Bereits die Etablierung einer Zensurinfrastruktur ist inakzeptabel. Die Beurteilung der Rechtswidrigkeit muss gemäß der in Deutschland geltenden Gewaltenteilung und Zuständigkeit getroffen werden.

2. ZugangsErschwerungsGesetz aufheben!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des ZugangsErschwerungsGesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben.

3. ZugangsErschwerungsGesetz aufheben!

² Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auch den Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV), den die rheinlandpfälzische Landesregierung vorangetrieben hat, lehnen wir kategorisch ab, da er in unseren Augen einen völlig falschen Weg im Jugendschutz beschreitet. Wir fordern Aufklärung und die Vermittlung von Medienkompetenz an Kinder, Jugendliche und Eltern statt einer Zensur von Inhalten im Rundfunk oder Internet.

WPA 3.6 - Transparenz

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg ergänzend zu **WPA 4** Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Wissen ist Macht

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

”Wissen ist Macht” wird bislang eher als Legitimation dafür verwendet, Wissen für sich zu behalten, abzuschotten und

²Richtiger Titel?

zu monopolisieren. Eine erfolgreiche Gesellschaft des 21. Jahrhunderts muss den Satz erweitern zu "Wissen ist Macht – wenn es allen gehört". Denn eingesperartes Wissen ist gesellschaftlich totes Wissen, nutzt zunächst nur dem, der daraus "Kapitalßchlägt, wenn überhaupt. Denn noch viel häufiger liegt das Wissen verschlossen in Tresoren, weil es vergessen oder falsch verstanden wird.

Geteiltes Wissen wächst schneller als isoliertes Wissen. Die Wissenschaftsgemeinschaft weiß das schon lange und bewertet den Rang eines Forschers deshalb nach seinen Publikationen und der Häufigkeit, mit der er zitiert wird. Verbraucherschützer, Umweltschutz-Organisationen, Bündnisse für Verkehrsprojekte und viele andere Organisationen und Initiativen, die die Interessen der Menschen vertreten, warten darauf, dass die öffentliche Verwaltung ihre Informationsschätze teilt und nicht versteckt. Die Piratenpartei versteht sich als Vertreter der Wissensgesellschaft.

WPA 3.7 - Transparenz

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Transparente Information über Großprojekte

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten wie Nürburgring oder Hochmoselübergang sollen frühzeitig alle relevanten Informationen veröffentlicht werden. Daneben sollen die betroffenen Bürger angemessen und frühzeitig beteiligt werden. Bei einer Verlegung in private Rechtsformen muss diese Veröffentlichungspflicht weiterhin gewährleistet sein. Wir wollen eine offenere Kommunikation bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten anstoßen.

Moderne Verwaltung mit offenen Daten!

WPA 3.8 - Offene Daten

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Staatliche Daten, wie Wetter- und Geodaten, Verkehrs- und Einwohnerstatistiken, müssen allen Bürgern zur Verfügung stehen und dürfen nicht länger großen Teilen der Gesellschaft vorenthalten werden. Die heutige Informationspolitik schließt wertvolle Daten in Aktenschränken oder nicht allgemein verarbeitbaren Dateiformaten ein. Bürger bekommen wichtige Informationen nur auf Nachfrage. Wir wollen das Potential der weltweiten Vernetzung ausschöpfen und werden deshalb offene Schnittstellen zum Abruf dieser Daten für jedermann einführen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die modernen Informationstechnologien machen eine proaktive, zeitnahe Veröffentlichung und Verbreitung von staatlichen Informationen in offenen und strukturierten Datenformaten kostengünstig und schnell möglich. Die Piratenpartei tritt dafür ein, dass alle staatlichen Stellen von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, statt der Verbreitung dieser Informationen

Steine in den Weg zu legen. Wir wollen durchsetzen, dass Rohdaten in maschinenlesbaren Formaten bereitgestellt werden, die eine schrankenlose Weiterverarbeitung durch Nicht-Regierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen und interessierte Bürger zulassen.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine Veröffentlichung von Daten in Rohform und der Zugriff über offene Schnittstellen ermöglicht vielfältige Anwendungen. Die Piratenpartei betrachtet daher die Veröffentlichung von staatlichen Informationen in offenen, strukturierten Formaten als ein wesentliches Merkmal eines demokratischen Informationszeitalters. Open-Data- und Semantic-Web-Initiativen, welche für die Veröffentlichung von strukturierten Daten eintreten, wollen wir deshalb explizit fördern. Ebenso wollen wir den Einsatz freier Software in allen Einrichtungen des Landes forcieren. Langfristige Verträge mit Monopolisten lehnen wir ab.

WPA 3.9 - Transparenz

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Freie und plattformunabhängige Dateiformate für staatliche Veröffentlichungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Offene Formate garantieren, dass Informationen auch langfristig lesbar sind. Diese müssen möglichst in durchsuchbarer Form zur Verfügung gestellt werden.

Der Zugang zu veröffentlichten Informationen darf nicht davon abhängen, welches Computersystem jemand benutzt, ob spezielle Software installiert oder gekauft wurde. Deshalb ist es erforderlich, Veröffentlichungen in einer Form vorzunehmen, die auf offenen standardisierten Formaten basiert.

2. Offene Dateiformate in der Verwaltung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir werden dafür sorgen, dass die Verwaltungen des Landes und der Kommunen vollständig auf offene Dateiformate umsteigen. Dies vereinfacht den Datenaustausch zwischen den Behörden untereinander und mit den Bürgern.

3. Freie Software in Behörden und staatlichen Einrichtungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Sicherheit und langfristige Kosteneinsparungen durch Einsatz von freier Software.

Durch die Offenheit des Quellcodes bei freier Software gibt es keine Abhängigkeit von einem bestimmten Softwarehersteller. Dies verbessert die Möglichkeiten für spätere Anpassungen, wenn sich beispielsweise rechtliche Rahmenbedingungen für Behörden ändern. Bei freier Software entfallen außerdem auf lange Sicht große Summen für Lizenzgebühren. Den kurzfristig höheren Kosten für Einarbeitungsaufwand stehen so mittel- und langfristige Einsparungen gegenüber. Wartungsverträge können mit Firmen vor Ort geschlossen werden, was die regionale Wirtschaft fördert.

WPA 3.10 - Transparenz

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Kooperation mit Microsoft aufkündigen

Die Verträge der Landesregierung mit dem Software-Monopolisten Microsoft zum Einsatz von Software in Schulen, Hochschulen und Verwaltung sowie Bereich des Jugendmedienschutzes und der "Medienkompetenzförderung" lehnen wir ab und werden wir aufkündigen.

Auskunftsanspruch verbessern!

WPA 3.11 - Auskunftsanspruch

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen gewährleisten, dass jeder Bürger unabhängig von der Betroffenheit und ohne den Zwang zur Begründung sein Recht durchsetzen kann, auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen. Dies gilt für schriftliches Aktenmaterial ebenso wie für digitale oder andere Medien.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ausnahmeregelungen zum Auskunftsanspruch sind eng und eindeutig zu formulieren und dürfen nicht pauschal ganze Behörden oder Verwaltungsgebiete ausnehmen. Für eine breite und effiziente Nutzung der Daten ist die Auskunftsstelle verpflichtet, Zugang in Form einer Akteneinsicht oder einer Materialkopie zu gewähren. Der Zugang soll zeitnah und mit einer klaren und fairen Kostenregelung erfolgen. Verweigerung des Zugangs muss schriftlich begründet werden und kann vom Antragsteller sowie von betroffenen Dritten gerichtlich überprüft werden lassen, wobei dem Gericht zu diesem Zweck voller Zugang durch die öffentliche Stelle gewährt werden muss.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir werden alle öffentlichen Stellen verpflichten, regelmäßig sowohl Organisations- und Aufgabenbeschreibungen zu veröffentlichen, einschließlich Übersichten der Arten von Unterlagen, auf die zugegriffen werden kann, als auch einen jährlichen öffentlichen Bericht über die Handhabung des Auskunftsrechts.

Korruption erschweren!

WPA 3.12 - Korruption

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Lobbyismus aufdecken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Damit für die Rheinland-Pfälzischen Bürgerinnen und Bürger klar ersichtlich ist, wer die Politik im Land beeinflusst, werden wir ein vollständiges Lobbyistenregister auf Landesebene einführen, in dem alle Verbände und Vertreter aufgeführt werden, die Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse oder deren Ausgestaltung durch Verordnungen haben. In den Ministerien dürfen keine Mitarbeiter von Unternehmen dauerhaft ihre Arbeit verrichten. Lediglich in transparenten Anhörungen dürfen diese als Sachverständige angehört werden. Anhörungen zu Gesetzesinitiativen oder anderen Vorhaben der Landesregierung müssen stets öffentlich angekündigt werden und für jeden zugänglich sein. Insbesondere Verbraucherverbände, Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen müssen von Anfang an in Gesetzgebungsprozesse eingeweiht werden und Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen. Alle Stellungnahmen von Interessenverbänden müssen öffentlich z.B. über das Internet zugänglich gemacht werden.

2. Vergaberegister zur Korruptionsbekämpfung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen ein Vergaberegister schaffen, mit dessen Hilfe bereits auffällig gewordene Firmen künftig von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Diese Informationen sollen nicht nur Behörden zur Verfügung stehen, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit. Das Korruptionsbekämpfungsgesetz von Nordrhein-Westfalen kann hier als Vorlage dienen.

3. Offenlegung der Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Höhe und Herkunft aller Einnahmen aus Nebentätigkeiten müssen einzeln und in vollem Umfang veröffentlicht werden. Dazu werden wir ein Modell erarbeiten, das über die Regelungen auf Bundesebene hinausgeht. Das dreistufige System reicht nicht aus, da die höchste Stufe von 7000 Euro nichts darüber aussagt, wie hoch die Nebeneinkünfte tatsächlich ausfallen. Um mögliche Interessenkonflikte erkennen zu können, müssen die zusätzlichen Einkünfte transparent offengelegt werden.

Transparenter Haushalt

WPA 3.13 - Transparenter Haushalt

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Transparenter Haushalt

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Transparenz im Haushalt des Landes und bei der Verwendung von sonstigen Landesmitteln muss dringend verbessert werden. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind nicht im erforderlichen Maß gewährleistet.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Haushalte der überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Stiftungen unter verstärkte parlamentarische Kontrolle gestellt werden.

Veröffentlichungsdienst 2.0 - freier Zugang zum Landesrecht!

WPA 3.14 - Veröffentlichungsdienst 2.0 - freier Zugang zum Landesrecht!

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Aber sich über geltendes Recht - also Vorschriften, Erlasse, Verordnungen oder Entscheidungen - zu informieren, könnte heute wesentlich einfacher sein.

Wir wollen deshalb eine zentrale Anlaufstelle im Internet umsetzen, die neben Rechtsprechung und Gesetzgebung auch Verordnungen, Umsetzungsrichtlinien, Berichte, Empfehlungen, Analysen, amtliche Bekanntmachungen, Gesetzesentwürfe und sonstige Drucksachen von Land und Kommunen enthält, komplett mit Suchfunktion, Änderungsverfolgung, Querverweisen und Kommentarmöglichkeit.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Material wird, sofern nicht ohnehin gemeinfrei, unter eine liberale Lizenz gestellt, die eine (auch kommerzielle) Weiterverwendung der Texte zulässt. Dabei sollen offene, einheitliche Schnittstellen für die automatische Abfrage und frei zugängliche Datenformate genutzt werden.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Von diesem einfachen Zugriff profitieren alle Bürger und Unternehmen. Auch die Arbeit der staatlichen Stellen (Verwaltung, Gerichte, Landtag) wird durch eine einheitliche Plattform für die Veröffentlichung von Dokumenten und Daten erleichtert.

Weitere Maßnahmen für Rheinland-Pfalz

WPA 3.15 - Weitere Maßnahmen

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um die Informationsfreiheit im obigen Rahmen vollumfänglich zu gewährleisten, wollen die Rheinland-Pfälzischen PIRATEN folgende Maßnahmen ergreifen:

- die Digitalisierung aller staatlichen Unterlagen, die neu erstellt werden
- Forschungsprojekte zur Digitalisierung alter Unterlagen sowie die Erforschung von Langzeitarchivierungsstrategien
- den freien Zugang zu allen Gesetzen und Gesetzesentwürfen, bereits in der Entstehungsphase
- den freien Zugang zu allen Beschlüssen des Landtages und anderer politischer Gremien
- die komplette Offenlegung des Abstimmungsverhaltens im Rheinland-Pfälzischen Landtag und seinen Ausschüssen
- die komplette Offenlegung des Abstimmungsverhaltens der Landesregierung im Bundesrat
- die komplette Offenlegung der Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten und Minister
- den freien Zugang zu allen finanziellen Ausgaben der Landesregierung, der Ministerien, des Landtags und seiner Fraktionen
- den freien Zugang zu allen Messdaten, die staatlichen Institutionen vorliegen (Wetterdaten, Flugverkehrsdaten, Gewässerdaten, Katasterdaten, Luftbilder, u.v.m)
- den freien Zugang zu allen statistischen Erhebungen, die durch die Verwaltung oder in deren Auftrag vorgenommen werden
- das Angebot von offenen Schnittstellen zur automatischen Abfrage der bereitgehaltenen Dokumente, Daten und Informationen in standardisierten, offenen Formaten
- die Einrichtung einer kostenlosen Beratungsstelle, die den Bürgern und Bürgerinnen offene Fragen und komplexe Sachverhalte erläutert
- die finanzielle Förderung von Open-Data- und Semantic-Web-Initiativen und Forschung in diesem Bereich
- die Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfälzischen Hochschulen zur Digitalisierung, Aufbereitung und Zurverfügungstellung aller Daten in offenen Formaten
- die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Behörde
- das Angebot aller Ausschreibungen in einem standardisierten, maschinenlesbaren Datenformat
- die Einführung einer Meldepflicht für alle Behörden bei Datenpannen und ein standardisiertes Verfahren zur Benachrichtigung der Betroffenen
- die Veröffentlichung aller Verträge der Landesregierung und der Ministerien mit Unternehmen
- die Einführung eines vollständigen Lobbyistenregisters auf Landesebene
- eine klare Kennzeichnung, welche Passagen in Gesetzesentwürfen von wem hinzugefügt wurden
- die umgehende Bekanntmachung von Art und Umfang aller Abhörmaßnahmen, Observationen oder Datenabfragen inklusive der Information von welcher Polizeibehörde oder welchem Geheimdienst diese auf welcher rechtlichen Grundlage durchgeführt werden, sowie die umfassende Information der Betroffenen sofort nach Ende der Maßnahme
- die ausschließliche Verwendung quelloffener Software durch die Verwaltung

WPA 3.16 - Ergänzung zu 'Weitere Maßnahmen'

Antragsteller Silberpappel ergänzend zu **WPA 15** Wiki-Version: 04:02, 20. Jun. 2010

1. Protokolle von öffentlichen Gemeinderatssitzungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Verpflichtung der Gemeindeverwaltungen zur Veröffentlichung der Protokolle von öffentlichen Gemeinderatssitzungen im Internet.

2. Gemeindegesetzungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Verpflichtung der Gemeindeverwaltungen zur Veröffentlichung der Satzungen der Gemeinde im Internet

4. Bildung

Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel

WPA 4.1 - Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

1. Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel

Wir sehen Bildung als unabdingbares Menschenrecht und fordern Chancengleichheit und den freien Zugang zu Informationen und Bildung für alle Menschen sowie eine demokratische Organisation der Lehr- und Lerneinrichtungen. Wir fordern einen massiven Ausbau der Investitionen ins Bildungssystem und die Gewährleistung freien, selbstbestimmten Lernens im gesamten Bildungsweg. In einer global vernetzten Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource eines jeden Menschen und Voraussetzung für die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Sie garantiert seine Entwicklung zum freien und mündigen Bürger. Die kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Um ein hohes Bildungsniveau erreichen und halten zu können, müssen die finanziellen Mittel des Bildungssystems erhöht werden und Priorität vor allen anderen Ausgaben erhalten. Alle anderen Aufgaben haben hinter der Bildung zurückzustehen.

WPA 4.2 - Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel

Antragsteller Niemand13 Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Investitionen in Bildung aufstocken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der prozentuale Anteil der Ausgaben für den Bereich Bildung am gesamten Bruttoinlandsprodukt sinkt jährlich. Wir fordern drastische Investitionssteigerungen, um gute Bildung für jedermann zu ermöglichen. Wir fordern die Einstellung neuen Lehrpersonals an Hochschulen in ausreichender Zahl, um sowohl allen Studieninteressierten einen Platz in dem von Ihnen gewünschten Fach und Abschluss zur Verfügung stellen zu können, als auch allen Studierenden eine individuelle Betreuung durch die Leiter der jeweiligen Lehrveranstaltungen zu gewährleisten. Die an Forschung und Lehre Beteiligten müssen besser entlohnt werden. Die Entwicklung rückläufiger Investitionen in Universitäten wollen wir stoppen. Schlechte Lernbedingungen und prekäre Beschäftigung werden wir nicht dulden. Im Bereich der Schulen fordern wir die Einstellung von mehr Lehrern und kleinere Klassen von maximal 20 Schülern pro Klasse. Wir fordern die Abschaffung des Studienkontenmodells, das finanziell Schwächere in der Durchführung und am erfolgreichen Abschluss eines Studiums effektiv benachteiligt. Die verfassungswidrige Landeskinderregelung muss ersatzlos aus dem Landeshochschulgesetz gestrichen werden. Durch ausreichende Möglichkeiten für Teilzeit- und Abendstudien wollen wir auch Berufstätigen und anderweitig zeitlich Belasteten ein Studium ermöglichen.

2. Gebührenfreiheit sichern

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Gebühren jeglicher Art sowie finanzielle und personelle Engpässe – gerade an den Hochschulen – schränken den Zugang zu Bildung ein und werden deshalb von uns kategorisch abgelehnt. Ein Studium ohne Abhängigkeit von Krediten und ohne Schuldenberg nach Studienabschluss muss gewährleistet sein. Wir fordern daher die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit und einen drastischen Ausbau der Investitionen in Schule und Hochschule: Das Bildungsangebot darf sich nicht weiter den knappen Ausgaben anpassen, sondern wir wollen die Ausgaben im Bildungsbereich an die Notwendigkeiten angleichen! Ein Studium ohne Abhängigkeit von Krediten muss gewährleistet sein. Eine private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen muss stets kritisch hinterfragt werden. Ein Einfluss auf Lehrinhalte muss ausgeschlossen sein. Einer Kommerzialisierung von Schulen und Hochschulen stellen wir uns entschieden entgegen. Exzellenzinitiativen wollen wir kritisch überprüfen, damit sich nicht in Konkurrenz um Fördergelder nur noch wenige Hochschulen gute Lehre und Forschung leisten können.

Lehr- und Lernmittelfreiheit und Open Access für Rheinland-Pfalz!

WPA 4.3 - Lehr- und Lernmittelfreiheit und Open Access für Rheinland-Pfalz!

Antragsteller Niemand13 ergänzend zu **WPA 4** Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Lehr- und Lernmittelfreiheit und Open Access für Rheinland-Pfalz!

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit besteht die Möglichkeit unser komplettes Wissen zu sammeln, zu speichern und für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Gerade im Bereich der Forschung und Lehre bieten sich hier ungeahnte Möglichkeiten. Leider werden diese stark beschnitten. Wir fordern eine vollständige Lern- und Lehrmittelfreiheit für Rheinland-Pfalz. Die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen müssen vom Land unterstützt und ausgebaut werden. Freie Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden ohne rechtliche Hürden die Lernmittel auf seinen Unterricht anzupassen. Alle in den Bibliotheken bereitstehenden Bücher und Zeitschriften sollen, auch in digitaler Form, für die Studierenden und Mitarbeiter frei zugänglich und verfügbar sein. Das Problem nicht bereitstehender oder auch nicht auffindbarer Bücher würde damit gelöst. Aufwendige Fernleihen müssen der Vergangenheit angehören. Die Publikationen aus staatlich finanzierter oder geförderter Forschung und Lehre werden oft in kommerziellen Verlagen publiziert, deren Qualitätssicherung von ebenfalls meist staatlich bezahlten Wissenschaftlern im Peer-Review-Prozess übernommen wird. Die Publikationen werden jedoch nicht einmal Bibliotheken der Forschungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Wir dulden nicht, dass der Steuerzahler für Produktion, Qualitätssicherung und Nutzung insgesamt dreifach für die Kosten der Publikationen im Milliardenbereich aufkommt. Wir fordern, dass alle wissenschaftlichen Publikationen, die aus öffentlich geförderter Forschung hervorgehen, auch allen Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen.

2. Open Access-Offensive für Rheinland-Pfalz!

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir unterstützen die Berliner Erklärung der Open-Access-Bewegung und fordern die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe

des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen. Wir fordern den Einsatz offener Software in Forschung und Lehre. Software ist Wissen und wir wollen nicht länger Millionen an Steuergeldern für geschlossene und intransparente Systeme ausgeben. Mit der Förderung und dem Einsatz von offener Software wollen wir für Transparenz an den Hochschulen, für Erweiterbarkeit der System durch Interessierte und für die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land sorgen. Software muss Studierenden und Mitarbeitern an jedem Hochschulrechner, zumindest als Alternative, angeboten werden. Auch bei der Neuanschaffung von Programmen oder dem Neuaufbau von Systemen und Datenbanken wollen wir, dass Open-Source-Lösungen eingesetzt werden. Wir lehnen die Anschaffung proprietärer Software bei existierenden Open-Source- Alternativen grundsätzlich ab. Studierende dürfen im Rahmen ihres Studiums nicht zur Nutzung oder gar zur Anschaffung bestimmter proprietärer Software genötigt werden, genauso wenig wie Mitarbeiter. Umfassende Kooperationsverträge mit Software- Monopolisten lehnen wir ab. Im Rahmen des „Open Date“ sollen Hochschulen all ihre Daten über offene, standardisierte Schnittstellen allen Interessierten kostenlos zur Verfügung stellen.

WPA 4.4 - Lernmittelfreiheit - Für eine kostenlose Schulbildung

Antragsteller Piraten aus RLP ergänzend zu **WPA 3** Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Lernmittelfreiheit - Für eine kostenlose Schulbildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Damit auch sozial schwache Kinder nicht benachteiligt werden und da nach unsere Überzeugung Schule kostenlos sein muss, fordern wir eine komplette Lernmittelfreiheit für Rheinland-Pfalz. Des weiten wollen wir die Erstellung von kostenlosen Lernmaterialien als Alternative zu den kommerziellen Lernmaterialien fördern.

WPA 4.5 - Lehrmittel

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu **WPA 6** Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Einsatz von Lehrmitteln unter freien Lizenzen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen, dass an Bildungseinrichtungen Lehrmittel mit freien Lizenzen verwendet werden. Dies trägt zur Kostensenkung bei.

2. Mehr Nutzung von freier Software

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Freie Software ist kostengünstiger für Schulen und Eltern. Der Zugang ist damit in jedem Haushalt mit Computer gesichert.

WPA 4.6 - Lehrmittel

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu **WPA 5**

1. Lizenzfreies Unterrichtsmaterial

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsentwürfen unter freien Lizenzen und via Internet soll gefördert werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Verwendung bestehender und die Erarbeitung neuer Unterrichtsmaterialien. Auf einer staatlich finanzierten Plattform soll den Lehrern der leichte Austausch und die gegenseitige Qualitätssicherung (beispielsweise durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review)) ermöglicht werden.

2. Schulbücher unter offener Lizenz

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

1. Die Erstellung von Schulbüchern unter freier Lizenz (z.B. GPL) soll staatlich gefördert werden.
2. Die Autorenleistungen, für die jeweilige Erstellung und Aktualisierung, werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert, sodass eine jeweilige dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt.
3. Interessierte haben die Möglichkeit an den freien Produkten mitzuarbeiten und sie nach Belieben zu verändern und zu verbessern.
4. Die Qualität der Einsendungen wird durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review) sichergestellt. Auf Qualität geprüfte Versionen werden für alle Nutzer erkennbar zertifiziert.
5. Eine Veröffentlichung soll immer sowohl in Digital-, als auch als Papierform erfolgen. Druckversionen der Medien werden zum Selbstkostenpreis angeboten. Sofern das Schulbuch von einer Klasse verwendet wird, muss dieses den jeweiligen Schülern als kostenfreies Printexemplar zur Verfügung gestellt werden.

Bildungseinrichtungen demokratisieren!

WPA 4.7 - Bildungseinrichtungen demokratisieren!

Antragsteller Niemand13 Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu **WPA 8**
- konkurrierend zu **WPA 9**

1. Bildungseinrichtungen demokratisieren!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bildungseinrichtungen sind für SchülerInnen und StudentInnen ein prägender und umfassender Teil des Lebens. Sie sind deswegen als Lebensraum der Lernenden zu begreifen, der durch sie mitbestimmt werden muss. In Schulen müssen SchülerInnen

ein Mitspracherecht bei der Gestaltung ihres Schulalltags haben. Demokratische Werte müssen vermittelt und vor gelebt werden, um die Akzeptanz der Entscheidungen zu erhöhen, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und selbstbestimmtes Lernen im ausreichenden Maße zu ermöglichen. Wir fordern eine grundlegende demokratische Organisation von Schule und Hochschule.

2. Hochschulrat abschaffen - Hochschulen demokratisch gestalten!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei den Universitäten stellen sowohl das bestehende Ungleichgewicht zugunsten des Hochschulrats, als auch die geplante Novelle des Landeshochschulgesetzes eine Entmündigung der breiten Mehrheit zugunsten nicht gewählter Gremienvertreter und des Präsidialamts dar. Was als „Autonomie der Hochschule“ angepriesen wurde, verkehrt sich in ihr Gegenteil: Hochschulen verlieren die Unabhängigkeit, welche für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ihnen übertragen hat, unentbehrlich ist. Demokratische Entscheidungsstrukturen dürfen nicht weiter durch wirtschaftliche Einflüsse oder die Etablierung autoritärer Strukturen beeinträchtigt und unterwandert werden. Wir fordern die Abschaffung des Hochschulrates und die Übertragung aller Kompetenzen auf den Senat. Die unabhängige Mitwirkung aller Interessengruppen in den demokratischen Willensbildungsprozessen der Hochschulen muss gesichert werden und sich im Hochschulgesetz widerspiegeln. Studentischen VertreterInnen sollen aufgrund der Größe der Studierendenschaft mit einer Drittelparität in allen entscheidungsbefugten Gremien vertreten sein.

3. Beabsichtigtes Landeshochschulgesetz stoppen!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Verschärft wird die oben aufgezeigte Entwicklung durch das neue Landeshochschulgesetz (LHG), das unter dem Deckmantel der Autonomie der Hochschule demokratische Grundstrukturen unterminiert: Die Entmachtung demokratischer Gremien und der Ausbau präsidialer Entscheidungskompetenzen, die Begünstigung der Trennung von Forschung und Lehre sowohl durch die Einrichtung von Forschungskollegs, als auch durch die Möglichkeit der Freistellung von ProfessorInnen von der Lehre für bis zu 10 Jahre, und die Schaffung von Einfallstoren für Unternehmen durch die Gründung von Hochschulverbänden und außeruniversitären Betrieben, die auch Privatunternehmen offen stehen. Wir dagegen fordern, dass VertreterInnen der Studierendenschaft in den entscheidungsbefugten, universitären Gremien nicht länger untervertreten sind und lehnen die beabsichtigte Novelle des LHG in der derzeitigen Form ab.

Bildungseinrichtungen demokratisieren!

WPA 4.8 - Bildungseinrichtungen demokratisieren!

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu **WPA 7**
- konkurrierend zu **WPA 9**

1. Mehr Demokratie an Schulen wagen, Schülervertretungen stärken (Variante 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um als demokratiekompetenter Bürger aufzuwachsen ist es wichtig, dass Schüler schon frühzeitig Demokratie-Lernen und erfahren. Die Schule sollte sie dabei unterstützen. Wir fordern die Ausweitung der Demokratie an Schulen und die verstärkte Mitbestimmung der Schülerschaft (bspw. durch die flächendeckende Einführung von Schülerparlamenten). Schülervertretungen müssen besser über ihre Rechte informiert und geschult werden.

2. Mehr Demokratie an Schulen wagen, Schülervertretungen stärken (Variante 2 [aus BW-Programm])

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die gelebte Vermittlung der Grundprinzipien unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsform ist eine der Aufgaben staatlicher Bildungseinrichtungen. An allen rheinland-pfälzischen Schulen sollen deshalb schrittweise Klassenräte und Schülerparlamente eingeführt werden. Durch die frühe Möglichkeit, sich an (schul-)politischen Entscheidungen zu beteiligen und Themen zu erarbeiten, soll unter anderem der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen vorgebeugt werden. Außerdem können Kinder und Jugendliche demokratische Prinzipien und Werte auf diese Art und Weise kennen und schätzen lernen, wodurch sie kritischer mit extremistischem Gedankengut umgehen können.

Bildungseinrichtungen demokratisieren!

WPA 4.9 - Demokratisierung der Bildung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu **WPA 7**
- konkurrierend zu **WPA 8**

1. Demokratisierung der Bildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns für eine Demokratisierung der Schul- und Bildungslandschaft ein. Wir wollen die Demokratisierung des Bildungsbereichs unter anderem durch weitergehende Rechte für die Schülermitverwaltungen und die Studentenschaften erreichen.

Freies, individuelles Lernen ermöglichen!

WPA 4.10 - Freies, individuelles Lernen ermöglichen!

Antragsteller Niemand13 konkurrierend zu **WPA 11** Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Schutz vor Überwachung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Institutionelle Bildung soll daher den Einzelnen unterstützen seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und neue Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Neben starren Lehr- und Stundenplänen, werden vor allem einige Formen der Leistungsbewertung diesen Forderungen nicht gerecht. Insbesondere die Bewertung von Verhalten nach einem vorgegebenen Normenraster z.B. durch

Kopfnote lehnen wir ab. Für ein freies Lernen und Lehren ist der Schutz vor Überwachung und Zensur unabdingbare Voraussetzung. Wer sich beobachtet fühlt oder nicht mehr sicher weiß, wer was über ihn weiß, der wird sein Verhalten anpassen und sich in seinem Lehr- und Lernprozess nicht frei entfalten.

2. Schutz vor Zensur und Informationskontrolle

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine Zensur behindert den Zugang zu Information, zu Wissen und zu Demokratie und wird von uns daher aufs Schärfste bekämpft. Wir fordern den uneingeschränkten Zugang zu allen Informationen.

3. Kontrolle von Datenverarbeitung der Lernenden

ÜJa Nein Enthaltung

Notizen:

Überwachung - auch in Form von Data-Warehousing-Systemen, in denen massenhaft Studierendendaten gespeichert, gesammelt und ausgewertet werden - lehnen wir ab. Für alle Systeme, die personenbezogene Daten von Lernenden oder Lehrenden verarbeiten, fordern wir maximale Transparenz, Nachvollziehbarkeit bzgl. der Datenabfragen und wirksame organisatorische und technische Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch. Verwaltungssysteme müssen auch stets die Lehre unterstützen und dürfen keinesfalls von sich aus Auswirkungen auf die Gestaltung des Lehrbetriebs nehmen.

4. Barrierefreiheit

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine Barrierefreiheit setzen wir für alle Systeme

WPA 4.11 - Freies, individuelles Lernen ermöglichen!

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 10](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bildung als Teil der individuellen Entwicklung

- zurückgezogen, da gleich [10](#) -

WPA 4.12 - Persönlichkeitsrechte von Schülern und Lehrern achten

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Persönlichkeitsrechte von Schülern und Lehrern achten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Privat- und Intimsphäre sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Schülern und Lehrern müssen gewahrt bleiben. Videoüberwachung und private Sicherheitsdienste haben keinen Platz in Schulen. Präventive Durchsuchungen und Kontrollen oder Urinuntersuchungen sind zu unterlassen. Die Unschuldsvermutung gilt auch für Schüler. Diese unter Generalverdacht zu stellen, zerstört das Vertrauen zu Schule und Lehrern, ohne welches Unterricht und Erziehung aber nicht möglich sind.

WPA 4.13 - Freies, individuelles Lernen ermöglichen!

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Individuelle Bildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Derzeit ist das Bildungsangebot in vielen Hinsichten stark eingeschränkt und umfasst wenig Spielraum für die optimale Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Daher sollen Maßnahmen gefördert werden, die die Auswahl von Bildungsangeboten erhöht.

2. Lebenslanges Recht auf Bildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Recht auf Bildung soll sich auf das gesamte Lebensalter erstrecken um die Möglichkeiten der Bürger für freie Selbstentfaltung und Lebensgestaltung zu ermöglichen. Bisher beschränkt sich die Ausbildung fast ausschließlich auf die jüngeren Generationen, älteren Menschen wird die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung derzeit nicht in dem selbem Maße zugestanden wie den Jüngeren.

3. Individuelle Förderung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jeder Schüler hat seine Individuellen Stärken, Schwächen und Bedürfnisse, werden diese nicht erkannt und gefördert verschlechtert sich das allgemeine Schulklima und die individuelle Leistungsfähigkeit wird nicht voll ausgeschöpft. Wir möchten eine bessere Förderung einzelner Schüler und deren Interessen. Dies kann durch Angebote wie Arbeitsgruppen Wahlpflichtfächer und Förderunterricht erreicht werden.

Mehr Geld für Bildung

WPA 4.14 - Mehr Geld für Bildung

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 15](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Mehr Geld für Bildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Vergleich der Bundesländer ist das Land Rheinland-Pfalz eines der Bundesländer mit den niedrigsten Ausgaben für den Bereich Bildung. Wir fordern, dass der Bildung im Land Rheinland-Pfalz ein höherer Stellenwert zukommt. Darum wollen die finanzielle Ausstattung von Schulen und Universitäten verbessern.

WPA 4.15 - Finanzierung von Bildung und Forschung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 14](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

Finanzierung von Bildung und Forschung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Für eine reiche Industrienation wie Deutschland ist es unverständlich, dass hier nur ein im internationalen Vergleich verwindend geringer Teil der öffentlichen Mittel in Bildung und Forschung investiert wird. Bildung und Forschung sind eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und in jeden Menschen. Wir fordern daher eine bessere finanzielle Ausstattung von Bildungsstätten aller Art und gleichermaßen der Forschung mit staatlichen Mitteln. Schönrechnereien – wie die Einbeziehung von Lehrpensionen – lehnen wir dabei ab.

WPA 4.16 - Wirtschaftlicher Bildungssoli

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Wirtschaftlicher Bildungssoli

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei der Finanzierung des Bildungssystems ist unsere komplette Gesellschaft gefordert. Vor allem unsere Wirtschaft profitiert maßgeblich von gut ausgebildeten Kräften. Wir möchten deshalb, dass sich die wirtschaftlichen Unternehmen durch eine zweckgebundene Bildungsabgabe an der Finanzierung unseres Bildungssystems noch stärker beteiligen und so ihren positiven Beitrag zur Zukunft Deutschlands leisten. Für Unternehmen wird sich diese Investition lohnen, da sie von den besser ausgebildeten, leistungsfähigeren Kräften später stark profitieren werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

WPA 4.17 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Veränderungen im Umfeld der Kinder

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, verändert sich. Da in immer mehr Familien beide Elternteile berufstätig sind oder die Eltern der Kinder getrennt leben, muss sich das Bildungssystem an diese Verhältnisse anpassen. Es müssen zusätzliche Angebote geschaffen werden, welche die Eltern unterstützen und entlasten.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Darum muss das staatliche Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden, so dass Familie und Beruf vereinbar werden. Dabei darf es nicht vorkommen, dass die Betreuung lediglich eine beaufsichtigte Verwahrung der Kinder und Jugendlichen ist. Vielmehr müssen Möglichkeiten geschaffen werden, wie sich die Kinder und Jugendlichen entwickeln und entfalten können.

WPA 4.18 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Staatliche Bildungseinrichtungen sollen den Familien dabei helfen, die notwendige Flexibilität zu erreichen, den Anforderungen des Familien- und Berufslebens gerecht zu werden. Dafür soll an allen Schulen ein Angebot zur Ganztagesbetreuung geschaffen werden. Das Betreuungsangebot ergänzt den Unterricht um zusätzliche Bildungsmöglichkeiten und außerschulische Aktivitäten. Neben Wahlfächern, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe soll ein möglichst breites Angebot an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen ausdrücklich erwünscht und zu beiderseitigem Vorteil.

2. Schulspeisung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig.

Schulspeisungen können dabei helfen, dass sich Kinder ausgewogen und gesund ernähren. Wir fordern daher die Einführung gesunder und ausgewogener Schulspeisungen an allen Schulen und Kindertagesstätten.

Die Finanzierung dieser Schulspeisungen ist dabei so zu gestalten, dass alle Schüler unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie daran teilnehmen können. Zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung sollen finanzielle Erleichterungen so gestaltet sein, dass andere Schüler nicht erfahren, wer gefördert wird.

Bei der Planung sollte auch berücksichtigt werden, ob die Verwaltungskosten für die Essensgebühren die Einnahmen übersteigen oder eine vollständig kostenlose Schulspeisung günstiger wäre.

Organisationsstruktur / Ausstattung

WPA 4.19 - Gleichbehandlung der Träger

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Gleichbehandlung der Träger

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die (auch zu Teilen) öffentlich finanziert werden, nicht zulässig. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich zu stellen.

WPA 4.20 - Kein Schul sponsoring

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Kein Schul sponsoring

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Schule sollte ein neutraler Raum sein, indem sich die Schüler frei entwickeln können und der dementsprechend von der Gemeinschaft finanziert wird. Wir lehnen deshalb Schul sponsoring durch die Privatwirtschaft ab.

WPA 4.21 - Bessere Unterstützung der Kommunen beim Ausbau und Erhalt der Schulinfrastruktur

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bessere Unterstützung der Kommunen beim Ausbau und Erhalt der Schulinfrastruktur

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Schulen sind ein Platz, an dem unsere Heranwachsenden viele Stunden ihres Lebens verbringen. Die Leistung der Heranwachsenden und ihr Verhältnis zur Institution Schule hängt nicht unmaßgeblich davon ab, ob sie sich dort wohlfühlen. Ein

guter Zustand des Gebäudes und die bestmögliche Ausstattung können dazu maßgeblich beitragen. Wir fordern, dass das Land die Kommunen beim Ausbau und Erhalt der Schulinfrastruktur optimal unterstützt.

WPA 4.22 - Ein Laptop für jeden Schüler / Internet in jedem Klassensaal

Antragsteller Pirat aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Ein Laptop für jeden Schüler / Internet in jedem Klassensaal

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Ausstattung mit digitalen Arbeitsmitteln und ein Internetzugang für alle Lernenden ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zur Informations- und Wissensgesellschaft und einer aktiven Teilhabe an dieser. Die Schulen müssen deshalb an die technischen Gegebenheiten unserer Zeit angepasst werden. Schüler und Lehrer sollten die Möglichkeit haben spontan und flexibel das Internet als ergänzendes Mittel des Unterrichts (bspw. bei Gruppenarbeiten) zu nutzen. Computerräume sind in ihrer Verfügbarkeit und Flexibilität stark begrenzt. Wir fordern möchten deshalb jeden Schüler bei seiner Einschulung mit einem schulischen Leih-Laptop bzw. Netbook ausstatten, welcher bei der Einschulung in die weiterführende Schule dann durch ein angepasstes Modell ersetzt wird.

2. Gemeinsame Ausarbeitung der Laptopausstattung mit Schülern, Lehrern und Eltern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Laptop bzw. Netbookausstattung, insbesondere die Wahl der passenden Softwarepakete, findet gemeinsam mit den Schülern, Lehrern und Eltern statt, um sie optimal an die Wünsche und Gegebenheiten anzupassen

3. Internet in jedem Klassensaal

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um die Laptops umfassend nutzen zu können fordern wir die Ausstattung der kompletten Schulgebäude mit drahtlosem Internet.

4.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Für Lehrkräfte sollen Schulungen angeboten werden, mit denen sie sich bei Bedarf in diesem Bereich methodisch weiterbilden können.

Bessere Ausstattung von öffentlichen Bibliotheken

WPA 4.23 - Bessere Ausstattung von öffentlichen Bibliotheken

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bessere Ausstattung von öffentlichen Bibliotheken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Obwohl zahlreiche Bibliotheken bereits erste Schritte auf dem Weg zu umfassenden Medien- und Informationszentren unternommen haben, sollten insbesondere Computerarbeitsplätze, Internetzugänge, Zugänge zu Datenbanken und umfangreiche Bestände mit neuen Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsträgern weiter ausgebaut und effektiv finanziert werden, vor allem im ländlichen Raum.

Reduzierung des Unterrichtsausfalls

WPA 4.24 - Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine besondere Aufgabe stellt die Reduzierung des Unterrichtsausfalls dar. In der Zukunft ist aufgrund des demographischen Wandels mit einem Sinken der Schülerzahlen zu rechnen. Es ist jedoch nicht im Sinne unserer Kinder, dass wir die Zeit bis dahin mit Unterrichtsausfall und Aushilfslehrern einfach aussitzen. Der Unterrichtsausfall kurzfristig reduziert werden. Jeder Schüler hat ein Anrecht darauf, dass der für ihn vorgesehene Unterricht stattfindet.

2. Einstellen neuer Lehrkräfte und bessere Optimierung des Systems (Vorschlag 1 / ACHTUNG: Abhängig von beschlossener Klassengröße)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir möchten das System analysieren und organisatorische Optimierungsmöglichkeiten zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls nutzen. Darüber hinaus soll der Mangel an Lehrern durch Neueinstellungen bei Bedarf ausgeglichen werden. Durch unser zukünftiges Ziel die Klassengröße auf maximal 20 Schüler zu begrenzen, werden wir auch in Zukunft eine hohe Anzahl an Lehrkräften benötigen.

3. Einstellen neuer Lehrkräfte und bessere Optimierung des Systems (Vorschlag 2 / ACHTUNG: Abhängig von beschlossener Klassengröße)

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir möchten das System analysieren und organisatorische Optimierungsmöglichkeiten zur Reduzierung des Unterrichtsauffalls nutzen. Darüber hinaus soll der Mangel an Lehrern durch Neueinstellungen bei Bedarf ausgeglichen werden. Durch unser Ziel die Klassengröße kurzfristig auf maximal 20 Schüler und längerfristig auf maximal 15 Schüler zu begrenzen, werden wir auch in Zukunft eine hohe Anzahl an Lehrkräften benötigen.

Säkularisierung der Bildung

WPA 4.25 - Säkularisierung der Bildung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Säkularisierung der Bildung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wo Menschen unterschiedlichen Glaubens zusammenleben, müssen staatliche Bildungseinrichtungen weltanschaulich neutral sein. Der bisher in Landesverfassung und Schulgesetz vorhandene Religions- und Gottesbezug sollte deswegen gestrichen werden.

WPA 4.26 - Ethik-Unterricht

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Ethik-Unterricht

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir möchten für alle Schüler Ethikunterricht flächendeckend bereits ab der ersten Klasse anbieten.

2. Bildungsstandards

WPA 4.27 - Bildungsstandards

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bildungsstandards

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auf Basis bildungspolitischer Erkenntnisse und der Diskrepanz zu derzeit herrschenden Bildungs-Missständen in Deutschland fordern wir die zügige Umsetzung der Bildungsempfehlungen (vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, HU Berlin und der Kultusministerkonferenz der Länder) nach festgesetzten Bildungsstandards auf Bundes- und Länderebene. Zur Gewährleistung bundeseinheitlicher Bildungsstandards in allen Bundesländern übernimmt das ausführende Organ der Bundesregierung die qualitätsführende Kontrolle und Evaluation.

2. Vergleichbarkeit und bundesweiter Rahmen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um die Vorteile des föderativen Schulsystems mit den Vorteilen eines zentral geregelten Bildungssystems zu verbinden, fordern wir mehr Richtlinienkompetenzen für den Bund. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Vergleichbarkeit von Abschlüssen, Strukturausgleich und Freizügigkeit.

3. Kindergärten/Kindertagesstätten u. Vorschulen

WPA 4.28 - Kindergärten

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Freier Zugang zu Kindergärten und Kindertagesstätten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eltern müssen Kindergärten bzw. Kindertagesstätten für ihre Kinder frei wählen können. Jedem Kind muss dazu bis zum Schuleintritt ein kostenloser Kindergartenplatz in einem staatlichen Kindergarten in der Nähe zur Verfügung stehen.

2. Ganztagsbetreuung / private Kinderbetreuung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Außerdem muss eine staatliche Ganztagsbetreuung unter gleichen Bedingungen z.B. in Kindertagesstätten gewährleistet sein. Auch alternative Betreuungsangebote wie private Kinderbetreuung in Kleingruppen müssen staatlich finanziert werden. Eltern müssen über das Angebot ausreichend informiert werden.

WPA 4.29 - Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bessere Ausbildung und Bezahlung von Erziehern

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Von Erziehern und Betreuern im vorschulischen Bereich wird immer mehr gefordert. Wir planen daher, Bezahlung sowie Aus- und Fortbildung der Arbeitenden den neuen Anforderungen anzupassen, um die stärkere Belastung zu berücksichtigen.

WPA 4.30 - Vorschulische Förderung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Vorschulische Förderung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Der vorschulischen Förderung von Kindern kommt eine zentrale Bedeutung zu. Sie muss gewährleisten, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und kulturellen Herkunft mit guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Alle Fördermöglichkeiten müssen für Kinder und Eltern kostenlos und frei zugänglich angeboten werden.

Grundschulen

WPA 4.31 - Grundschulen

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen verbessern, um Schülern gerade den Übergang von der 4. zur 5. Klasse zu erleichtern. Den Grundschulen wird es so ermöglicht die Schüler noch besser auf die Anforderungen der weiterführenden Schulen vorzubereiten. Auch die weiterführenden Schulen profitieren davon, wenn sie sehen welche Fähigkeiten und Arbeitstechniken Schüler in der Grundschule schon lernen und somit in der 5. Klasse mitbringen.

Förderschulen

WPA 4.32 - Förderschulen

Antragsteller unbekannt Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Die Zukunft der Förderschulen (Variante 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In diesem Zusammenhang muss sich gleichermaßen über die Zukunft der Förderschulen und zudem verstärkt über bessere Integrationsmodelle Gedanken gemacht werden. Auch dieses Thema möchten wir nach pragmatischen Gesichtspunkten angehen und zusammen mit wissenschaftlichen Experten ein zukunftsfähiges Modell für diesen Bereich entwickeln.

2. Die Zukunft der Förderschulen (Variante 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In Rheinland-Pfalz ist für lernbehinderte, körperbehinderte oder sonstige Kinder mit Förderbedarf das Risiko einer Förderschuleinstellung und der daraus folgenden Ausgrenzung aus dem Regelschulbetrieb im internationalen Vergleich besonders hoch. Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung wirkt sich, wie internationale Studien beweisen, auf den Lernerfolg beider Gruppen positiv aus. Deshalb wollen wir das hierzulande betriebene Modell der Förderschule soweit möglich verlassen und eine Schule für alle ermöglichen. Dies erfordert unter anderem bauliche Maßnahmen zum barrierefreien Zugang an Schulen.

Weiterführende Schulen

WPA 4.33 - Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 34](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems soll sich an dem Wohl unserer Kinder ausrichten und nicht an einer ideologischen Diskussion. Wir möchten deshalb die verstärkte Erforschung von verschiedenen Schultypen und Schulformen fördern und die Diskussion ganz pragmatisch im Sinne zukünftiger Generationen gestalten. Es soll sich letztendlich für ein Modell entschieden werden, welches aus wissenschaftlich fundierter Sicht für unsere Kinder die besten Bildungs- und Zukunftschancen bringt.

WPA 4.34 - Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 33](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Eingliedriges Schulsystem (Vorschlag 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Schwächen im deutschen Bildungssystem aufgedeckt. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass es im deutschen Bildungssystem deutliche Schwächen gibt. In Deutschland hängt Bildung immer noch stark von dem sozialen Status der Eltern ab.

Die Chancen auf einen guten Schulabschluss, dürfen nicht von dem sozialen Status der Eltern abhängen. Dies stellt nicht nur eine Benachteiligung sozial schwacher Kinder da, Deutschland kann es sich auch nicht leisten nur einen Teil seiner Kinder gut auszubilden. Das Schulsystem muss dementsprechend umgebaut werden, dass die Schüler individuell gefördert werden und dass ihnen während ihrer gesamten Schullaufbahn alle Wege offen stehen.

Wir wollen die Reform, die mit der Realschule-Plus begonnen wurde, zu ihrem logischen Ende bringen. Die Piratenpartei befürwortet deshalb den Ausbau von Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz. Langfristig soll an jeder Schule in Rheinland-Pfalz jeder Schulabschluss erreicht werden können. Dadurch soll vermieden werden, dass Schüler schon in der fünften Klasse eine Schullaufbahn einschlagen, die auf einen bestimmten Abschluss hinausläuft. Wie sich die Schulen intern organisieren, wollen wir den Schulen überlassen.

2. Eingliedriges Schulsystem (Vorschlag 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Nicht nur die PISA-Studien haben gezeigt, dass es im deutschen Bildungssystem deutliche Schwächen gibt. In Deutschland hängt Bildung immer noch stark von dem sozialen Status der Eltern ab.

Die Chancen auf einen guten Schulabschluss dürfen nicht von dem sozialen Status der Eltern abhängen. Dies stellt nicht nur eine Benachteiligung sozial schwacher Kinder da, Deutschland kann es sich auch nicht leisten nur einen Teil seiner Kinder gut auszubilden. Das Schulsystem muss dementsprechend umgebaut werden, dass die Schüler individuell gefördert werden und ihnen während ihrer gesamten Schullaufbahn alle Wege offen stehen. Wir wollen die Reform, die mit der Realschule-Plus begonnen wurde, zu ihrem logischen Ende bringen.

Die Piratenpartei befürwortet deshalb den Ausbau von Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz. Langfristig soll an jeder weiterführenden Schule in Rheinland-Pfalz jeder Schulabschluss erreicht werden können. So kann vermieden werden, dass Schüler schon in der fünften Klasse eine Schullaufbahn einschlagen, die auf einen bestimmten Abschluss hinausläuft. Die interne Organisation soll den jeweiligen Schulen überlassen werden.

WPA 4.35 - Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Unterstützung der Schulen durch nicht lehrendes Personal

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Schulen müssen nach eigenem Ermessen auch mit ausreichend nicht-lehrendem Personal und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Dazu zählen beispielsweise technische Assistenten, Sozialarbeiter und Personal für administrative Angelegenheiten.

WPA 4.36 - Die zukünftige Struktur unseres Bildungssystems

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Kleinere Klassen (Vorschlag 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um eine individuelle Förderung zu ermöglichen wollen wir schnellstmöglich den Klassenteiler an Rheinland-Pfälzischen Schulen auf 20 absenken und die Schulen finanziell besser ausstatten.

2. Kleinere Klassen (Vorschlag 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um eine individuelle Förderung zu ermöglichen wollen wir schnellstmöglich den Klassenteiler an Rheinland-Pfälzischen Schulen auf 15 absenken und die Schulen finanziell besser ausstatten.

3. Kleinere Klassen (Vorschlag 3)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um eine individuelle Förderung zu ermöglichen wollen wir schnellstmöglich den Klassenteiler an Rheinland-Pfälzischen Schulen kurzfristig auf 20 absenken und die Schulen finanziell besser ausstatten. Langfristig soll die Größe eines Klassenverbandes maximal 15 Schüler betragen.

WPA 4.37 - Benotung und Bewertungskriterien

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Benotung und Bewertungskriterien

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Aussagekraft einer Note außerhalb der Rahmenbedingungen, in der sie erhoben wurde, ist sehr gering. Eine Bewertung der Leistung kann nur als Orientierungshilfe für Schüler, Eltern und Lehrer innerhalb der Schullaufbahn dienen. Um diesen Zweck zu erfüllen, sollte die Bewertung von Schülern differenzierter als durch Noten erfolgen. Dazu gibt es zahlreiche Ansätze, die in

der täglichen Praxis stärker umgesetzt werden müssen. Insbesondere sind detailliert aufgeschlüsselte fachliche Bewertungen wünschenswert. Kopfnoten lehnen die Piraten grundsätzlich ab.

WPA 4.38 - Zusätzliche Förderung und Betreuung in den Klassen 5 und 6 durch Doppelbesetzung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Zusätzliche Förderung und Betreuung in den Klassen 5 und 6 durch Doppelbesetzung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Inbesondere die Schüler der Orientierungsstufe benötigen zusätzliche Förderung und Betreuung, um sich schnellstmöglich auf das neue Umfeld, die Arbeitsmethoden und das Leistungsniveau der weiterführenden Schule einzustellen. Gerade in den Bereichen Deutsch und Mathematik weisen die Schüler oft einen sehr großen Unterschied in ihrer Entwicklung und bei ihrem bisherigen Lernfortschritt auf. Ein einzelner Lehrer kann die große Anzahl der Schüler nicht gleichermaßen fördern. Wir fordern deshalb in den Klassen 5 und 6 jeweils eine Doppelbesetzung der Unterrichtsstunden.

2. Ergänzung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die zweite Lehrkraft könnte hierbei auch ein Student in Ausbildung sein.

WPA 4.39 - Einbeziehung von Fachleuten in den Schulunterricht

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Einbeziehung von Fachleuten in den Schulunterricht

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

In stärkerem Maße als bisher sollen Fachleute auch in anderen Schularten als in den Berufsschulen in den Schulunterricht einbezogen werden – nicht nur für Gastvorträge, sondern als quereinsteigende Fachleute mit pädagogischer Eignung und entsprechender Zusatzausbildung. Bei Auswahl und Fortbildung dieser Experten ist darauf zu achten, dass der Unterricht in der Schule weltanschaulich neutral gehalten werden muss.

WPA 4.40 - Reduzierung von Leistungsdruck und Stress

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 41](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Reduzierung von Leistungsdruck und Stress

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gerade junge Menschen benötigen Zeit zur Entwicklung. Sie sollten ihre Kindheit und Jugend aktiv erleben, mit Freunden etwas unternehmen, Vereinsaktivitäten betreiben können und vieles mehr. Es ist nicht zweckmäßig, dass die Schüler dabei einem forlaufenden Leistungsdruck und Stress durch die Schule ausgesetzt sind. Wir fordern deshalb die Struktur und Inhalte der Bildungseinrichtungen in der Art zu überarbeiten, dass der forlaufende Leistungsdruck und Stress durch die Schule reduziert wird.

2. Eine Schulzeit bis zum Abitur von mind. 12 1/2 Jahren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Verkürzung der Schulzeit bei fast unverändertem Lehrplaninhalt ist unzweckmäßig. Menschen durchlaufen ihre Schulzeit dadurch möglicherweise schneller, doch persönliche Reife und das Erwerben von Lebenserfahrung benötigen dennoch ihre Zeit. Wir fordern deshalb eine Schulzeit bis zum Abitur von mind. 12 1/2 Jahren.

3. Kein G8

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das sogenannte G8-Gymnasium lehnen wir ab.

WPA 4.41 - Reduzierung von Leistungsdruck und Stress

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 40](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Leistungsdruck und Schulstress verringern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Überfüllte Lehrpläne und Lernstandserhebungen sind hohe Stressfaktoren und setzen die Schüler unnötig unter Druck. Die Bildungspläne müssen angepasst werden, besonders der Bildungsplan des Gymnasiums an die zwölfjährige Schullaufbahn. Statt Lernstandserhebungen wie PISA oder VERA, die nur den Wissensstand messen, sollen langfristige Evaluationsverfahren eingesetzt werden, die auch die Selbstreflexion der Schüler einbeziehen und somit die Lernprozesse unterstützen.

WPA 4.42 - Politische Bildung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Ausweitung der Politischen Bildung (Vorschlag 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Demokratische und politische Bildung ist ein elementarer Bestandteil, um heranwachsende Menschen auf das Leben und die Beteiligung in unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft vorzubereiten. Nur wenn sie die Demokratie umfassend begreifen, können sie sich an ihr aktiv beteiligen und sie dadurch erhalten. Wir fordern deshalb den landesweiten Ausbau der politischen Bildung

2. Ausweitung der politischen Bildung (Vorschlag 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um eine Demokratie umfassend mitzugestalten und vor allem kontrollieren zu können, benötigen Menschen umfassende demokratische Handlungskompetenzen. Wir fordern deshalb eine Ausweitung der demokratischen und gleichermaßen der politischen Bildung und dementsprechend auch mehr Zeitkontingente für den Sozialkundeunterricht im schulischen Alltag.

3. Ausweitung des Sozialkundeunterrichts (Vorschlag 1)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Dem Sozialkundeunterricht steht an rheinland-pfälzischen Schulen ein sehr geringes Stundenkontingent zu (an Gymnasien bspw. zwei Unterrichtsstunden pro Woche in Klasse 9 und eine Unterrichtsstunde pro Woche in Klasse 10). Dies ist eindeutig zu wenig, um den Schülern angemessene soziale, politische und wirtschaftliche Kompetenzen und Fähigkeiten zu vermitteln. Wir fordern, unabhängig von der Schulform, einen Sozialkundeunterricht ab Klasse 7 mit einem Stundenkontingent von mindestens drei Stunden pro Woche.

4. Ausweitung des Sozialkundeunterrichts (Vorschlag 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um als mündiger Bürger an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken wird ein Grundverständnis unseres politischen Systems benötigt. Aus diesem Grund fordern wir eine verbesserte politische Bildung und einen Ausbau des Sozialkundeunterrichts.

WPA 4.43 - Mehr Zeit für Projekte

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Mehr Zeit für Projekte

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir alle wissen, am besten lernt man, indem man viel selbst ausprobiert und übt. Handlungsorientierung sollte dementsprechend in der Schule im Vordergrund stehen. Wir fordern mehr Zeit für Projekte an Schulen und vor allem auch mehr Zeit für die Zusammenarbeit zwischen mehreren Schulen. Die Schüler erhalten so die Möglichkeit sich mit Themen intensiver auseinanderzusetzen und selbst aktiv zu werden.

WPA 4.44 - Mehr Zeit für Projekte

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Flächendeckende Einführung von Informatik im Leistungskursangebot der Oberstufe

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern die flächendeckende Einführung von Informatik im Leistungskursangebot an allen rheinland-pfälzischen Schulen mit Oberstufe.

WPA 4.45 - Mehr Zeit für Projekte

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Lernen fürs Leben

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Viele Aspekte des alltäglichen Lebens werden in der Schule nicht aufgegriffen. Wir fordern, dass die Aspekte Ernährung, Gesundheit, Medienkompetenz, Verbraucherkompetenz und Kritisches Denken in Projektgruppen mit praktischer Ausrichtung die Schüler auf ein mündiges, selbstbestimmtes und informiertes Leben vorbereiten. Wichtig hierbei ist, dass Schüler aktiv involviert werden und praktisch arbeiten.

2. Ernährung, Bewegung, Gesundheit

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewegung unter aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und in ausreichendem Maß an Schulen gelehrt werden. Erklärtes Ziel ist es, Schülern eine ausgewogene Lebensweise zu vermitteln. Dies kann gefördert werden, indem theoretische Überlegungen praktisch angewandt werden.

3. Ernährung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Durch gemeinsames Kochen und Essen, bei gleichzeitiger Erläuterung der theoretischen Hintergründe, werden die Schüler zu einer ausgewogenen Ernährung angeregt.

4. Bewegung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Spass an der Bewegung sollte gefördert werden. Statt des üblichen Rahmenlehrplans, sollten Sportarten einzeln angeboten werden. Ob sich ein Schüler letztendlich für Leichtathletik, Teamsport oder Kraftsport entscheidet soll seine persönliche Entscheidung sein.

5. Gesundheit

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Schüler sollen über die Bereiche Sexualität, Gewalt und Suchtprävention ausgiebig aufgeklärt werden.

WPA 4.46 - Kritisches Denken

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Kritisches Denken, Medienkompetenz und Umgang mit Verbraucherrechten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Umgang mit Medien und das kritische Hinterfragen von aktuellen Begebenheiten ist eine wichtige Kernkompetenz des Lebens. Die Komplexität des heutigen Informations- Dienstleistungs-, Medien- und Produktangebots erfordert oft die kritische Auseinandersetzung mit sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Aspekten.

2. (Ergänzung) Projektgruppen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

1. In Projektgruppen sollen daher praktische Erfahrungen zu folgenden Bereichen gesammelt werden:
2. Informationsbeschaffung,-Selektion und -Diskussion 3. Mediengestaltung, Medienkompetenz 4. Datenschutz und verantwortlicher Umgang mit Daten 5. Auseinandersetzung mit Verträgen und Verbindlichkeiten 6. Haushaltsplanung, Finanzierung, Umgang mit Geld
7. Diskussion von Nachrichten, Religion und politischem Tagesgeschehen

3. (Ergänzung) Einrichtung eines neuen Unterrichtsfachs

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern deshalb, dass für diese Erfordernisse ein neues Unterrichtsfach eingerichtet wird. Das Vermitteln dieser Fähigkeiten kann in einem Frontalunterricht jedoch nicht funktionieren. Deshalb müssen sie im Rahmen eines offenen Unterrichtes vermittelt werden, der aktive Teilhabe und praktisches Arbeiten fordert und fördert.

WPA 4.47 - Erweitertes Angebot an Fremdsprachen

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Erweitertes Angebot an Fremdsprachen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Derzeit werden Synergieeffekte, die sich beim Lernen bestimmter Sprachkombinationen ergeben nicht sinnvoll genutzt. Dies liegt vor allem an dem stark eingeschränkten Angebot an Sprachen, das in der Regel derzeit nur Latein/Französisch/Englisch umfasst. Als zweite Fremdsprache würde sich zum Beispiel Spanisch eignen da es hier große Überschneidungen mit dem Französischen und auch dem Latein gibt. Wir kämpfen daher für ein größeres Angebot von Sprachkursen an Schulen. Unterrichtsgeschehen integriert.

WPA 4.48 - Bundeswehr

Antragsteller Thomas Heinen ergänzend zu [WPA 49](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Keine Bundeswehr an Schulen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir sehen die Entsendung von Jugendoffizieren der Bundeswehr für Lehrzwecke in Klassenzimmer und zur Aus- bzw. Weiterbildung von Lehrkräften sehr kritisch. Klassenzimmer sollen nicht zu Rekrutierungsbüros werden.

2.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Von der Bundeswehr ausgebildete Referendare, einseitiges Unterrichtsmaterial, Bundeswehrbesuche und von Soldaten gestaltete Unterrichtseinheiten mit Abiturprüfungsinhalten dienen der Manipulation und Rekrutierung, nicht der Erziehung zur eigenständigen Auseinandersetzung mit der Problematik.

3. Kooperation des Landes mit Bundeswehr auflösen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Kooperationsvereinbarung des Landes RLP mit der Bundeswehr zum Einsatz von Jugendoffizieren im Unterricht an rheinland-pfälzischen Schulen lehnen wir ab und fordern deren Aufkündigung. Einseitige Information und Bundeswehrplanspiele haben im Unterricht nichts verloren. Wir fordern einen ausgewogenen Unterricht und die kontroverse Darstellung und Diskussion von Themen, die in der Öffentlichkeit umstritten erscheinen. Die Bundeswehr darf an Schulen nur informieren, wenn gleichzeitig auch Kritiker zu Wort kommen.

WPA 4.49 - Planspiele

Antragsteller unbekannt ergänzend zu ?? Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Mehr staatliche geförderte Planspiele im Unterricht

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Planspiele sind, gerade im politischen Unterricht, ein hervorragend geeignetes Mittel, um Schülern selbst komplexe Sachverhalte spielend und handlungsorientiert näher zu bringen und sie für Demokratie und Politik zu begeistern. Wir fordern deshalb mehr Zeit und mehr Angebote für Planspiele im Unterricht. Die Weiterentwicklung und Durchführung von Planspielen ist allerdings oft auch mit starken finanziellen Kosten verbunden, diese sollen vom Staat getragen werden, damit alle Schüler davon partizipieren können.

Hochschulen

WPA 4.50 - Zugang zu Bildung

Antragsteller Niemand13 konkurrierend zu [WPA 51](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Zugang zu Bildung verbessern!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der freie Zugang zu Information, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ist für die Gesellschaft und eine starke Demokratie dringend notwendig und eine der wichtigsten Ressourcen und Investitionen in die Zukunft. Er ist daher im Interesse aller und es ist vordergründige staatliche Aufgabe eine gute und moderne Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und jedermann frei und kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Zugang zur Hochschule ist aktuell entgegen aller Lippenbekenntnisse stark eingeschränkt und für viele Menschen unmöglich. Viele Menschen können ihr Recht auf ein Studium nicht wahrnehmen, viele müssen ihr Studium vorzeitig abbrechen. Bewerber werden durch hohe NC-Hürden daran gehindert, überhaupt erst ein Studium zu beginnen. Gründe verschiedenster Art, wie Kindererziehung, soziales Engagement, Studiengangwechsel, Selbstfinanzierung und/oder familiäre, bzw. persönliche Schwierigkeiten erschweren die Durchführung des Studiums in Regelstudienzeit. Unserer Auffassung nach ist viel zu wenig Lehrpersonal vorhanden, um allen Studieninteressierten die Möglichkeit zur Aufnahme eines von ihnen gewünschten Studiums zu geben, oder auch nur den schon Studierenden gute Lernbedingung zu bieten und deren individuelle Betreuung zu ermöglichen. Die Konsequenz ist aktuell der Ausschluss Interessierter von einem Studium ihrer Wahl und überfüllte Veranstaltungen.

2. Bildungsbarrieren abbauen!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Arbeitsaufwand und Anzahl Studierender pro Veranstaltung sind zu hoch, so dass Dozierende sich zwischen Vernachlässigung der Lehre und damit der Verpflichtung gegenüber den Studierenden oder Vernachlässigung der Forschung und damit der eigenen wissenschaftlichen Karriere entscheiden müssen. Wir fordern die Gewährleistung des in der Verfassung verbrieften Rechts auf Bildung für alle Menschen und wollen die Hochschulen so ausstatten, dass dies uneingeschränkt wahrgenommen werden kann. Körperliche, soziale und finanzielle Beeinträchtigungen dürfen kein Hindernis für die Zulassung zu einem Studium und dessen erfolgreicher Durchführung und Beendigung sein. Eine ausreichende Finanzierung und Ausstattung der Hochschulen wollen wir sicherstellen. Die deutliche Erhöhung des BAFöG-Satzes sehen wir als dringend notwendig an und messen ihre hohe Priorität bei. Wir fordern die Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen für alle Studiengänge. Mit einem an der Anzahl der Studieninteressierten orientierten Ausbau von Studienplätzen wollen wir jegliche Zulassungsbeschränkung obsolet machen. Die Wahl des Studienganges muss auf Grund des Interesses und nicht auf Grund von hohen NC-Hürden getroffen werden.

WPA 4.51 - Gegen Zulassungsbeschränkungen

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 50](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Gegen Zulassungsbeschränkungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Angehende Studenten werden durch Zulassungsbeschränkungen in ihrer Freiheit eingeschränkt. Wir fordern deshalb langfristig einen weiteren Ausbau der Universitäten, so dass Zulassungsbeschränkungen abgeschafft werden können.

WPA 4.52 - Keine Studiengebühren

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 53](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Keine Studiengebühren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Steigerung der Qualität und den Ausbau der Universitäten wollen wir dabei nicht durch Studiengebühren finanzieren. Die Piratenpartei lehnt Studiengebühren für das Erststudium generell ab.

WPA 4.53 - Abschaffung Studiengebühren

Antragsteller Thomas Heinen konkurrierend zu [WPA 52](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Abschaffung Studiengebühren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jeder Mensch hat das Recht auf die Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und kulturelle Betätigung. Studiengebühren und andere finanzielle Zusatzbelastungen im Studium halten Menschen aber vom Studieren ab. Wir fordern daher die Abschaffung der Studiengebühren und weiterer finanzieller Zusatzbelastungen für Studierende wie Verwaltungsgebühren, um barriere- und kostenfreie Bildung für alle zu realisieren. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass den Universitäten und studentischen Organisationen die finanziellen Ausfälle ersetzt werden.

WPA 4.54 - Bologna-Reform

Antragsteller Niemand13 Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Bologna-Reform reformieren!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern ein freies und selbstbestimmtes Studium ohne bürokratische Hürden, ohne stetigen Leistungsdruck und starren vorgegebenen Stundenplan, wie sie heute Studierenden- Alltag sind. Durch hohen Leistungsdruck, Dauerüberprüfung und eine rigorose Modularisierung bleibt kein Freiraum mehr für individuelle Schwerpunktsetzung. Wir wollen die Regelstudienzeit der Bachelorgänge prüfen und die Prüfungslast mit dem Ziel der Reduzierung evaluieren. Den permanenten Prüfungsdruck sowie den Einfluss von Einzelleistungen auf die Gesamtnote wollen wir herabsetzen. Wir wollen eine Ausweitung der Kombinationsmöglichkeiten der Fächer untereinander, so dass eine breit gefächerte, freie Bildung möglich wird. Dabei müssen auch die Fächer gleichwertig berücksichtigt werden, die abseits des jeweilig üblichen Fächerkanons liegen oder aus fachbezogenen Studiengängen stammen. Um die durch den Bachelor zu erzielende Erleichterung von Auslandsaufenthalten zu erreichen, müssen zukünftig auch sämtliche, bei Auslandsaufenthalten in den eigenen Fächern erbrachten Leistungen, anerkannt werden.

2. Vielfalt bewahren!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Kleine und ohnehin schon untervertretene Studienfächer wollen wir am Leben erhalten: Lehre und Forschung in solchen Fächern darf nicht aus mangelnder Popularität eingestellt werden! Wir fordern die Umsetzung der eigentlichen Ziele, die die Bologna-Reform mit ihrem aktuellen Konzept für Bachelor und Master verfehlt hat: Die Schaffung einfach verständlicher und gut vergleichbarer Abschlüsse, die Erhöhung der internationalen Mobilität und die Reduzierung der Zahl der StudienabbrecherInnen durch ein verkürztes, überschaubares Studium. Wir fordern einen massiven Ausbau der Master-Studienplätze! Derzeit ist nur einem Bruchteil der BachelorabsolventInnen ein Platz sicher. Dies führt zu neuen Bildungshürden und die Abschlussnote wird den persönlichen Fähigkeiten vorangestellt. Jedem Interessenten muss ein Masterstudium ermöglicht werden! Zulassungsquoten lehnen wir ab.

3. Familienfreundlichere Hochschulen

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

4. Familienfreundlichere Hochschulen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Hochschulen sollen familienfreundlicher gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Arbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung als auch das Studium. Eine akademische Karriere muss parallel zur Kindererziehung möglich sein. Hierzu sollen (gerade auch für Professoren, Doktoranden und den wissenschaftlichen Nachwuchs) verstärkt Teilzeitstellen angeboten werden. Gleichzeitig muss die Kinderbetreuung an Hochschulen ausgebaut werden, so dass für alle Kinder von Studenten oder Angestellten der Universität Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

5. Höhere Qualität der Bildung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

6. Höhere Qualität der Bildung an Universitäten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Aufgrund von Überfüllung und starker Unterfinanzierung sind an den Universitäten erhebliche qualitative Mängel in der Ausbildung der Studenten entstanden. Die Qualität des Studiums sinkt durch Überfüllung und eine schlechte Betreuung. Aus den gleichen Gründen wird es zunehmend schwerer, das Studium schnell zu beenden. Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten, die Einstellung zusätzlicher Dozenten und den Ausbau der Universitäten, so dass genügend Platz für die Studierenden zur Verfügung steht.

WPA 4.55 - Freies und selbstbestimmtes Studieren

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Freies und selbstbestimmtes Studieren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auch an den Universitäten in Rheinland-Pfalz gibt es massive Probleme, dies haben die zahlreichen Studentenproteste gezeigt. Das Studium wurde durch die Bachelor- und Masterstudiengänge zunehmend verschult, die Studenten werden immer mehr eingeeignet. Die Piratenpartei fordert deshalb eine schnelle Reform der Bologna-Reformen, damit wieder ein individuelles und selbstbestimmtes Studieren ermöglicht wird. Als erste Maßnahme sollen dabei auch die entsprechenden Studienordnungen für die Umsetzung der Bologna-Reform im Land Rheinland-Pfalz überprüft und mit Blick auf ein freies und selbstbestimmtes Studieren überarbeitet werden.

Lehrer / Lehrerausbildung

WPA 4.56 - Praxiserfahrung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Praxiserfahrung für Lehramtsstudenten ab dem 1. Semester

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns für eine Erhöhung der frühzeitigen praktischen Tätigkeiten der Lehramtsstudierenden ein.

WPA 4.57 - Duales Studium für angehende Lehrkräfte

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Duales Studium für angehende Lehrkräfte

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir möchten, dass das Lehramtsstudium in ein duales Studium, ähnlich einer Berufsakademie, umgewandelt wird. Die Studierenden erhalten während ihrer Ausbildung schon ein Gehalt und werden regelmäßig ins Unterrichtsgeschehen integriert.

2. Ergänzung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Hierdurch lassen sich Engpässe im Personal hervorragend ausgleichen.

WPA 4.58 - Neutralität, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit der Lehre

Antragsteller Pirat aus RLP konkurrierend zu [WPA 60](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Neutralität, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit der Lehre sichern, Beamtenstatus bewahren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Neutralität, Unabhängig und Gerechtigkeit sind für ein demokratisches Bildungssystem von elementarer Bedeutung. Nur ein Lehrer, der nicht politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt ist, kann Inhalte objektiv und kritisch vermitteln und so bei Schülern die kritischen Denkprozesse anstoßen, welche in einer Demokratie so dringend benötigt werden.

2. Modul2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Sollte der Beamtenstatus abgeschafft werden, wäre im Bildungsbereich befristeten Arbeitsverträgen und einer Entlassung, bspw. über die Ferien, Tür und Tor geöffnet. Die dringend benötigte Motivation der Lehrkräfte für ihre gesellschaftlich elementare Aufgabe wird durch solche prekären Arbeitsverhältnisse stark reduziert. In den Ferien soll ein Lehrer die Möglichkeit haben sich auf das neue Unterrichtsjahr vorzubereiten. Eine drohende Arbeitslosigkeit mit bürokratischen Maßnahmen des Arbeitsamtes ist in dieser Zeit absolut unakzeptabel.

3. Modul3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern deshalb den Erhalt und die Fortführung des Beamtenstatus.

WPA 4.59 - Anreize für Lehrer

Antragsteller unbekannt Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Anreize für Lehrer schaffen, Demotivation und Burn-Out rechtzeitig verhindern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die stark überwiegende Mehrheit der Lehrer im Land setzt sich für einen guten Unterricht und ihre Schüler ein. Gerade aber diese stark engagierten Lehrkräfte sind früher oder später durch Frustration von Demotivation und Burn-Out-Syndrom

betroffen. Zudem sind die Aufstiegschancen in der Beamtenlaufbahn als Lehrer sehr begrenzt. Nicht der Beamtenstatus, sondern fehlende Anreize für engagierte Lehrkräfte und vor allem die fehlende Ausbildung im Umgang mit Frustration und der zunehmenden Belastung im Schulalltag sind hier das Problem. Dieses löst man nicht, indem man den Beamtenstatus abschafft und engagierten Lehrkräften zusätzlich die berufliche Sicherheit entzieht. Wir fordern stattdessen die Beamtenlaufbahn mit mehr Anreizen und Aufstiegschancen zu gestalten und vor allem mehr Hilfen für engagierte Lehrer anzubieten, um Symptome eines Born-Outs rechtzeitig zu erkennen und zu vermeiden.

WPA 4.60 - Beamtenstatus abschaffen

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu [WPA 58](#)
- konkurrierend zu [WPA 61](#)

1. Beamtenstatus abschaffen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns dafür ein, den Beamtenstatus im Bildungsbereich abzuschaffen und auf gleichberechtigte und faire Arbeitsbedingungen für alle Lehrenden im Schul- und Hochschulbereich hinzuwirken.

WPA 4.61 - Prekäre Beschäftigungssituationen

Antragsteller unbekannt konkurrierend zu [WPA 60](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Prekäre Beschäftigungssituationen im Bildungssektor verhindern!

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Durch die Abschaffung des Beamtenstatus darf im Bildungssektor prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht Tür und Tor geöffnet werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse senken die Motivation und sorgen für Verunsicherung bei den Angestellten. Sie sind für die Erfüllung der hohen Erwartungen, welche an Bildungseinrichtungen gestellt werden, nicht förderlich. Engagierten Lehrern muss eine langfristige Perspektive geboten werden. Entlassungen über die Ferien aus Kostengründen und stark befristete Verträge (Ausnahme: Vertretungslehrkräfte) schließen wird definitiv aus. Was für Lehrer gilt, muss auch für Erzieher gelten. Auch ihnen soll eine langfristige Perspektive geboten werden.

WPA 4.62 - Zweiklassengesellschaft

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Gegen eine Zweiklassengesellschaft im Lehrer- und Dozentenbereich

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt schleicht sich eine Zweiteilung im Bereich der Bildungsvermittler ein: Auf der einen Seite stehen gut abgesicherte Beamte auf Lebenszeit, auf der anderen Seite billige Honorarkräfte, die in den Schulen große Teile des Nachmittagsunterrichts und der Betreuung übernehmen beziehungsweise die an den Hochschulen

als Lehrbeauftragte in vielen Bereichen dafür sorgen, dass überhaupt noch ein ausreichendes Lehr- und Betreuungsangebot vorhanden ist. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, neue unbefristete Hochschulstellen vor allem im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter einzurichten. Bestehende Lehraufträge an Schulen und Hochschulen wollen wir angemessener als bisher vergüten und befristete in unbefristete Arbeitsverträge umwandeln.

Erwachsenenbildung

WPA 4.63 - Erwachsenenbildung

Antragsteller Pirat aus RLP Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Erwachsenenbildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Sie reicht von Alphabetisierungskursen und Sprachkursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche Fortbildung und privatwirtschaftliche Qualifizierung bis hin zu einem Zweit- oder Drittstudium an einer Hochschule. Die Landesregierung sollte den Aufbau von frei zugänglichem Lehr- und Unterrichtsmaterialien in diesen Bereichen finanziell fördern, um den Zugang zu Bildung auch für Erwachsene zu vereinfachen.

2. Ausbau des Volkshochschulangebots

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei regt daher an das System der Volkshochschulen durch den Ausbau zertifizierter Fortbildungsmöglichkeiten zu stärken. Dies kann parallel zu den existierenden privatwirtschaftlich geführten Bildungsunternehmen und -initiativen vorstatten gehen. Dazu sollen die Volkshochschulen durch die Einführung von Summerschools, Kursen und Curricula in Kooperation mit den Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten noch effizienter als bisher in unsere Bildungslandschaft integriert werden. Hierzu ist die Bereitstellung von Online-Werkzeugen, die ein orts- und zeitunabhängiges Lernen fördern und ermöglichen, unerlässlich. Angeregt wird daher die staatlich finanzierte beziehungsweise staatlich geförderte Bereitstellung von Lernplattformen zum integrierten Lernen als flankierende Maßnahme.

3.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen ein integratives Konzept „Lebenslanges Lernen“ aufbauen, das Volkshochschulen mit Schulen, Fachhochschulen, Berufsschulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen zu einem Verbund der Erwachsenenbildung effektiv zusammenführt.

Pluralismus vs. Extremismusprävention

WPA 4.64 - Förderung von Projekten zur Meinungsvielfalt

Antragsteller Pirat aus RLP konkurrierend zu [WPA 65](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Förderung von Projekten zur Meinungsvielfalt

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Meinungsvielfalt stellt eine Grundlage unserer Demokratie dar. Mit so genannten „Anti-Extremismus-Projekten und Anti-Extremismus-Prävention“ wird versucht, Meinungsvielfalt zu unterdrücken und gesellschaftlich radikale Positionen zu diskreditieren. Wir setzen uns daher gegen pauschale Extremismusprävention ein an deren Ende zwangsläufig eine uniforme Gesellschaft stehen muss. Wir PIRATEN stehen für Meinungsvielfalt und demokratische Diskussion auch radikaler und innovativer Positionen.

WPA 4.65 - Demokratie schützen

Antragsteller Pirat aus RLP konkurrierend zu [WPA 64](#) Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Demokratie schützen - Förderung der Extremismusprävention

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die verschiedenen Formen des Extremismus stellen eine fortlaufende Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Die Menschenrechte, allen voran die unantastbare Würde des Menschen, sind die essentielle Grundlage für unsere demokratische Gesellschaft. Offene Denkmuster wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder auch Antisemitismus können und dürfen wir nicht dulden. Wo die Würde des Menschen (bspw. durch rassistischen Hass) angegriffen wird, sind der Meinungsfreiheit deutliche Grenzen gesetzt. Wir setzen uns deshalb für die verstärkte Förderung der Extremismusprävention (insbesondere der Rechtsextremismusprävention) ein. Gerade ehrenamtlichen Projekten soll hierbei die bestmögliche, insbesondere finanzielle, Unterstützung zu Teil werden.

Nachwort

WPA 4.66 - Nachwort

Antragsteller Niemand13 Wiki-Version: 03:56, 20. Jun. 2010

1. Nachwort - freie Bildung ist Sauerstoff für die Demokratie

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz will die obigen Forderungen auf allen Ebenen konsequent vertreten und umsetzen und so ein freies Lernen sowie Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit etablieren und soziale Ungleichheit beseitigen. Wir sehen Bildung als Schlüsselfaktor zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Informationsgesellschaft und als Grundlage für Frieden und Demokratie.

5. Demokratie und Teilhabe

Einleitung zum Thema: Modernisierung der Demokratie

WPA 5.1 - Modernisierung der Demokratie

Antragsteller Unbekannt Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Einleitung zum Thema: Modernisierung der Demokratie

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Art und Weise wie sich Bürger in unserer Demokratie engagieren hat sich über die letzten Jahrzehnte zunehmend verändert. Statt sich in Parteien zu organisieren und am Ende jeder Legislaturperiode einmal zur Wahl zu gehen, bringen sich die Bürger zunehmend mit Hilfe von Organisationen und Bürgerinitiativen direkt in den demokratischen Prozess ein. Es reicht also nicht mehr, nur alle vier oder fünf Jahre eine Wahl zu veranstalten, um dem Verlangen der Bürger nach politischer Teilhabe gerecht zu werden. Um dieser Veränderung gerecht zu werden, müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, wie sich die Bürger auch auf Landesebene direkt einbringen können.

Transparenz in der Demokratie

WPA 5.2 - Transparenz in der Demokratie

Antragsteller Unbekannt Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Transparenz in der Demokratie

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Um diese Möglichkeiten zu schaffen will die Piratenpartei die Transparenz in der Erarbeitungsphase von Gesetzen auf Landesebene verbessern. Informationen, die die Bürger benötigen, um sich in die politischen Prozesse einzubringen, sollen schnell, übersichtlich und einfach zugänglich gemacht werden.

Deliberative Demokratie

WPA 5.3 - Deliberative Demokratie

Antragsteller Unbekannt Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Möglichkeiten der deliberativen Demokratie

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei will die Möglichkeiten der deliberativen Demokratie, also Bürgerbeteiligung, in der Erarbeitungsphase von Gesetzen in Rheinland-Pfalz verstärkt nutzen. Das Veranstalten von Bürgerkongressen, Planungszellen oder auch das Nutzen von elektronischen Beteiligungsmöglichkeiten über das Internet darf keine Ausnahme sein, sondern muss bei wichtigen Gesetzen zur Regel werden.

Niedrigere Quoren für die direkte Demokratie und obligatorische Volksentscheide

WPA 5.4 - Niedrigere Quoren für die direkte Demokratie und obligatorische Volksentscheide

Antragsteller Unbekannt konkurrierend zu [WPA 5](#) Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene ausbauen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei will die Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene ausbauen. Wir fordern die Absenkung der Quoren für die direkt demokratischen Instrumente in Rheinland-Pfalz. Bei großen landespolitischen Themen wie der Kommunalreform wird die Piratenpartei immer die Bürger selbst in einen Volksentscheid die endgültige Entscheidung treffen lassen. Zudem wollen wir einen obligatorischen Volksentscheid bei Änderungen der Landesverfassung.

WPA 5.5 - Mehr Bürgerbeteiligung

Antragsteller Thomas Heinen konkurrierend zu [WPA 4](#) Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Mehr Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei steht für mehr direkte Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen. Neben weiterreichenden Konzepten für die direkte Demokratie setzt sich die Piratenpartei auch ganz konkret für eine Förderung von Volksabstimmungen und eine Vereinfachung von Volksbegehren ein.

Um die bislang nahezu unüberwindbaren Hürden für direktdemokratische Mitbestimmung in Rheinland-Pfalz herabzusetzen fordert der Verein Mehr Demokratie e.V. die Senkung des Unterschriftenquorums und die Abschaffung des Zustimmungsquorums. Zudem wollen sie, dass Bürger über mehr Themen begehren können, beispielsweise auch über Bebauungspläne.

Wir schließen uns den Forderungen des Vereins an und setzen uns für folgende Neuregelungen ein: Die Sammelfrist soll von zwei auf sechs Monate ausgedehnt und die Anzahl der benötigten Unterschriften von ca. 10% auf 5% gesenkt werden. Neben dem Auslegen in Amtsräumen soll auch ein freies Sammeln gestattet sein. Wir setzen uns dafür ein, jedes zugelassene Volksbegehren grundsätzlich öffentlich im Landtag zu behandeln.

Weiterhin wollen wir bei Volksabstimmungen die Abschaffung oder zumindest die Senkung der Mindestzahl an Ja-Stimmen (Zustimmungsquoren).

WPA 5.6 - Förderung von Volksabstimmungen

Antragsteller Silberpappel ergänzend zu [WPA 5](#) Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Ergänzung 'Mehr Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren'

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Abschnitt 'Mehr Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren' soll 'Förderung von Volksabstimmungen und eine Vereinfachung von Volksbegehren ein.' so ergänzt werden:

Förderung von Volksabstimmungen / Bürgerentscheiden und eine Vereinfachung von Volksbegehren / Bürgerbegehren ein.
(*Volksabstimmungen und Volksbegehren sind Landesebene, Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sind Stadt- / Gemeindeebene*)

2. Ergänzung 'Mehr Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren'

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Im Abschnitt 'Mehr Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren' soll zwischen 'Sammeln gestattet sein.' und 'Wir setzen uns' ergänzt werden:

Die Themenbegrenzung soll auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Strikte Gewaltenteilung

WPA 5.7 - Strikte Gewaltenteilung

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Strikte Gewaltenteilung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die strikte Gewaltenteilung soll gesetzlich verankert werden. Insbesondere soll die gleichzeitige Ausübung von Amt und Mandat verboten werden.

Föderalismus stärken

WPA 5.8 - Föderalismus stärken

Antragsteller Unbekannt Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Föderalismus stärken

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Piratenpartei bekennt sich zum Föderalismus und setzt sich für eine Stärkung des Föderalismus ein. Der Föderalismus gibt den Bürgern in Deutschland wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten als in zentralistischen Systemen. Durch den Föderalismus ist es für Verbände, Bürgerinitiativen aber auch für einzelne Bürger in vielen Fällen wesentlich einfacher Politik zu beeinflussen. Nach Ansicht der Piraten sollten Entscheidungen immer auf der niedrigst möglichen Ebene getroffen werden.

2. Für einen transparenten Förderalismus

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gleichzeitig will die Piratenpartei den Förderalismus aber klarer und transparenter machen. Es muss für die Bürger klar erkennbar sein, welche Ebene eine Entscheidung getroffen hat. Zudem setzen wir uns für eine Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ein.

Kein Religionsbezug in der Landesverfassung

WPA 5.9 - Kein Religionsbezug in der Landesverfassung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Kein Religionsbezug in der Landesverfassung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ein weltlicher und demokratischer Staat steht für die Achtung von Menschen unabhängig ihrer religiösen Ansichten. Statt spezifischem Religionsbezug fordern wir ein Bekenntnis zu allgemein gültigen Werten, auf denen die Gesellschaft aufbaut. Deutschland garantiert als weltlicher Staat Religionsfreiheit. Religiöse und religionsfreie Weltanschauungen sind Privatsache und die Freiheit der Wahl sowie Gleichbehandlung ist durch eine Verfassung ohne Bezüge zu einem Gott oder einer bestimmten Religion zu garantieren.

Öffentliche Petitionen nach Bundesvorbild

WPA 5.10 - Öffentliche Petitionen nach Bundesvorbild

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Öffentliche Petitionen nach Bundesvorbild

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Stärkere Bürgerbeteiligung im Gesetzgebungsverfahren durch öffentliche Petitionen unter Einsatz von neuen Kommunikationsverfahren, dadurch Förderung des gesellschaftlichen Diskurses.

Jedermann hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Der Petitionsausschuss des Landtags vermittelt jedes Jahr bei über tausend Petitionen. Diese werden von Betroffenen vorwiegend gegen Behörden- und Gerichtsentscheidungen eingereicht.

Zusätzlich möchten wir den Bürgern Wege ermöglichen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu gehören auch öffentliche Petitionen, die über ein ePetitions-Portal (nach Vorbild des Bundestages) zum gesellschaftlichen Diskurs einladen. Petitionen und Mitzeichnerunterschriften sollen online und offline gesammelt werden können. Petenten mit einer nicht unerheblichen Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Landtag erhalten.

Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen

WPA 5.11 - Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen

Antragsteller Piraten aus RLP konkurrierend zu [WPA 12](#) Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Wahlalter abschaffen - Mitbestimmungsrecht für alle

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei kämpft für ein Menschenbild, indem der Mensch nicht erst ab 18 Jahren als politisch interessiert und mündig deklariert wird. Wahlreife definiert sich darüber, einen politischen Willen zu haben und diesen artikulieren zu können. Menschen können nur selbst entscheiden, wann sie ihrem politischen Willen Ausdruck verleihen können - unabhängig ihres Alters. Die Piratenpartei verlangt, dass dieses Menschenbild sich auch im Wahlsystem widerspiegelt und fordert daher die Abschaffung des Wahlalters. Wir erachten jegliche Altersgrenzen beim Wahlrecht als willkürlich. Um eine konkret spürbare Verbesserung schnell zu realisieren, soll als Übergangslösung kurzfristig das Wahlalter auf allen Ebenen auf 14 Jahre gesenkt werden.

2. PIRATEN lehnen Familienwahlrecht ab

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei lehnt ein Familienwahlrecht ab, da die Unmündigkeit der Kinder und Jugendlichen damit nicht abgeschafft, sondern noch verstärkt wird. Der von uns angestrebten Selbstbestimmung und Emanzipation steht ein Familienwahlrecht im Wege. Jeder Mensch soll selbst frei wählen und mitbestimmen können ohne Bevormundung durch Eltern oder andere Autoritäten.

3. Positive Impulse durch Mitbestimmungsrecht für alle

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Abschaffung des Wahlalters stellt einen immensen demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt dar und wird positive Veränderungen auf unsere Gesellschaft haben. Politik wird aus neuen Perspektiven gesehen werden und demokratische Entscheidungen werden sich stärker an einer politischen Nachhaltigkeit für die nachfolgenden Generationen ausrichten. Gleichsam wird das politische Interesse schon früh gefördert und demokratisches Miteinander erlernt.

4. Politische Bildung ausbauen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei fordert begleitend zur Abschaffung des Wahlalters eine Reform der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche müssen zusätzlich zum Politikunterricht frühestmöglich an demokratische Entscheidungsverfahren herangeführt werden und selbst mitbestimmen können. Schulen müssen in demokratische Bildungseinrichtungen verwandelt werden, in denen Schüler und Schülerinnen gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern entscheiden. Nur so können Kinder und Jugendliche Demokratie erfahren und politisches Interesse und Gespür für politische Teilhabe entwickeln.

WPA 5.12 - Wahlalter für Landtags und Kommunalwahlen

Antragsteller Unbekannt konkurrierend zu [WPA 11](#) Wiki-Version: 03:43, 20. Jun. 2010

1. Wahlalter absenken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gerade die Themen auf Landesebene und Kommunalebene sind Themen, die Jugendliche in hohem Maße betreffen. So wird auf diesen Ebenen zum Beispiel über die Themen Bildung und den öffentlichen Nahverkehr diskutiert. Deshalb fordert die Piratenpartei eine Herabsetzung des Wahlalters für Landtags und Kommunalwahlen auf 16 Jahre, damit auch die Betroffenen selbst die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe haben.

2. Wahlalter absenken (Variante 2)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gerade die Themen auf Landesebene und Kommunalebene sind Themen, die Jugendliche in hohem Maße betreffen. So wird auf diesen Ebenen zum Beispiel über die Themen Bildung und den öffentlichen Nahverkehr diskutiert. Deshalb fordert die Piratenpartei kurzfristig eine Herabsetzung des Wahlalters für Landtagswahlen auf 16 Jahre und für Kommunalwahlen auf 14 Jahre (langfristig für Landtagswahlen auf 14 Jahre und für Kommunalwahlen auf 12 Jahre), damit auch die Betroffenen selbst die Möglichkeit der demokratischen Teilhabe haben.

6. Immaterialgüterrechte

Urheberrecht und Nutzungsrechte

WPA 6.1 - Urheberrecht und Nutzungsrechte

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich hin zum Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, während Nutzer kriminalisiert werden. Wir PIRATEN fordern für Privatleute ohne kommerzielle Interessen das Recht, Werke frei verwenden und kopieren zu dürfen. Der Einsatz von Maßnahmen, wie die DRM-Technologie oder ähnliche Kopierschutzmechanismen, die diese und andere rechtmäßige Nutzungen einseitig verhindern, soll untersagt werden. Abgeleitete Werke sind neue künstlerische Schöpfungen und müssen dem Kreativen grundsätzlich erlaubt sein. Dies wird durch eine Anpassung des Urheberrechts gewährleistet, für die wir uns im Bundesrat einsetzen werden.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Künstler soll für jedes einzelne Werk die Lizenz frei wählen können.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die für eine internationale Neuausrichtung des Urheberrechts zu verhandelnden Themen müssen der öffentlichen Debatte gestellt werden und dürfen nicht einseitig durch die Lobbyinteressen der Rechteinhaber geprägt sein.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir PIRATEN setzen uns für die Veröffentlichung von Lehrmaterialien unter freien Lizenzen und die bevorzugte Nutzung von freien Lehrmaterialien in der Bildung ein. Dies beinhaltet die Erstellung von Lehrmaterialien durch Lehrkräfte oder beauftragte Personen unter freien Lizenzen.

5. Modul 5

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir müssen zumindest folgendes am Urheberrecht ändern:

WPA 6.2 - Medien- oder Hardwareabgaben

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Eine Neubewertung der Pauschalabgaben ist nötig. Bis zu dieser Neubewertung wird im Sinne des Transparenzgebotes angestrebt, sowohl das resultierende Aufkommen nach Medien/Geräteart als auch seine Verteilung nach Empfänger öffentlich zu machen.

WPA 6.3 - Parlamente schreiben die Urheberrecht-Gesetze, nicht die Lobby

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Technische Maßnahmen, die verhindern, dass Kunden Kultur im Rahmen des Gesetzes nutzen, wie die sog. DRM-Technologie, werden wir verbieten.

WPA 6.4 - Neue Geschäftsmodelle fördern

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Für viele Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Programmierer und andere Kulturarbeiter stellt heutzutage das Urheberrecht eine wesentliche Grundlage ihrer Geschäftsmodelle und Verdienstmöglichkeiten dar. Die Möglichkeiten der digitalen Vernetzung und Kommunikation und die in oft digitaler Form vorliegenden Werke verändern die Grundlagen für diese Geschäftsmodelle zum Teil radikal.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Anstatt den alten Geschäftsmodellen nachzutruern und sie mit unzumutbaren Eingriffen in die Privatsphäre der Bürger künstlich am Leben erhalten zu wollen, fordern die PIRATEN dazu auf, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Diese Geschäftsmodelle sollen den Urhebern der digitalen Kulturgesellschaft ermöglichen, auf marktwirtschaftliche Art und Weise Erlöse aus der Verwertung ihrer Werke oder deren Umfeld zu erzielen, wenn sie dies anstreben.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Überholte Vermittlerfunktionen von Rechteinhabern, die in der Vergangenheit z.B. in der Unterhaltungsmusikindustrie zu hohen Renditen geführt haben, sind größtenteils nicht mehr zeitgemäß und werden in diesem Umfang keinen Bestand haben. Die Ausschaltung von Zwischenhändlern ermöglicht es, dass den Künstlern vom Erlös ihrer Werke ein größerer Teil verbleibt und direkter zufließt. Außerdem wird damit das Spektrum der Kulturszene deutlich erweitert.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Insbesondere die Verwendung von CreativeCommons-Lizenzen erlaubt heutzutage bereits die erfolgreiche wirtschaftliche Verwertung von Werken ohne jegliche Einschränkung bei der digitalen Privatkopie und deren Verbreitung.

WPA 6.5 - Keine Kulturflatrate

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Keine Kulturflatrate!

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Pauschalabgabensysteme unter staatlicher Aufsicht wie z.B. die so genannte "Kulturflatrate" lehnen wir ab. Wir sind davon überzeugt, dass solche Subventionen technischen Fortschritt und Innovation behindern. Es ist in unseren Augen nicht Aufgabe des Staates, bestimmte Geschäftsmodelle zu sichern oder gar zu subventionieren. Wir sehen in der freien Kopierbarkeit und Verfügbarkeit von immateriellen Kulturgütern einen Gewinn für unsere Gesellschaft.

2. Patentrecht

WPA 6.6 - Patentrecht

Antragsteller Unglow konkurrierend zu [WPA 7](#) Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das heutige Patentsystem erfüllt in vielerlei Hinsicht nicht mehr seinen ursprünglichen Zweck, Innovationen zu fördern. Im Gegenteil: Es erweist sich immer öfter als Innovationshemmnis und behindert den technischen und ökonomischen Fortschritt in vielen Bereichen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wirtschaftlicher Erfolg ist in der Informationsgesellschaft zunehmend nicht mehr von technischen Erfindungen, sondern von Wissen und Information und deren Erschließung abhängig. Das Bestreben, diese Faktoren nun ebenso mittels des Patentsystems zu regulieren, steht unserer Forderung nach Freiheit des Wissens und Kultur der Menschheit diametral entgegen.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir PIRATEN lehnen Patente auf Software und Geschäftsideen ab, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne enthalten. Die gute Entwicklung klein- und mittelständischer IT-Unternehmen in Deutschland und ganz Europa hat beispielsweise gezeigt, dass auf dem Softwaresektor Patente völlig unnötig sind.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Aus den gleichen Gründen dürfen Patente auf das Leben, inklusive der Patente auf Saatgut und Gene, nicht erteilt werden. Der Privatisierung der Biodiversität oder der Grundlage menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

5. Modul 5

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Bei Saatgut und Tieren fordern wir hilfsweise kurzfristig die Formulierung eines uneingeschränkten 'Nachbaurechtes', damit die bisherige Patentierungspraxis nicht weiterhin die natürlichen Verhältnisse auf den Kopf stellt und Bauern ab sofort von solchen Klagen verschont werden. Vertragsbestimmungen, die dem widersprechen, sind für nichtig zu befinden.

6. Modul 6

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Pharmazeutische Patente erzeugen viele ethische Bedenken, nicht zuletzt in Verbindung mit Menschen aus Entwicklungsländern. Sie sind auch eine treibende Kraft für die steigenden Kosten im öffentlich finanzierten Gesundheitssystem. Wir verlangen die Initiierung einer Studie über den ökonomischen Einfluß pharmazeutischer Patente, verglichen mit andern Systemen zur Finanzierung medizinischer Forschung und Alternativen zum gegenwärtigen System.

7. Patentrecht

WPA 6.7 - Patentrecht

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 6](#) Wiki-Version: 03:40, 20. Jun. 2010

1. Ablehnung von Patenten auf Pflanzen und Tiere

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Naturre Ressourcen gehören allen. Patente auf Pflanzen und Tiere blockieren die Entwicklung der Wirtschaft, die Einheit des Wissens und den allgemeinen Fortschritt der Menschheit zugunsten von Einzelinteressen und übermäßiger Ansammlung von Macht und Kapital. Wir setzen uns für die Sammlung, Pflege und Weiterentwicklung tradierter Genbestände im Einklang mit den Prinzipien fortschrittlicher Ressourcenentwicklung in der Landwirtschaft ein.

2. Stellungnahme zur Gentechnik

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir fordern eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz und das Verbot von Freisetzungsversuchen.

7. Open Access

Open Access - Zugang zu Wissen schaffen

WPA 7.1 - Open Access

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wissenschaft und Forschung sind zentrale Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland und Rheinland-Pfalz. Wissenschaftliche Großprojekte und Grundlagenforschung lassen sich oft nur noch staatlich oder sogar im Verbund von mehreren Staaten durchführen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss aber auch der Öffentlichkeit zugute kommen. Noch immer sind viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung erhältlich, und das, obwohl dank moderner Technik die Reproduktion der Werke praktisch kostenlos erfolgen kann. Dieses Problem ist auch vielen Wissenschaftlern bewusst, die daher zunehmend dazu übergehen, Arbeiten als Open-Access-Publikationen zu veröffentlichen und damit einen dauerhaften kostenfreien Zugang zu den Ergebnissen ihrer Forschung sicherzustellen. Diesen Trend möchten wir PIRATEN unterstützen, da wir glauben, dass ein leichter Zugang zu Wissen zu erfolgreicherer Forschung und mehr Innovation führen wird und darüberhinaus sogar weltweit eine wohlfördernde Wirkung entfaltet.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Open Access heißt daher für uns, dass mit öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit und daraus resultierende Publikationen für jeden Menschen kostenfrei zugänglich sein müssen.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gleichzeitig muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die digitale Archivierung und den dauerhaften einfachen Zugang zu

Publikationen ermöglicht. Diese Aufgabe wird heute vorrangig von den etablierten Verlagen übernommen. Für Open-Access-Publikationen entwickeln sich entsprechende Mechanismen erst, oft in loser Kooperation von Bibliotheken und Universitäten. Derartige Initiativen wollen die PIRATEN auch finanziell fördern.

5. Modul 5

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In Rheinland-Pfalz soll jede Universität ein eigenes Open-Access-Repository führen in dem alle ihre Fachbereiche unterkommen. Dies vermeidet eine Zersplitterung in zu kleine Einheiten. Die Repositories sollen zwischen den Universitäten vernetzt werden, um die Durchsuchbarkeit und Verfügbarkeit von Wissen zu erhöhen. Es braucht einheitliche APIs (Zugangs- und Nutzungsschnittstellen der Software) auf der Serverseite der Repositories, um die Anschluss- und Verwendungsmöglichkeiten der Repositories zu erhöhen.

6. Modul 6

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Zur allgemeinen Förderung von Open Access sollten bei der Beurteilung von Anträgen auf Forschungsgelder nur noch Publikationen herangezogen werden, die auch öffentlich verfügbar sind.

WPA 7.2 - Open Access

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg ergänzend zu [WPA 1](#) Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Open Access

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Publikationen aus staatlich finanzierter oder geförderter Forschung und Lehre werden oft in kommerziellen Verlagen publiziert, deren Qualitätssicherung von ebenfalls meist staatlich bezahlten Wissenschaftlern im Peer-Review-Prozess übernommen wird. Die Publikationen werden jedoch nicht einmal den Bibliotheken der Forschungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Steuerzahler kommt also mehrfach für die Kosten der Publikationen auf. Wir unterstützen die Berliner Erklärung der Open-Access-Bewegung und verlangen die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.

Anmerkung: In [1.1](#) "aber auch" dann streichen.

Open Access in der öffentlichen Verwaltung

WPA 7.3 - Open Access in der Verwaltung

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern, die mit öffentlichen Mitteln produziert werden, in das Open-Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt werden, sollen der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Dies ist nicht nur zum direkten Nutzen der Öffentlichkeit, sondern die staatlichen Stellen können auch im Gegenzug von Verbesserungen durch die Öffentlichkeit profitieren (Open-Source-Prinzip/Freie Software). Weiterhin wird die Nachhaltigkeit der öffentlich eingesetzten IT-Infrastruktur verbessert und die Abhängigkeit von Softwareanbietern verringert.

Digitalisierung von Büchern

WPA 7.4 - Digitalisierung von Büchern

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Digitalisierung von Büchern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir planen die konsequente Digitalisierung der Werke, die in den Landesbibliotheken vorhanden sind und nicht mehr durch Verwertungsrechte geschützt sind. Die Werke sollen unter einer freien Lizenz veröffentlicht und im Internet der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.

Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung

WPA 7.5 - Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung

Antragsteller Pirat aus RLP Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine der Aufgaben des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit unabhängiger Berichterstattung. Die dabei erstellten Inhalte sind seit Umsetzung des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags nur kurze Zeit in den Mediatheken der Rundfunkanstalten abrufbar, obwohl sie auch dauerhaft von öffentlichem Interesse sind, da sie beispielsweise als Quelle für die politische Diskussion dienen. Sie sollten deshalb zeitlich unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden.

WPA 7.6 - Dauerhafte Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Berichterstattung

Antragsteller Thomas Heinen ergänzend zu **WPA 5** Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern die sofortige Überarbeitung des Staatsvertrages mit dem Ziel, die Inhalte, die durch die Bürger finanziert werden, langfristig für jeden Menschen frei verfügbar zu machen. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf diese Inhalte. Die gesetzlichen Verweildauerregelungen müssen daher genauso wie der Drei-Stufen-Test umgehend auf den Prüfstand.

Freie Lizenzen für Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

WPA 7.7 - Freie Lizenzen für Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Antragsteller Pirat aus RLP Wiki-Version: 03:36, 20. Jun. 2010

1. Freie Lizenzen für Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wenn die Allgemeinheit Fernseh- und Rundfunkprogramme bezahlt, soll sie diese auch uneingeschränkt nutzen können. Überwiegend aus deutschen Rundfunkgebühren finanzierte Inhalte sollen deshalb unter freie Lizenzen gestellt werden.

8. Infrastrukturmonopole

Infrastrukturmonopole

WPA 8.1 - Infrastruktur

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:32, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Eine gute Infrastruktur ist eine grundlegende Voraussetzung, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und Rheinland-Pfalz als Standort für Unternehmen attraktiv zu halten. Zudem wird eine zuverlässige und neutrale Infrastruktur benötigt, um freien Informationszugang und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei möchte verhindern, dass durch privatwirtschaftliche Interessen Infrastrukturen wettbewerbsverzerrend und auf Kosten der Gesellschaft beeinflusst werden.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Infrastrukturen sind nicht nur die Basis für die Marktwirtschaft, sondern für das generelle Miteinander der Menschen. Durch dieses zentrale Element des Zusammenlebens entscheidet sich, wer aktiv an der Wirtschaft und dem kulturellen Leben teilhaben kann.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Struktur und die Funktionsweise von Infrastrukturen muss transparent sein, um eine Nachvollziehbarkeit von außen zu ermöglichen. Der Zugang zu Infrastrukturen muss allen Teilen der Gesellschaft offen stehen.

5. Modul 5

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Der Staat ist für Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit verantwortlich, um hohe Versorgungssicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit zu garantieren. Die Zugänge zu jeglicher Infrastruktur müssen sowohl für Produzenten und Anbieter als auch für Nutzer und Konsumenten möglichst unlimitiert und barrierefrei sein. Durch gleiche Zugangsmöglichkeiten wird der freie Wettbewerb zwischen den verschiedenen privaten Anbietern gefördert.

6. Modul 6

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir werden durch geeignete, öffentlich kontrollierbare und transparente Kontrollinstanzen dafür sorgen, dass die für Infrastruktur geltenden Regeln eingehalten werden. In Fällen, in denen diese Kontrollinstanzen versagen und Abhilfe auch nicht durch Auflagen, Verordnungen und Gesetze mit einem verhältnismäßigen und endlichen Aufwand erreicht werden kann, werden wir diese Infrastruktur verstaatlichen.

WPA 8.2 - Verkehrs- und Stromnetze

Antragsteller Unglow konkurrierend zu [WPA 3](#) Wiki-Version: 03:32, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Straßen-, Schienen- und Stromnetze sowie Wasserwege gelten als natürliche Infrastrukturmonopole. Der Zugang zu diesen Teilen der Infrastruktur ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig. Gleichzeitig sind sie extrem anfällig für Wettbewerbsverzerrung. Nur wenn der Staat, als einzig öffentlich kontrollierbare Instanz, der Betreiber solcher Netze ist, kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ansprüche erfüllt werden.

WPA 8.3 - Verkehrs- und Stromnetze

Antragsteller marcus konkurrierend zu [WPA 2](#) Wiki-Version: 03:32, 20. Jun. 2010

1. Alternativantrag

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Straßen-, Schienen- und Stromnetze sowie Wasserwege gelten als natürliche Infrastrukturmonopole. Der Zugang zu diesen

Teilen der Infrastruktur ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig. Gleichzeitig sind sie extrem anfällig für Wettbewerbsverzerrung. Nur wenn der Staat, als einzig öffentlich kontrollierbare Instanz der **Besitzer** (= Eigentümer) solcher Netze ist, kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ansprüche erfüllt werden. Da er als Besitzer jederzeit geltende Pachtverträge bei Nichteinhaltung durch den Betreiber widerrufen kann. Darüber hinaus profitiert der Staat bei Wertsteigerungen der Infrastruktur durch die Möglichkeit der Pachtpreiserhöhung (Modell Public private Partnership) bei Begrenzung des Unternehmerischen Risikos.

Infrastruktur Internet

WPA 8.4 - Infrastruktur Internet

Antragsteller Unglow konkurrierend zu ?? Wiki-Version: 03:32, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Im Informationszeitalter ist das Internet als Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Es ist Grundlage für den freien Meinungsaustausch, die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, für Wissenschaft und politische Partizipation. Aufgrund dieser Relevanz muss die Verfügbarkeit des Netzes im Rahmen einer unpfändbaren Grundversorgung wie bei Radio und TV gewährleistet werden. Der gleichberechtigte Zugang jedes einzelnen Bürger muss besonders geschützt werden. Das Netz muss sich neutral gegenüber den transportierten Inhalten verhalten. Die Netzbetreiber tragen keine Verantwortung für die übertragenen Daten.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internets lehnen wir ab. Der Kampf gegen rechtswidrige Angebote im Internet muss jederzeit mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden. Allein die Etablierung einer Zensurinfrastruktur ist bereits inakzeptabel. Die Beurteilung der Rechtswidrigkeit muss gemäß der in Deutschland geltenden Gewaltenteilung und Zuständigkeit getroffen werden.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Ausschluss von Bürgern aus dem Internet ist nach Ansicht der Piratenpartei eine eklatante Bürgerrechtsverletzung. Eine Three-Strikes-Regelung nach französischem Vorbild oder ähnliche Maßnahmen lehnen wir deshalb strikt ab.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Volks- und betriebswirtschaftlich sind Regionen mit schneller Internetanbindung stark aufgewertet. Daher werden wir den Ausbau schneller Internetverbindungen fördern und erleichtern.

WPA 8.5 - Infrastruktur Internet

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu ?? Wiki-Version: 03:32, 20. Jun. 2010

1. Breitbandausbau - Einleitung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Regionen ohne Breitbandtechnologie sind nicht nur wirtschaftlich benachteiligt und haben einen Standortnachteil, sie drohen auch von der kulturellen, politischen und technischen Entwicklung abgehängt zu werden.

2. Breitbandausbau - Verfügbarkeit

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Breitband-Internetverbindungen sollen wie Strom, Straßen, Telefon und andere Infrastruktur flächendeckend verfügbar sein.

3. Neue Definition von Breitband

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die zur Zeit vom Bundeswirtschaftsministerium genannte untere Grenze der Breitbandgeschwindigkeit von 128 KBit/s ist dabei nicht ausreichend. Die Definition von Breitbandgeschwindigkeit soll in Zukunft der aktuellen technischen Entwicklung angepasst werden.

4. Breitbandausbau - vorausschauender Ausbau

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Beim Bau und der Sanierung von Straßen müssen vorausschauend Leerrohre gelegt werden, um einen kostengünstigen Breitbandausbau zu ermöglichen.

5. Breitbandausbau - Ausbauförderung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen unterversorgte Gebiete finanziell fördern, um den Ausbau voranzutreiben. Das Land soll einen Beauftragten einsetzen, dessen Aufgabe es ist, in den Kommunen gezielt über die Fördermittel zu informieren und für den Breitbandausbau zu werben.

9. Für ein selbstbestimmtes Leben

WPA 9.1 - Präambel

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Grundlagen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jeder Mensch hat das Grundrecht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung zu ermöglichen. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt von der Teilhabe ihrer Bürger. Voraussetzung dafür ist die selbständige Entscheidung über die eigene Lebensgestaltung und über die Art der Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Grundlagen dafür sind Bildung und der Zugang zu Kultur.

WPA 9.2 - Selbstbestimmung

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Immer mehr Bereiche des täglichen Lebens werden vom Staat durch Vorschriften und Gesetze reguliert und reglementiert. Dadurch werden die Bürger vom Staat bevormundet und daran gehindert, ihren individuellen Lebensstil zu führen und sich frei zu entfalten. Die Piratenpartei setzt sich für die Reform und ggf. Abschaffung von Gesetzen ein, die den Bürger unverhältnismäßig bevormunden.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

In den letzten Jahren werden zunehmend Gesetze diskutiert und teilweise auch verabschiedet, welche die Bürger bevormunden und sie in ihren Gewohnheiten oder ihrer Freizeitgestaltung einschränken. Die Freiräume der Bürger zur individuellen Gestaltung und Entfaltung ihres Lebens werden immer stärker beeinträchtigt. Die Piratenpartei stellt sich ungerechtfertigten Bevormundungen der Bürger durch den Staat entgegen.

WPA 9.3 - Für Paintball, Computer- und Videospiele

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Es wird diskutiert Paintball und so genannte "Killerspiele" zu verbieten, um Amokläufe zu verhindern. Dabei ist weder definiert, was genau unter "Killerspielen" zu verstehen ist, noch gibt es gesicherte Erkenntnisse, dass diese Spiele Amokläufe verursachen oder fördern. Computer- und Videospiele sind ein wesentlicher Teil der Jugendkultur. Sie sind künstlerisches und kulturelles Gut, vergleichbar mit Filmen oder Büchern. Die Piraten halten es für falsch, Spieler zu kriminalisieren, statt die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Computer- und Videospiele als Kulturgüter anerkannt werden und wenden uns gegen Verbote dieser Form von Kultur.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Paintball ist ein Mannschaftssport und eine legitime Freizeitbeschäftigung Erwachsener. Es gibt keine Anzeichen, dass dieser Sport die Gewaltbereitschaft erhöht oder sogar Amokläufe verursacht. Die Forderungen nach einem Verbot von Paintball betrachtet die Piratenpartei als populistisch und stellt sich ihnen entgegen.

WPA 9.4 - Computerspiele

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Gegen Stigmatisierung von eSport und Action-Computerspielen als "Killerspiele"

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Bezeichnung "Killerspieler" diskreditiert in völlig inakzeptabler Weise Spieler, eSportler und sogar Jugendliche, die gerne ihrem Hobby nachgehen. Wir lehnen das von der Innenministerkonferenz geforderte generalisierende Verbot zur Herstellung und Verbreitung von Computerspielen strikt ab. Populistische Verbotsforderungen lösen vor allem dort keine Probleme, wo sie völlig andere Ursachen, als die vordergründig unterstellten, haben. Spieler sind keine Mörder und Gewalttäter. Nicht Verbote, sondern präventive Maßnahmen und die Stärkung medienkompetenten Handelns stärken den verantwortungsvollen Umgang mit elektronischen Medien.

WPA 9.5 - Computerspiele

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. eSport-Vereine anerkennen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Immer mehr Spieler organisieren sich in eSport-Vereinen, um gemeinsam ihrem Hobby nachzugehen. Ebenso wie traditionelle Sportvereine leisten sie dabei einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele bemühen sich beispielsweise um die Vermittlung von Medienkompetenz gegenüber Jugendlichen und Eltern. Wir möchten diese Arbeit honorieren und dafür sorgen, dass eSport-Vereine genauso wie andere Sportvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

WPA 9.6 - Poker

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Pokerspielen hat in den letzten Jahren an Popularität gewonnen. In Rheinland-Pfalz hat dies leider dazu geführt, dass ein weitreichendes Pokerverbot geschaffen wurde. Öffentliche Pokerveranstaltungen und Internet-Poker wurden weitgehend verboten. Das Pokerverbot in Rheinland-Pfalz halten wir für ungerechtfertigt und werden uns deshalb für die Abschaffung dieses Gesetzes einsetzen.

Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtrauchererschutz

WPA 9.7 - Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtrauchererschutz

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu [WPA 8](#)
- konkurrierend zu [WPA 9](#)
- konkurrierend zu [WPA 10](#)

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ein großer Teil der Deutschen raucht. Da Rauchen schädlich ist und Krebs auslösen kann, wurde versucht die Raucher durch übergroße Warnhinweise und höhere Tabaksteuern zwangszubelehren, ohne großen Erfolg. Da Raucher durch das Passivrauchen auch die Gesundheit von Nichtrauchern gefährden, wurden von den Bundesländern Nichtrauchererschutzgesetze verabschiedet. An Arbeitsplätzen und in öffentlichen Gebäuden, bei denen keine Entscheidungsmöglichkeit besteht, sich dem Rauch zu entziehen, sind solche Maßnahmen nachvollziehbar und sinnvoll.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Jedoch wurde auch das Rauchen in Gaststätten größtenteils verboten. In Nebenräumen von Gaststätten darf noch geraucht werden. Ob in Einraumgaststätten geraucht werden darf hängt in Rheinland-Pfalz von der Größe der Gaststätte ab, oder davon in welchem Umfang in der Gaststätte Speisen serviert werden. Das Risiko an Krebs zu erkranken sinkt jedoch nicht dadurch, dass man nur eine Kleinigkeit isst, statt einer richtigen Mahlzeit. Auch kleine Räume senken das Risiko für Nichtraucher nicht. In der Regel dürfte die Luft in kleinen Gaststätten sogar schlechter sein, als in großen Gaststätten, womit das Risiko für Nichtraucher ansteigt.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Regelungen zum Nichtraucherschutz in Rheinland-Pfalz sind für uns nicht nachvollziehbar. Die Freiheit der Bürger und der Gaststättenbetreiber auf nicht nachvollziehbare Weise beschnitten. Gleichzeitig findet aber kein effektiver Schutz der Angestellten im Gastronomiegewerbe statt. Wir setzen uns für eine nachvollziehbare und effektive Regelung zum Nichtraucherschutz ein, in der überall in Gaststätten geraucht werden darf, außer in Bereichen in denen Angestellte arbeiten.

WPA 9.8 - Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz

Antragsteller Unglow Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu [WPA 7](#)
- konkurrierend zu [WPA 9](#)
- konkurrierend zu [WPA 10](#)

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei bestehenden Gastronomiebetrieben der Betreiber selbst entscheiden kann ob er eine Raucher- oder Nichtraucher- Lokalität betreiben möchte, soweit eine Trennung in einen abgeschlossenen Raucher- und Nichtraucherbereich nicht möglich ist. Hierbei ist gleichgültig ob Speisen angeboten werden oder nicht. Gleichzeitig muss bei neu erteilten Betriebserlaubnissen eine klare Regelung eine Trennung in einen separaten abgeschlossenen Bereich für beide Gruppen beinhalten. Ansonsten kann keine Betriebserlaubnis erteilt werden.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Der Betreiber muss im Rahmen des Arbeitnehmerschutzes sicherstellen, dass kein nichtrauchender Mitarbeiter in Bereichen in

denen geraucht werden darf bedienen muss. Im Umkehrschluss bedeutet dies dass ein Mitarbeiter der Raucher ist zwar im Nichtraucherbereich bedienen kann, dies aber sicherlich den nichtrauchenden Gast stört, wenn die Bedienung nach Nikotin riecht.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Für kleine Gastronomiebetriebe ohne Speiseangebot entscheidet der Betreiber ob er eine Raucher- oder Nichtraucherkeipe betreiben möchte. Genauso wie der Nichtraucher sich entscheiden kann dort zu verweilen oder auch das Lokal zu meiden.

WPA 9.9 - Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtraucherschutz

Antragsteller MatthiasK Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu [WPA 7](#)
- konkurrierend zu [WPA 8](#)
- konkurrierend zu [WPA 10](#)

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Regelungen zum Nichtraucherschutz in Rheinland-Pfalz sind für uns nicht nachvollziehbar, die Freiheit der Bürger und der Gaststättenbetreiber auf nicht nachvollziehbare Weise beschnitten. Gleichzeitig findet aber kein effektiver Schutz der Angestellten im Gastronomiegewerbe statt. Die staatliche Bevormundung von Bürgern und Gastronomiebetrieben muss ein Ende haben.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gastronomiebetreiber müssen selbst entscheiden können, ob sie eine Raucher- oder Nichtraucher- Lokalität betreiben möchten. Hierbei darf ein etwaiges Speisenangebot keine Rolle spielen.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ferner fordern wir eine einheitliche Kenntlichmachung an der Außenseite aller Betriebe, die auf die jeweiligen Verhältnisse hinweist. So ist jedem Bürger die Freiheit gegeben ein Lokal ohne Raucher- bzw. Nichtraucherbereich zu meiden.

4. Modul 4

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Der Betreiber muss im Rahmen des Arbeitnehmerschutzes sicherstellen, dass kein nichtrauchender Mitarbeiter in Raucherbereichen bedienen muss.

WPA 9.10 - Mehr Freiheit für Raucher und ein sinnvoller Nichtrauchererschutz

Antragsteller Silberpappel Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

- konkurrierend zu [WPA 7](#)
- konkurrierend zu [WPA 8](#)
- konkurrierend zu [WPA 9](#)

1. Einleitung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Die Regelungen zum Nichtrauchererschutz in Rheinland-Pfalz sind für uns nicht nachvollziehbar. Die Freiheit der Bürger und der Gaststättenbetreiber wird auf nicht nachvollziehbare Weise beschnitten. Gleichzeitig findet aber kein effektiver Schutz der Angestellten im Gastronomiegewerbe statt.

2. Rein inhaberbetriebene Lokalitäten

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

In Betrieben, in denen nur der / die Inhaber arbeiten, sollen selbst entscheiden können, ob sie eine Raucher- oder Nichtraucher-Lokalität betreiben möchten. Hierbei darf ein etwaiges Speisenangebot keine Rolle spielen.

3. Angestellte

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

In Betrieben, in denen auch Angestellte arbeiten, gilt Rauchverbot.

4. Raucherbereich

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Betriebe, in denen Rauchverbot gilt, können einen abgeschlossenen Raucherbereich einrichten, in dem die Angestellten dann aber nicht arbeiten.

5. Kennzeichnung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Ferner fordern wir eine einheitliche Kennzeichnung an der Außenseite aller Betriebe, die auf die jeweiligen Verhältnisse hinweist. So ist jedem Bürger die Freiheit gegeben, ein Lokal ohne Raucher- bzw. Nichtraucherbereich zu meiden.

Waffenkontrollen

WPA 9.11 - Waffenkontrollen einschränken

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1.

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Verdachtsunabhängige, unangekündigte Waffenkontrollen in privaten Wohnräumen verletzen das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung. Deswegen möchten wir diese einschränken.

WPA 9.12 - Zuständigkeit für Waffenkontrolle

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1.

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Soweit Kontrollen in Wohnungen unumgänglich sind, sollten diese nur von Polizisten durchgeführt werden, da diese im Gegensatz zu anderen Personen über die hierfür nötige Ausbildung und Routine im Umgang mit Schusswaffen verfügen.

WPA 9.13 - Keine Hausdurchsuchungen zur Waffenkontrolle

Antragsteller Piraten aus RLP Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1. Keine Hausdurchsuchungen zur Waffenkontrolle

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gegen den Willen von Bürgerinnen und Bürgern dürfen ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss keine Kontrollen von Wohnungen oder sonstigen Liegenschaften erfolgen.

Rechtliche Gleichstellung

WPA 9.14 - Rechtliche Gleichstellung

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:31, 20. Jun. 2010

1.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Rheinland-Pfalz sich im Bundesrat dafür stark macht, die rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität voranzutreiben.

2.

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Insbesondere sind Familien für uns all jene Lebenskonstellationen, in denen Verantwortung für Kinder und Eltern übernommen wird. Dabei ist die Anzahl der Verantwortlichen, deren Beziehung zueinander und deren Geschlecht unerheblich.

10. Sozialpolitik

WPA 10.1 - Präambel

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:11, 20. Jun. 2010

1. Präambel

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Freiheit hat auch mit dem Recht jedes Menschen zu tun, ein möglichst selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu führen. Dazu ist man aber oft auch auf die Solidarität anderer angewiesen. Deshalb wollen wir, dass auch künftig Gesunde für die Kranken, Arbeitende für Arbeitslose, Jung für Alt und Alt für Jung eintreten. So kann eine gerechte Gesellschaft bestehen, die Freiheit für jeden verheißt.

WPA 10.2 - Sozialpolitik im Bundesrat

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:11, 20. Jun. 2010

1. Sozialpolitik im Bundesrat

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen, dass sich das Land auch bei seiner Mitwirkung an der sozial- und gesundheitspolitischen Gesetzgebung im Bundesrat am Ideal einer gerechten Gesellschaft orientiert.

WPA 10.3 - Sozialpolitik als Grundrecht und Grundpflicht

Antragsteller Limbo Wiki-Version: 03:11, 20. Jun. 2010

1. Sozialpolitik als Grundrecht und Grundpflicht

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei sollte sehen, dass im Zuge des Demografischenwandels jeder Mensch zu sozialen Handeln herangeführt und erzogen werden sollte. Dies kann sich in Pflichtpraktika während der Schulzeit aber auch in Zwangsleistung durch Arbeitslose ausdrücken. Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll lernen gerne und mit Freude anderen zu Helfen. So wird die Piratenpartei das Land ein Stück gerechter machen. Wer Anreize (finanzielle oder materielle) schafft, wird auch den Menschen überzeugen können, seine Freizeit für mehr Ehrenamt zu nutzen.

WPA 10.4 - Handlungsfreiheit und Würde von finanzschwachen Bürgern sicherstellen

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 03:11, 20. Jun. 2010

1. Handlungsfreiheit und Würde von finanzschwachen Bürgern sicherstellen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Gerade in der aktuellen Situation, in der Regierende die Bürger- und Menschenrechte nach und nach zu erodieren versuchen, brauchen wir eine wachsame und politisch aktive Zivilgesellschaft. In einem modernen Sozialstaat muss die Möglichkeit der Teilnahme am politischen und kulturellen Leben für alle Menschen sichergestellt werden. Diese Freiheit darf nicht durch staatliche Kürzungen, die eine mangelnde soziale Sicherung oder gar Existenzängste nach sich ziehen, eingeschränkt werden.

Aus finanzieller Notlage und Zukunftsängsten heraus kann keine Freiheit für politisches Handeln erwachsen. Das Schaffen von Zwangslagen führt bei den Betroffenen zu einer Radikalisierung der politischen Forderungen. Dies gefährdet die Demokratie in unserer Gesellschaft.

Daher wird sich die Piratenpartei Rheinland-Pfalz dafür einsetzen, dass die Handlungsfreiheit auch und gerade von finanzschwachen Bürgern sichergestellt und deren Würde nicht als Folge von bestimmten Kürzungen oder Änderungen im Sozialbereich verletzt wird.

11. Landesfinanzen

Landesfinanzen

WPA 11.1 - Landesfinanzen

Antragsteller unbekannt konkurrierend zu [WPA 2](#) Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei strebt einen ausgeglichenen Landeshaushalt an. Um dies zu erreichen wollen wir in erster Linie in dem Bereich der Kulturförderung und der Straßeninfrastruktur sparen.

2. Modul 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Zudem wollen wir auch im Bereich der Subventionen Geld einsparen.

3. Modul 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auch durch Datensparsamkeit und den damit verbundenen Bürokratieabbau wollen wir Geld einsparen.

4. Modul 4

Für die Bildungspolitik wollen wir hingegen mehr Geld ausgeben.

WPA 11.2 - Landesfinanzen

Antragsteller Acamir konkurrierend zu [WPA 1](#) Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Ausgaben

Die Piratenpartei strebt einen ausgeglichenen Landeshaushalt an. Durch den Abbau von Subventionen und den Verzicht auf teure Prestigeprojekte wie den Nürburgring-Freizeitpark wollen wir Geld einsparen. Für die Bildungspolitik wollen wir hingegen mehr Geld ausgeben.

2. Einnahmen

Wir wollen dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für eine Erhöhung der Erbschaftssteuer einsetzt um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

WPA 11.3 - Landesfinanzen

Antragsteller Salorta Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Modul 1: Ausgeglichener Haushalt

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei strebt einen ausgeglichenen Landeshaushalt an.

2. Modul 2: keine schuldenfinanzierten Ausgaben

Die auf Dauer unverantwortliche Finanzierung von Landesausgaben über Schulden muss gestoppt werden.

3. Modul 3: Datensparsamkeit/Bürokratieabbau

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Durch Datensparsamkeit und den damit verbundenen Bürokratieabbau kann ein Beitrag zu den nötigen Einsparungen geleistet werden.

4. Modul 4: Subventionsabbau/keine Prestigeprojekte

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Große Sparpotentiale sehen wir im Abbau von Subventionen und dem Verzicht auf teure Prestigeprojekte wie den Nürburgring-Freizeitpark.

5. Modul 5a: Neubau von Straßen 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beim Neubau von Straßen sehen wir ebenfalls Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben.

6. Modul 5b: Neubau von Straßen 2

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beim Neubau von Straßen sehen wir Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben.

7. Modul 6a: Kulturförderung 1 (Ergänzung 5a)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beim Neubau von Straßen und der Kulturförderung sehen wir ebenfalls Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben.

8. Modul 6b: Kulturförderung 2 (Ergänzung 5b)

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Beim Neubau von Straßen und der Kulturförderung sehen wir Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben.

9. Modul 6c: Kulturförderung 3

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei der Kulturförderung sehen wir ebenfalls Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben

10. Modul 6d: Kulturförderung 4

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei der Kulturförderung sehen wir Möglichkeiten zur Kürzung von Ausgaben

11. Modul 7: mehr Geld für Bildung

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bedarf für Mehrausgaben erkennen wir dagegen im Bereich der Bildungspolitik.

12. Modul 8: Transparenz

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Durch mehr Transparenz bei der staatlichen Auftragsvergabe bietet sich die Chance, Mauseleien zu lasten der Steuerzahler zu verhindern.

13. Modul 9: Ausgabenkontrolle durch direkte Demokratie

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Mit Hilfe direktdemokratischer Elemente wie Bürgerbegehren und Volksentscheiden wollen wir eine größere Ausgabenkontrolle durch die Bürger erreichen.

Ergänzende Erklärung: Von den Varianten der Module 5 und 6 sollte jeweils nur eine abgestimmt werden, abhängig davon welche Module vorher bereits angenommen wurden.

Einnahmen

WPA 11.4 - Einnahmenseite

Antragsteller Silberpappel konkurrierend zu [WPA 5](#) Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Erbschaftssteuer

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir wollen, dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für eine Erhöhung der Erbschaftssteuer einsetzt, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

2. Vermögenssteuer

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir wollen, dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer einsetzt, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

3. Erbschaftssteuer + Vermögenssteuer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen, dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer einsetzt, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

4. Familienunternehmen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Bei der Gestaltung ist darauf zu achten, dass Familienunternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, nicht zusätzlich belastet werden.

WPA 11.5 - Einnahmenseite

Antragsteller marcus konkurrierend zu [WPA 4](#) Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Vermögenssteuer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen, dass sich Rheinland-Pfalz im Bundesrat für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer unter Beachtung der v.BGH bedungenen Gleichbehandlung von immobilem und mobilem Vermögen, einsetzt. Begründung: 1996 brachte die letztmalig erhobene Vermögensteuer umgerechnet ca 4,6 Mrd Euro Einnahmen ein. Die Vermögenssteuer ist auf alle Vermögen über Euro 500.000 zu erheben, mit Ausnahme von Land- + Forstwirtschaft, da dort eine schleichende Enteignung drohen könnte.

2. Erbschaftssteuer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Erbschaftssteuer ist auf alle Erbfälle, auch Betriebe auszuweiten. Bei betrieblichen Erbschaften ist den Erben, sofern der Betrieb weitergeführt wird, eine Ratenzahlung der Erbschaftssteuer auf begründeten Antrag (um die Existenz des Betriebes nicht zu gefährden) bis zu 20 Jahren zu ermöglichen. Ausnahmen: Land- und Forstwirtschaft.

3. Börsenumsatzsteuer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Land Rheinland-Pfalz möge sich im Bundesrat für eine Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer v. 0,25% auf Börsenumsätze einsetzen. Begründung: Diese Steuer bringt mehrere 100 Millionen Euro Einnahmen im Jahr, und wird in gleicher Höhe wieder vom größten Finanzplatz Europas, London erhoben.

Vereinfachung des Steuersystems

WPA 11.6 - Vereinfachung des Steuersystems

Antragsteller Silberpappel Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Erbschaftssteuer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich für eine deutliche Vereinfachung des Steuersystems ein. Nur ein einfaches, transparentes Steuersystem kann für jeden Bürger verständlich und damit gerecht sein.

2. Ausnahmen verringern

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Ausnahmen im Steuersystem müssen deutlich reduziert werden.

3. Steuersparmodelle

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Paragraf 15b des Einkommensteuergesetzes verbietet „Steuerstundungsmodelle“ nach einem vorgefertigten Konzept. Davon sind hauptsächlich standardisierte Finanzprodukte für Kleinanleger betroffen, nicht aber maßgeschneiderte Steuersparmodelle für außergewöhnlich vermögende Bürger. Wir wollen uns über den Bundesrat dafür einsetzen, das Verbot auch auf maßgeschneiderte Steuersparmodelle zu erweitern.

4. Umleiten von Gewinnen

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Wir wollen erreichen, dass Tricks zur Steuerersparnis, wie das Umleiten von Unternehmensgewinnen in Steueroasen, verboten oder durch geeignete Maßnahmen uninteressant gemacht werden.

Infos auf der Diskussionsseite

Verbesserte Steuerprüfung

WPA 11.7 - Verbesserte Steuerprüfung

Antragsteller Silberpappel Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Einleitung

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Den öffentlichen Haushalten gehen durch Steuerbetrug Milliarden an Einnahmen verloren. Neben dem Personalmangel bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung sind beispielsweise Betriebsprüfer zu sehr kurzen Prüfzeiten bei den Betrieben angehalten, mit der Folge, dass Steuerhinterziehung häufig nicht aufgedeckt und somit geahndet werden kann.

2. mehr Steuerprüfer einstellen

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Jeder Steuerprüfer bringt ein Vielfaches an Einnahmen, verglichen mit dem, was er kostet. Deshalb wollen wir die Zahl der Steuerprüfer in Rheinland-Pfalz erhöhen.

3. Steuerprüfer für Steuergerechtigkeit

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Dies dient auch der Steuergerechtigkeit.

4. Prüfzeiten in Großbetrieben

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Prüfzeiten sollen in Großbetrieben ausgeweitet werden, um eine ausreichende Prüfung zu gewährleisten.

5. Umsatzsteuerprüfungen

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Umsatzsteuerprüfungen sollen durch Bereitstellung von Steuerprüfern des Landes gestärkt werden. Bereits existierende Zusagen und Vereinbarungen mit dem Bund sollen konsequent umgesetzt werden.

6. Unabhängigkeit der Steuerprüfer

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns dafür ein, dass Steuerprüfer wirklich unabhängig arbeiten können.

WPA 11.8 - Verbesserte Steuerprüfung

Antragsteller marcus ergänzend zu [WPA 7](#) Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Prüfungszeiträume für Einkommensmillionäre

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir fordern, dass Einkommensmillionäre (Einkommen \geq 500.000 Euro) regelmäßig und vollständig geprüft werden. Durchschnittlich muss jeder geprüfte Einkommensmillionär Euro 135.000 Steuer nachzahlen (Quelle [\[1\]](#)) Das gibt bei ca 15.000 Einkommensmillionären ca Euro 2 Mrd Mehreinnahmen für den Zeitraum v. 3 Jahren = ca 733 Millionen pro Jahr.

Staatsleistungen an Kirchen beenden

WPA 11.9 - Staatsleistungen an Kirchen beenden

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:22, 20. Jun. 2010

1. Staatsleistungen an Kirchen beenden

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Länder zahlen jährlich ca. 400-500 Millionen Euro an die Kirchen, hauptsächlich für die Gehälter von Bischöfen und anderen Geistlichen. In Rheinland-Pfalz wurden dafür im aktuellen Landeshaushalt etwa 50 Millionen Euro veranschlagt. Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz müssen darüber hinaus aufgrund jahrhundertalter Verträge eigene Zahlungen an Kirchengemeinden leisten. Wir möchten diese Zahlungsverpflichtungen von Land und Kommunen gesetzlich beenden und die Mittel in anderen Bereichen einsetzen.

12. Inneres und Justiz

Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

Einleitung

WPA 12.1 - Grundlagen einer piratigen Innenpolitik

Antragsteller Silberpappel (abgeschrieben von BaWü) Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Grundlagen einer piratigen Innenpolitik

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir setzen uns für eine effektive Sicherheitspolitik ein. Ein sicheres Leben ist ein wichtiges und unabdingbares Gut für die Bewohner unseres Landes. Uns geht es um angemessene und vor allem wirksame Methoden. In der Vergangenheit wurden im Bereich der Sicherheitspolitik ineffektive Gesetze erlassen, aber gleichzeitig die Mittel für Polizei und andere Behörden gekürzt. Grundrechte wurden dadurch eingeschränkt und die Überwachung hat zugenommen, dabei soll in einer Demokratie der Bürger den Staat überwachen und nicht umgekehrt.

Lockerung der Residenzpflicht

WPA 12.2 - Asyl- und Flüchtlingspolitik

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Lockerung der Residenzpflicht

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert in Artikel 13 das Recht auf Freizügigkeit. Deutschland ist der einzige Staat in Europa, der dieses für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge einschränkt.

Die Residenzpflicht macht Menschen zu Kriminellen, nur weil sie sich frei bewegen wollen. Polizei, Gerichte und Behörden werden zusätzlich unnötig belastet.

Ähnlich wie bereits in Bayern und Brandenburg wollen wir daher auch in unserem Bundesland die Residenzpflicht lockern.

WPA 12.3 - Abschaffung von Ausreisezentren

Antragsteller Thomas Heinen Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Abschaffung von Ausreisezentren

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir unterstützen die Forderung der Bewohner des Ausreisezentrums (LUFÄ) in Trier nach einer ersatzlosen Schließung der Einrichtung.

Die Bewohner der LUFA sind Flüchtlinge, die durch starken Druck zu einer "freiwilligen" Ausreise gebracht werden sollen. Sinn und Zweck von Ausreisezentren ist es, den Willen von Menschen zu brechen.

Diese Zielsetzung und die Art und Weise der Unterbringung sind mit dem Menschenrecht nicht vereinbar.

Wir werden uns für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzen.

Polizei im öffentlichen Raum Internet

WPA 12.4 - Polizei im öffentlichen Raum Internet

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Modul 1

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auch im Internet müssen die Grundrechte und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Eingriffe in private Kommunikation, etwa das Mitlesen von E-Mails, dürfen nur nach richterlicher Anordnung möglich sein. Das Einschleusen von Software in private Computer lehnen wir vollständig ab.

Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden

WPA 12.5 - Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 6](#) Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Das Anbringen von religiösen Symbolen in öffentlichen Gebäuden verletzt die Religionsfreiheit von Angehörigen anderer Religionen und Menschen ohne Religion. Dies wurde vom Bundesverfassungsgericht sowie vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt. Wir möchten daher dafür sorgen, dass diese religiösen Symbole aus öffentlichen Gebäuden, vor allem auch den öffentlichen Schulen, entfernt werden.

WPA 12.6 - Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden

Antragsteller marcus konkurrierend zu [WPA 5](#) Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden

Das Anbringen von religiösen Symbolen in öffentlichen Gebäuden kann die religiösen Gefühle von Menschen anderer Religion verletzen. In diesen Fällen ist basisdemokratisch eine Entscheidung über den Verbleib oder die Entfernung dieser Symbole zu entscheiden. In öffentlichen Schulen haben ausserhalb des Religionsunterrichtes religiöse Symbole nichts zu suchen, da wir im Zeitalter der Aufklärung für eine strikte Trennung von Kirche und Staat eintreten.

Gewaltmonopol

WPA 12.7 - Gewaltmonopol

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:19, 20. Jun. 2010

1. Keine Privatisierung hoheitlicher Aufgaben

Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht an Privatfirmen delegiert werden. Polizeiaufgaben, das Beaufsichtigen von Gefängnissen und ähnliches müssen vollständig in staatlicher Hand bleiben.

[Bearbeiten] Justiz Meta Antragsteller: KV Trier/Trier-Saarburg Thema: Justiz Id: 17.8 Module 17.8.1 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften Staatsanwälte sind an dienstliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten gebunden. Dadurch besteht die Gefahr, dass politisch unerwünschte Strafverfahren beeinträchtigt werden. Um die Unabhängigkeit der Justiz und den Rechtsstaat zu stärken, wollen wir, dass die Landesregierung sich gesetzlich verpflichtet, von ihrem Weisungsrecht gegenüber den Landesstaatsanwälten keinen Gebrauch mehr zu machen. Insbesondere soll es keine Dienstanweisungen mehr geben, die sich auf einzelne Verfahren beziehen. 17.8.2 Öffentlichkeitsarbeit der Staatsanwaltschaften Wir sehen mit Sorge, wie durch eine nicht zu verantwortende Öffentlichkeitsarbeit einiger Staatsanwaltschaften die im Rechtsstaat verankerte Unschuldsvermutung zunehmend zu Lasten von Beschuldigten ausgehebelt wird. Deshalb wollen wir dienst- und strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Staatsanwälten bei entsprechenden Verstößen verschärfen.

Meta Antragsteller: marcus Thema: Justiz Id: 17.9 Module 17.9.1 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften Wir fordern die Unabhängigkeit der Staatsanwälte von der politischen Führung und deshalb ein Verbot des Weisungsrechtes der vorgesetzten Behörden auf Einstellung von Verfahren. 17.9.2 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften Alle Verfahren, die aufgrund von Weisungsrechten übergeordneter Behörden gegenüber Staatsanwälten von diesen eingestellt werden, sind jährlich unter Namensnennung des Anweisenden zu veröffentlichen. Nur sofern die Verfahren gegen Privatpersonen liefen, sind deren Daten zu anonymisieren.

Meta Antragsteller: Limbo Thema: Strafmaß Id: 17.10 Module 17.10.1 Strafmaßverschärfung Die Würde jedes Menschen ist bekanntermaßen unantastbar. Deswegen sollte jeder, der diese Würde wissentlich (psychologisch geprüft) zerstört (z.B. durch Vergewaltigung, Misshandlung, Freiheitsberaubung) mit lebenslanger Strafe rechnen. Dies ist nicht immer der Fall, da die Sicherungsverwahrung oftmals nachträglich auf Antrag gändert werden. Dadurch verliert diese Strafe an abschreckender Wirkung. Deswegen wäre eine Möglichkeit Anträge zu streichen durch verpflichtende regelmäßige Gutachten über Gefahrepotential zu ersetzen. Darauf sollte die weitere Haftplanung fußen.

[Bearbeiten] Polizei Meta Antragsteller: Silberpappel Thema: Unabhängige Kontrolle der Polizei Id: 17.11 Module 17.11.1 who watches the watchmen? Wir treten für eine demokratische, transparente und unabhängige Kontrolle der Polizei ein. Das wollen wir erreichen durch die Einführung einer unabhängigen Polizeikommission. Die Polizeikommission soll sicherstellen, dass die Exekutivorgane nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeiten. Die Kommission soll als Ansprechpartner von Beschwerdeführern und aktiver Ermittler tätig werden. Sie soll polizeiinterne Beschwerden und Beschwerden von Bürgern entgegennehmen. Um die Unabhängigkeit der Kommission zu gewährleisten, sollte sie nicht den Innenministerien, sondern einem anderen Ressort unterstellt sein.

13. Verbraucherschutz

Mehr Transparenz beim Einkauf

WPA 13.1 - Mehr Transparenz beim Einkauf

Antragsteller unbekannt Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

1. Mehr Transparenz beim Einkauf

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Piratenpartei setzt sich für einen besseren Verbraucherschutz und mehr Transparenz, nicht nur in der Politik und Verwaltung, sondern auch im Alltag ein.

WPA 13.2 - Mehr Transparenz beim Einkauf

Antragsteller unbekannt Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

1. Mehr Transparenz beim Einkauf

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Nach dem Scheitern der Lebensmittelampel will die Piratenpartei einen alternativen Weg testen, um für mehr Transparenz beim Einkauf zu sorgen. Die Piratenpartei will ein System testen, bei dem die Verbraucher ihre individuellen Kriterien an ein Produkt, also zum Beispiel auch Unverträglichkeit gegen bestimmte Stoffe, in ein individuelles Profil auf einer Karte speichern können. An Barcodescannern soll so jeder Kunde schnell erkennen können, ob das Produkt seinen individuellen Anforderungen entspricht. Der Datenschutz hat für uns in Verbindung mit diesem Projekt natürlich höchste Priorität.

Verbraucherschutz

WPA 13.3 - Verbraucherinformationsgesetz stärken

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

1. Verbraucherinformationsgesetz stärken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Wir wollen das Landesgesetz zur Ausführung des Verbraucherinformationsgesetzes (AGVIG) so stärken, dass Verbraucher Informationen, beispielsweise zu belasteten Lebensmitteln, auf gut zugänglichen Plattformen rasch und einfach auffinden können, ohne sie erst in langen Auskunftsprozessen anfordern zu müssen.

Verbraucherzentrale stärken

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

2. Verbraucherzentrale stärken

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Verbraucherzentralen spielen eine wichtige Rolle in der Beratung von Verbrauchern und im Schutz von Verbraucherinteressen. Die Einschränkung der Arbeit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz durch restriktive Mittelzuweisungen lehnen wir ab.

Wir unterstützen insbesondere den Einsatz der Verbraucherzentralen für den Datenschutz der Verbraucher und ihren Kampf gegen das Modell des „Gläsernen Konsumenten“.

Wir wollen einen Verbraucherschutz, der das Recht auf umfassende Information verbindet mit einem Verbandsklagerecht zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen.

Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

3. Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen werden anhand unterschiedlicher Smileys zeitnah und gut sichtbar an der Eingangstür angebracht, um den Verbraucher zusätzlich zum Informationssystem im Internet direkt vor Ort zu informieren. Das in Dänemark etablierte und sehr erfolgreiche Smiley-System soll auch in Rheinland-Pfalz eingeführt werden. So ist für den Kunden direkt, beispielsweise vor Restaurants, Eisdielen oder Supermärkten, ersichtlich, ob Hygienevorschriften und Lebensmittelgesetze eingehalten werden. Auf Hygienesünder kann reagiert werden, was bisher meistens nicht möglich ist. Negativ bewertete Betriebe haben durch die Kundenreaktion und Folgekontrollen die Möglichkeit und vor allem die Motivation, Mängel zu beseitigen und sich positive Smileys zu verdienen.

Transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg Wiki-Version: 03:16, 20. Jun. 2010

4. Transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Auf der Vorderseite von Verpackungen muss statt Prozentangaben und beliebig wählbarer Portionsgrößen eine einheitliche, differenzierte und transparente Kennzeichnung dem Verbraucher eine schnelle und verlässliche Orientierung geben. Die von der Lebensmittelindustrie auf der Vorderseite von Verpackungen bevorzugte Nährwertkennzeichnung trägt nicht dazu bei, dem Verbraucher sinnvolle Informationen an die Hand zu geben. Besonders irreführend ist die Angabe des prozentualen Anteils am Tagesbedarf. Da sie prinzipiell vielen Personengruppen wie zum Beispiel Kindern nicht gerecht werden kann, ist sie durch eine sinnvolle, verpflichtende Kennzeichnung zu ersetzen. Diese muss sich auf feste Portionsgrößen von 100g/ml entsprechend der Nährwertangaben auf der Rückseite beziehen.

14. Nachwort

WPA 14.1 - Nachwort

Antragsteller Unglow konkurrierend zu [WPA 2](#) Wiki-Version: 12:50, 13. Jun. 2010

Die in diesem Programm festgelegten Grundsätze und Forderungen stellen einen Zwischenstand der Ausarbeitung dieser Themen seitens unserer Partei dar, der als Programm dient, mit dem wir in den Landtagswahlkampf 2011 ziehen. In vielen Bereichen gibt es einen nahezu unbegrenzten Spielraum für Forderungen, die sich aus dem hier gesagten direkt ableiten lassen. Diese weitere Ausarbeitung und Anwendung unserer programmatischen Grundsätze ist erwünscht und wird von uns als natürlicher demokratischer Prozess der Weiterentwicklung und Vertiefung begriffen.

WPA 14.2 - Nachwort

Antragsteller KV Trier/Trier-Saarburg konkurrierend zu [WPA 1](#) Wiki-Version: 12:50, 13. Jun. 2010

Die Piraten sind, auch gemessen am Alter ihrer Mitglieder, eine junge Partei und möchten neue Ideen in die Politik einbringen. Wir laden alle Menschen, alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen im Land dazu ein, mit uns diese neue Politik zu gestalten.

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

SÄA 21 – Streichung der 10% Klausel für Beschlussfähigkeit der LMV

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragssteller Christoph Löhr eMail-Version: 12. Juni 2010

""Antrag auf Streichung des §4.1.1(4)""

In §4.1.1(4) wird der Absatz gestrichen.

""Alte Fassung""

§4.1.1(4)

Die LMV setzt sich aus allen Landespiraten zusammen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens 10% der Landespiraten anwesend sind.

""Neue Fassung""

[gestrichen]

Begründung:

In der Vergangenheit hat es sich herausgestellt, dass es durch wachsende Mitgliederzahlen immer schwieriger wird, 10% der Mitglieder für die Teilnahme an einer Mitgliederversammlung zu mobilisieren, da viele die Partei nur passiv unterstützen möchten. Daher sollte die derzeit erforderliche Quote von 10% abgeschafft werden, um auf LMV/LPT weiterhin handlungsfähig zu bleiben und Verzögerungen wegen Wartens auf das Erreichen der 10% zu vermeiden.

PÄA 1 – Demokratie

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Es wird beantragt folgenden Punkt in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei RLP aufzunehmen:

Die Piratenpartei sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht.

Wir Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung aller Menschen an. Deswegen ist es Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.

Die digitalisierte Gesellschaft erhöht die Geschwindigkeit des Informationsaustausches enorm. Es wird immer leichter, große Mengen an Informationen zu durchsuchen und jedermann zugänglich zu machen. Neue und vorher undenkbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Staate können möglich werden. Dezentralere Verwaltungen und die Einführung verteilter Systeme werden vereinfacht.

Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können. Die Piratenpartei sieht es als ihre Aufgabe an, die Anpassung der gelebten Demokratie in der Bundesrepublik an die neuen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts zu begleiten und mit zu gestalten.

Eine möglichst große und sinnvolle Gewaltenteilung im Staat erachten wir Piraten als absolut notwendig. Gerade die Unabhängigkeit der Judikative, vor allem des Bundesverfassungsgerichtes, gilt es zu stärken und zu fördern, da es sich mehrfach als Schützer der Grundrechte des Einzelnen vor Legislative und Exekutive erwiesen hat.

Wir Piraten sind der festen Überzeugung, dass die Gemeinschaft einzelne Mitbürger nicht bevormunden sollte. Damit der Bürger eine wohl überlegte Entscheidung treffen kann, benötigt er eine gute, dezentrale, möglichst unabhängige, vielstimmige und stets wachsame Publikative aus Presse, Blogs und anderen Formen von medialen Veröffentlichungen. Sie ist für das einwandfreie Funktionieren der Demokratie unabdingbar. Diese kritische Publikative zu ermöglichen und vor Einschränkungen zu schützen, sehen wir als wichtige Aufgabe des Staates und eines jeden Demokraten an.

Im Gegensatz zu Bevormundung ist es die Aufgabe des Staates die Grundrechte des Einzelnen zu achten und zu wahren und ihn vor Grundrechtseinschränkungen, auch gegenüber der Mehrheit, zu schützen. Die Freiheit des Einzelnen findet dort ihre Grenzen, wo die Freiheit eines anderen unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

PÄA 2 – Urheberrecht

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Teil 1

Im Kapitel "Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung" wird der gesamte Abschnitt "Gleichstellung von Software" aus dem Parteiprogramm gestrichen, da dieser durch Teil 2 dieses Antrages überflüssig wird.

Teil 2

Das folgende Kapitel wird in das Parteiprogramm an geeigneter Stelle übernommen.

Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur In unserer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, dass alle Bürger jederzeit die volle Kontrolle über ihre Informationsverarbeitung und Kommunikation erlangen können, sofern sie dies wünschen. Diese Freiheit aller Bürgerinnen soll verhindern, dass die Macht über Systeme und Daten in den Händen Einzelner konzentriert wird. Sie versucht diese so breit wie möglich auf alle Bürger zu verteilen und so ihre Freiheit und Privatsphäre zu sichern.

Offene Standards

Die freie und andauernde Verwendung von Daten jeder Art durch alle Nutzerinnen mit Systemen ihrer Wahl kann nur erfolgen, wenn diese Daten in einem Format vorliegen, das den Kriterien eines Offenen Standards entspricht. Ähnlich ist es bei der Zusammenarbeit verschiedener technischer Systeme. Diese sind nur dann bei gleicher Funktionalität austauschbar, wenn ihre Schnittstelle ein Offener Standard ist. Wir setzen uns deshalb für den konsequenten Einsatz und die Verbreitung von Offenen Standards ein. Denn so wird die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern verringert und ein freier Wettbewerb technischer Lösungen möglich.

Dabei verstehen wir einen Offenen Standard als ein Protokoll oder Format, das

1. vollständig, öffentlich, ohne Einschränkungen für alle Beteiligten gleichermaßen zugänglich ist, bewertet und benutzt werden kann,
2. ohne Komponenten oder Erweiterungen ist, die von Formaten oder Protokollen abhängen, die selbst nicht dieser Definition entsprechen,
3. frei ist von juristischen oder technischen Klauseln, die seine Verwendung von jeglicher Seite oder jeglichem Geschäftsmodell einschränken,
4. unabhängig von einem einzelnen Hersteller geleitet und weiterentwickelt wird, in einem Prozess, der einer gleichberechtigten Teilnahme von Wettbewerbern und Dritten offen steht,
5. verfügbar ist in verschiedenen vollständigen Implementierungen von verschiedenen Herstellern oder als vollständig freie Implementierung.

Freie Software

Wir setzen uns für die Förderung von Software ein, die von allen uneingeschränkt benutzt, untersucht, verbreitet und verändert werden kann. Diese sogenannte Freie Software garantiert ihren Nutzerinnen alle wesentlichen Freiheiten, die notwendig sind, um die Kontrolle über ihre technischen Systeme selbst zu übernehmen und diese gegebenenfalls kollektiv und demokratisch weiter zu entwickeln. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Autonomie und Privatsphäre aller Nutzer. Insbesondere

Bildungseinrichtungen und die gesamte öffentliche Verwaltung sollen schrittweise darauf hinarbeiten ihre gesamte technische Infrastruktur auf Freie Software umzustellen, um so langfristig Kosten für die öffentlichen Haushalte und die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zu reduzieren.

Software Patente

Patente auf Software-Ideen lehnen wir als innovationsfeindlich und schädlich ab. Mathematik und Logik sollten nicht patentierbar sein. Software ist ein gesellschaftlich extrem wichtiges Werkzeug, dass nicht durch Patente monopolisiert werden darf. Wir sind überzeugt, dass durch den freien Austausch von Software-Ideen mehr Innovation und Nutzen für die gesamte Bevölkerung entsteht.

Digitale Rechteverwaltung (DRM)

Der freie Fluss von Informationen ist für unser Informationszeitalter von unschätzbbarer Wichtigkeit. Wir lehnen daher technische Maßnahmen ab, die diesen Fluss behindern und stellen die Mündigkeit der Nutzerinnen in den Vordergrund. Software darf nicht verboten werden, nur weil man damit einen Kopierschutz umgehen oder ein System potentiell gefährden kann. Das Recht auf Privatkopie sowie andere legale Verwertungsmöglichkeiten von Daten dürfen nicht durch technische Mittel ausgehebelt werden.

Nachtragsbuch für Kapitel 4 Bildung - Landesmitgliederversammlung 2010.2

Piratenpartei Rheinland-Pfalz

26. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

1 Bildung	1
WPA 1 Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel	1
WPA 2 Vorschulische Förderung	1
WPA 3 Freier Zugang zu Kindergärten und Kindertagesstätten	1
WPA 4 Personales	2
WPA 5 Freier Zugang zu Bildungsmedien	2
WPA 6 Lernen fürs Leben	2
WPA 7 Individuelle Bildung	3
WPA 8 Vielfalt der Bildung	3
WPA 9 Erweiterung des Unterrichtsangebots	4
WPA 10 Einheitliche Voraussetzungen und Bewertung	4
WPA 11 Evaluation und Weiterbildung des Lehrpersonals	4

1 Bildung

WPA 1 - Präambel: Wert von Bildung und finanzielle Mittel

Antragsteller Heimdall

Bildung ist unabdingbares Menschenrecht, daher ist Chancengleichheit und freier Zugang zu Information und Bildung für alle Menschen uneingeschränkt durchzusetzen. Um dies zu ermöglichen ist ein massiver Ausbau der Investitionen ins Bildungssystem zu erstreiten. Freies selbstbestimmtes und lebenslanges Lernen ist die wichtigste Ressource eines jeden Menschen für die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in der modernen Wissensgesellschaft. Wir setzen uns für neue Methoden, Verfahren und eine grundlegende Reform des Schulsystems ein.

WPA 2 - Vorschulische Förderung

Antragsteller Heimdall

Der vorschulischen Förderung von Kindern kommt eine zentrale Bedeutung zu. Sie soll gewährleisten, dass Kinder unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und kulturellen Herkunft mit guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Daher sollen vorschulische Fördermöglichkeiten kostenlos und frei zugänglich angeboten werden.

WPA 3 - Freier Zugang zu Kindergärten und Kindertagesstätten

Antragsteller Heimdall

Eltern müssen Kindergärten und Kindertagesstätten für ihre Kinder frei wählen können. Jedem Kind wird bis zum Schuleintritt ein kostenloser Kindergartenplatz in einem staatlichen Kindergarten in der Nähe zur Verfügung stehen.

Eine staatliche Ganztagsbetreuung unter gleichen Bedingungen muss auch in Kindertagesstätten gewährleistet sein. Auch alternative Betreuungsangebote wie private Kinderbetreuung in Kleingruppen sind staatlich zu finanzieren.

1 Gleichbehandlung der Träger

Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen dürfen in Einrichtungen, die gänzlich oder zu Teilen öffentlich finanziert werden, nicht geduldet werden. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich zu stellen.

WPA 4 - Personales

Antragsteller Heimdall

1 Unterstützung an Schulen durch nicht lehrendes Personal

Schulen müssen bedarfsgerecht mit nicht-lehrendem Personal versorgt werden. Dieses soll nach eigenem Ermessen eingestellt werden können. Die Einstellungsentscheidungen werden von der Schulleitung frei getroffen. Nicht-lehrendes Personal sind beispielsweise technische Assistenten, Sozialarbeiter und Mitarbeiter für administrative Aufgaben.

2 Praxiserfahrung für Lehramtsstudenten ab dem 1. Semester

Wir setzen uns für eine Erhöhung der frühzeitigen praktischen Tätigkeiten der Lehramtsstudierenden ein. Dies soll zum einen dem akuten Lehrermangel entgegenwirken, als auch die Ausbildung der Lehrenden begünstigen.

3 Duales Studium für Lehrkräfte

Wir setzen uns dafür ein, dass das Lehramtsstudium in ein duales Studium umgewandelt wird. Die Studierenden erhalten ein kleines Gehalt und werden im Gegenzug regelmäßig ins Unterrichtsgeschehen integriert. Hierdurch lassen sich Engpässe im Personal ausgleichen.

WPA 5 - Freier Zugang zu Bildungsmedien

Antragsteller Heimdall

Der Grad des schulischen Erfolgs ist stark abhängig vom sozioökonomischen Status des Elternhauses. Damit alle sozialen Schichten ähnliche Voraussetzungen bekommen, wollen wir einen freien und kostenlosen Zugang zu sämtlichen Bildungsmedien gewährleisten.

1 Lizenzfreies Unterrichtsmaterial

Staatlich finanzierte oder geförderte Schulbücher sollen unter freier Lizenz veröffentlicht werden. Eine Veröffentlichung soll immer sowohl in digitaler als auch in Papierform erfolgen.

Die Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsentwürfen unter freien Lizenzen und via Internet soll gefördert werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Verwendung bestehender und die Erarbeitung neuer Unterrichtsmaterialien. Auf einer staatlich finanzierten Plattform soll den Lehrern und Schülern der leichte Austausch und die gegenseitige Qualitätssicherung, beispielsweise durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review), ermöglicht werden.

2 Schulbücher unter offener Lizenz

Die Erstellung von Schulbüchern unter freier Lizenz (z.B. GPL) soll staatlich gefördert werden.

Die Autorenleistungen, für die jeweilige Erstellung und Aktualisierung, werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert, sodass eine jeweilige dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt.

Interessierte haben die Möglichkeit an den freien Produkten mitzuarbeiten und sie nach Belieben zu verändern und zu verbessern.

Die Qualität der Einsendungen wird durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (peer-review) sichergestellt. Auf Qualität geprüfte Versionen werden für alle Nutzer erkennbar zertifiziert.

Eine Veröffentlichung soll immer sowohl in Digital-, als auch als Papierform erfolgen. Druckversionen der Medien werden zum Selbstkostenpreis angeboten. Sofern das Schulbuch von einer Klasse verwendet wird, muss dieses den jeweiligen Schülern als kostenfreies Printexemplar zur Verfügung gestellt werden.

WPA 6 - Lernen fürs Leben

Antragsteller Heimdall

Viele Aspekte des alltäglichen Lebens werden in der Schule nicht aufgegriffen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Aspekte Ernährung, Gesundheit, Medienkompetenz, Verbraucherkompetenz und Kritisches Denken im Unterricht vermittelt werden. Arbeit in Projektgruppen mit praktischer Ausrichtung die Schüler auf ein mündiges, selbstbestimmtes und informiertes Leben vorbereiten sind essentieller Bestandteil unserer Konzepte.

1 Ernährung, Bewegung, Gesundheit

Wir setzen uns dafür ein, dass die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewegung unter aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und in ausreichendem Maß an Schulen gelehrt werden. Erklärtes Ziel ist es, Schülern eine ausgewogene Lebensweise zu vermitteln. Dies kann gefördert werden, indem theoretische Überlegungen praktisch angewandt werden.

2 Ernährung

Durch gemeinsames Kochen und Essen, bei gleichzeitiger Erläuterung der theoretischen Hintergründe, werden die Schüler zu einer ausgewogenen Ernährung angeregt.

3 Bewegung

Der Spass an der Bewegung sollte gefördert werden. Statt des üblichen Rahmenlehrplans, sollten Sportarten einzeln angeboten werden. Ob sich ein Schüler letztendlich für Leichtathletik, Teamsport oder Kraftsport entscheidet soll seine persönliche Entscheidung sein.

4 Gesundheit

Die Schüler sollen über die Bereiche Sexualität, Gewalt und Suchtprävention ausgiebig aufgeklärt werden.

5 Kritisches Denken, Medienkompetenz und Umgang mit Verbraucherrechten

Der Umgang mit Medien und das kritische Hinterfragen von aktuellen Begebenheiten ist eine wichtige Kernkompetenz des Lebens. Die Komplexität des heutigen Informations- Dienstleistungs-, Medien- und Produktangebots erfordert oft die kritische Auseinandersetzung mit sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Aspekten. In Projektgruppen sollen daher praktische Erfahrungen zu folgenden Bereichen gesammelt werden:

- Informationsbeschaffung,-Selektion und -Diskussion
- Mediengestaltung, Medienkompetenz
- Datenschutz und verantwortlicher Umgang mit Daten
- Auseinandersetzung mit Verträgen und Verbindlichkeiten
- Haushaltsplanung, Finanzierung, Umgang mit Geld
- Diskussion von Nachrichten, Religion und politischem Tagesgeschehen
- Deshalb sollte hierfür ein neues Fach eingerichtet werden, um die nötigen Kompetenzen angemessen zu vermitteln.

WPA 7 - Individuelle Bildung

Antragsteller Heimdall

Derzeit ist das Bildungsangebot in vielen Hinsichten stark eingeschränkt und umfasst wenig Spielraum für die optimale Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Daher sollen Maßnahmen gefördert werden, die die Auswahl von Bildungsangeboten erhöht.

1 Lebenslanges Recht auf Bildung

Das Recht auf Bildung soll sich auf das gesamte Lebensalter erstrecken, um die Möglichkeiten der Bürger für freie Selbstentfaltung und Lebensgestaltung zu ermöglichen. Bisher beschränkt sich die Ausbildung fast ausschließlich auf die jüngeren Generationen. Älteren Menschen wird die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung derzeit nicht in dem selbem Maße zugestanden wie den Jüngeren.

2 Individuelle Förderung

Jeder Schüler hat seine Individuellen Stärken, Schwächen und Bedürfnisse. Werden diese nicht erkannt und gefördert, verschlechtert sich das allgemeine Schulklima und die individuelle Leistungsfähigkeit wird nicht voll ausgeschöpft.

Wir möchten eine bessere Förderung einzelner Schüler und deren Interessen. Dies kann durch Angebote wie Arbeitsgruppen Wahlpflichtfächer und Förderunterricht erreicht werden.

WPA 8 - Vielfalt der Bildung

Antragsteller Heimdall

Eine einzige Schulform kann nicht allen gerecht werden, deshalb sind wir für mehr Bildungsvielfalt und die Schaffung alternativer Bildungsstätten. Dies soll allen Bürgern und Schülern ermöglichen, sich bedürfnisgerecht weiterzuentwickeln durch Lernmethoden, die ihrem Lerntypus optimal entsprechen. Zudem kann so die Effizienz der verschiedenen Bildungsträger verglichen werden. Dabei kann dann durch Angebot und Nachfrage und die Ergebnisse des Bildungsprozesses die optimale Schulform gefunden werden. Dies wird bessere Anhaltspunkte liefern als die subjektive Einschätzung eines Einzelnen.

1 Alternative Schulformen

Neben den bekannten Schulformen Grundschule, Realschule Plus und Gymnasium setzen wir uns zum Ziel den Aufbau von alternativen Schulformen zu fördern.

2 Verbesserung der bestehenden Schulformen

Wir wollen nicht nur neue Schulformen fördern, sondern auch die bestehenden verbessern. Hierzu haben wir mehrere Verbesserungsmöglichkeiten formuliert.

Wir wollen nicht nur neue Schulformen fördern, sondern auch die bestehenden verbessern.

3 Wahlfreiheit

Variante 1 Allen Schülern wird die Möglichkeit eingeräumt sich durch die Schulform ihrer Wahl bilden zu lassen.

4 Variante 2

Eltern erhalten die Möglichkeit die Schulform für ihr Kind auszuwählen, die sie für die angemessenste halten. Mindestens 3 typen müssen in der Region zur Verfügung stehen.

WPA 9 - Erweiterung des Unterrichtsangebots

Antragsteller Heimdall

1 Erweitertes Angebot an Fremdsprachen

Derzeit werden Synergieeffekte, die sich beim Lernen bestimmter Sprachkombinationen ergeben nicht sinnvoll genutzt. Dies liegt vor allem an dem stark eingeschränkten Angebot an Sprachen. Das Angebot ist auszubauen um Lernvorteile durch gemeinsame Regelmäßigkeiten von Sprachfamilien im Sinne der Schüler nutzen zu können.

Wir kämpfen daher für ein größeres Angebot von Sprachkursen an Schulen.

2 Umfassendere politische Bildung, Förderung der demokratischen Handlungskompetenzen und mehr Sozialkundeunterricht

Um eine Demokratie umfassend mitzugestalten und vor allem kontrollieren zu können, benötigen Menschen umfassende demokratische Handlungskompetenzen.

Um als mündiger Bürger an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken wird ein Grundverständnis unseres politischen Systems benötigt. Wir fördern deshalb die Verbesserung der demokratischen und politischen Bildung durch größere Zeitkontingente für den Sozialkundeunterricht.

WPA 10 - Einheitliche Voraussetzungen und Bewertung

Antragsteller Heimdall

Neben der bildenden Funktion der Schule, zertifiziert sie auch Leistungen. Um diese Leistungen zueinander vergleichbar zu machen, soll es einheitliche Abschlussprüfungen geben. Dies gewährleistet, dass an alle Schüler die selben Anforderungen gestellt wurden und garantiert somit eine gerechte Bescheinigung der eigenen Leistung. Dies erfordert ebenso, dass die Lehrpläne der einzelnen Länder einander angeglichen werden.

1 Einheitliche Lehrpläne

Um eine bessere bundesweite Vergleichbarkeit von schulischen Ergebnissen zu gewährleisten müssen die Lehrpläne einheitlicher gestaltet werden. Durch die bestehenden Differenzen ist dies nicht gegeben.

2 Einheitliche Lehrmaterialien

Wir fordern, dass Lehrmaterialien modular aufgebaut sind, um flexibel kombiniert in jedem Bundesland vergleichbar verwendbar zu sein.

3 Bundesweit einheitliche Abschlussprüfung

Um die Vergleichbarkeit der Abschlussnoten der einzelnen Bundesländer gewährleisten zu können, soll künftig eine bundesweit einheitliche Abschlussprüfung stattfinden. Die Abschlussprüfung läuft wie folgt ab:

1. Jeder Lehrende sendet jährlich 3 Prüfungsfragen in seinen jeweiligen Fächern an den Prüfungsausschuss
2. Der Prüfungsausschuss unterzieht die Fragen einer Qualitätskontrolle
3. Der Prüfungsausschuss zieht aus den Fragen die dem Qualitätstandard entsprechen zufällig x Fragen für die Prüfung heraus
4. Die Prüfung wird schulextern abgelegt
5. Die Prüfungsergebnisse werden schulextern von eigens angestellten Korrektoren, nach einem ausführlichem Anforderungsprofil beurteilt
6. Neben der numerischen Leistungsbewertung wird ein ausführliches Feedback gegeben welche Aspekte der Arbeit hätten verbessert werden können

Durch dieses System wird als Nebeneffekt ein nicht zu verachtender Pool an Aufgaben generiert. Diese können in vielen Gebieten als Material für freie Schulbücher dienen.

WPA 11 - Evaluation und Weiterbildung des Lehrpersonals

Es wird eine Institution etabliert die Lehrende fortwährend evaluiert. Dies geschieht durch die Kombination verschiedener Verfahren.

Als Grundlage für die Evaluation werden in einem wissenschaftlichen Fachgremium die entsprechenden Kriterien und Fragebögen ausgearbeitet

1 Unterrichtsbeobachtung

- Erfolgt unvorangemeldet mindestens 4 mal jährlich (auf Kursbasis)
- Anschließend gibt es ein kurzes direktes Feedback über die Unterrichtseinheit

Durch standardisierte Testung der Schüler wird die Kompetenz der Wissensvermittlung des Lehrers überprüft.

Die Schüler bewerten mittels standardisierter Fragebögen ausgewählte Aspekte der Unterrichtsgestaltung.

2 Umgang mit den Ergebnissen der Evaluation

Die Ergebnisse der Evaluation werden halbjährlich in einer kleinen Runde bestehend aus zwei Schülervetretern, einem Fachlehrer sowie einem fachfremdem Lehrer und einem Angestellten des "Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur" (MBWJK) ausgewertet. Mögliche Interventionen werden geplant, Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Stärken und Schwächen der Lehrenden werden in der Unterrichtsgestaltung durch die Evaluation erkenntlich. Lehrende werden künftig angehalten an ihren Schwächen zu arbeiten. Hierfür hospitieren sie bei Lehrenden, welche in diesen bei der Evaluation bei diesen Aspekten gut abgeschnitten haben und werden im Umkehrschluss auch von diesen Pädagogen hospitiert. Dies soll dazu dienen methodisches Vorgehen zu besprechen, zu verfeinern und das aktuelle Vorgehen zu reflektieren und zu verfeinern.

Durch die Evaluation kann auch festgestellt werden in welchen Fächern und Altersstufen der Lehrende am besten agiert. Diese Erkenntnisse können dazu verwendet werden, die Lehrenden optimalen Bedingungen zugewiesen werden.

Der Austausch der Schulen untereinander muss gestärkt werden. In Form von regelmäßigen fachspezifischen und fächerübergreifenden Konferenzen sollen sowohl die jeweiligen Schulleitungen, als auch insbesondere die Lehrer die Möglichkeit erhalten sich auszutauschen und so kreative Anregungen für ihre Arbeit zu erhalten.